Wohin gehen die Demokratischen Sozialisten? S. 6

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 13 vom 2. April 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



„Magirus muß bleiben!" Unter dieser und ähnlichen Parolen zogen über 5000 Menschen in einem machtvollen Demonstrationszug durch Mainz, um gegen die geplante Schließung des Werkes von Magirus-Deutz zu protestieren. An dem Umzug beteiligten sich nicht nur die Magirus-Kollegen und deren Familien, die von dem Abbau der 1600 Arbeitsplätze des Werkes betroffen wären — auch Kollegen aus anderen Betrieben waren bei der Demonstration.

Keine Kosmetik — weg mit dem Zumutbarkeitserlaß!

Kampf gegen Zumutbarkeit weiterführen!

BONN/DÜSSELDORF. — Rund 20000 Gewerkschafter haben innerhalb weniger Tage reagiert und sich aktiv an Protesten gegen die Verschärfung der Zumutbarkeit beteiligt. Die Bundesregierung sah sich dadurch zu einem Rückzieher gezwungen. Ehrenberg soll in dieser Woche eine überarbeitete Fassung des Erlasses vorlegen. Jedoch soll die Verschärfung im Kern beibehalten werden. Mit Kosmetik will man die Gewerkschaften beruhigen.

Trotz sehr kurzfristiger Mobilisierung hatten am vorletzten Freitag 10000 Gewerkschafter in Nürnberg gegen die Verschärfung der Zumutbarkeitsanordnung demonstriert. In Bremen kamen einen Tag danach 1500 Kollegen zu einer Protestkundgebung in die Stadthalle. Und am letzten Samstag beteiligten sich rund 5000 Kollegen an der Protestkundgebung des DGB in der Düsseldorfer Phillipshalle. Zuvor gab es in Düsseldorf eine Demonstration durch die Innenstadt.

Auch direkt aus den Betrieben gab es prompte Reaktionen. So schickte z. B. der Vertrauenskörper bei Bosch in Reutlingen/Rommelsbach einen offenen Brief an Bundesarbeitsminister Ehrenberg, in dem es hieß: **„Wir ...fühlen uns bedroht..., weil wir in einer Gesellschaft ohne Recht auf Arbeit nie wissen, wann wir Opfer dieser Regelung werden."**

Und die Bosch-Kollegen forderten Ehrenberg auf: **„Sparen Sie nicht bei denen, die sowieso schon wenig haben, sondern sparen Sie bei den Reichen und bei der Rüstung!"**

Allein diesen schnellen und heftigen Reaktionen der Gewerkschaft ist es zu verdanken, daß der vom Beirat der Bundesanstalt für Arbeit bereits verabschiedete Erlaß in der vergangenen Woche von der Bundesregierung doch noch nicht — wie es vorgesehen war — in Kraft gesetzt worden ist.

Jetzt aber dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Die Verschärfung ist damit noch keineswegs vom Tisch! Unternehmerpräsident Otto Esser tobte über den Rückzug Bonns: Dies sei eine Kapitulation der Bundesregierung „vor dem massiven Druck der Gewerkschaften". Lambsdorff und Genscher stellten sofort klar, daß die FDP in Bonn höchstens einer kosmetischen aber keineswegs einer inhaltlichen Korrektur des Erlasses zustimmen würde.

Die Abstufungsklausel, die jeden Arbeitslosen der Abqualifizierung aussetzt, soll im Kern nicht angetastet werden, sondern durch geschicktere Formulierungen weniger „anstößig" wirken.

Deshalb darf die DGB-Kampagne gegen den Zumutbarkeitserlaß jetzt auf keinen Fall abgeschwächt oder gar eingestellt werden. Sie muß im Gegenteil verstärkt und verbreitert werden!

Die Verschärfung der Zumutbarkeitsanordnung stellt einen der bislang massivsten Angriffe auf die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten dar.

Dritte Verhandlungsrunde um neuen ÖTV-Lohntarif

Widerstand gegen Lohnsenkung!

STUTTGART. — Zum dritten Mal treffen sich am Mittwoch, den 31. März (nach unserem Redaktionsschluß) die Delegationen von ÖTV und der öffentlichen Unternehmer um über den neuen Tarif zu verhandeln. Bisher liegt gegenüber den Forderungen der Gewerkschaft von 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt ein Angebot Innenminister Baums vor, das 1,3 Prozent umfaßt — das niedrigste Angebot seit Jahrzehnten!

Darauf reagierten Zehntausende Beschäftigte im öffentlichen Dienst in München, Stuttgart, Mannheim und einigen Städten des Ruhrgebiets mit massiven Warnstreiks. Sie wehren sich gegen eine Lohnsenkung, die zusätzlich durch die berüchtigten Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung verschärft würde. Und diese sollen, offensichtlich in etwas indirekterer Form, durchgezogen werden.

Die ÖTV-Kollegen haben mit ihren Kampfaktionen gezeigt, daß es an ihnen nicht liegen wird, wenn tatsächlich eine Lohnsenkung verwirklicht wird: deshalb dürfte nach den primitivsten Regeln gewerkschaftlicher Demokratie auch kein Abschluß ohne Urabstimmung vorgenommen werden!

Und bei den zahlreichen Streikaktionen der letzten Woche ist auch verschiedentlich klar gesagt worden, daß man woanders sparen kann und soll als am Lohn und Gehalt der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, an den Bezügen der kleinen Beamten: Bei den Großverdienern in der Ministerialbürokratie in Bonn und den Bundesländern beispielsweise, die zu den Reichen in diesem Land gehören.

Diese Woche

DDR-Wehrgesetze
Durch neue Gesetze hat das SED-Regime die Militarisierung der DDR weiter vorangetrieben. Kommentar Seite 2.

Willkür gegen Ausländer
Mit üblen Methoden wurden ausländische Kollegen innerhalb des Krupp-Konzerns umgesetzt — der Betriebsrat schwieg dazu. Seite 5.

Nazi-Volksbegehren abgelehnt
Das von einer NPD-gesteuerten Initiatve in NRW geplante Volksbegehren zur Einrichtung getrennter Schulklassen für deutsche und ausländische Kinder ist von der Landesregierung abgelehnt worden. Seite 7.

Rede zum Frauentag
Auszüge aus einer Rede, die von der Genossin Karin Wagner auf einer KPD-Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Kiel gehalten wurde, auf Seite 9.

Kämpfe im Westjordanland
Seit Wochen kämpft die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland mit Massendemonstrationen und Streiks gegen die israelischen Besatzer. Seite 11.

Eine Lektion für die Nazis

Brutaler Polizeieinsatz zum Schutz der NPD —17 Festnahmen

NÜRNBERG. — Eine von der NPD angesetzte Kundgebung unter dem Motto „Deutschland den Deutschen — Ausländerstopp" rief mehr als 1200 Antifaschisten, darunter sehr viele Gewerkschafter, auf den Plan. Das Podium der Faschisten wurde trotz eines massiven Polizeiaufgebots zerstört. Die Polizisten verhafteten 17 antifaschistische Demonstranten, darunter vier Ausländer.

Ein Verbot der rassistischen Hetzkundgebung wurde vom Verwaltungsgericht wieder aufgehoben. Die Polizei verteilte Flugblätter, in denen sie behauptete, sie schütze „keine Partei, sondern ein Grundrecht"; die Polizei-Führung weiß, wie sehr sie sich dadurch unbeliebt macht, daß sie immer wieder mit brutalen Mitteln die Kundgebungen der Faschisten vor der demokratischen Öffentlichkeit in Schutz nimmt.

Diesmal setzte sie auch zivile Greiftrupps ein, die vorher die Demonstranten auch noch provoziert hatten. 17 Festnahmen waren die Folge. Anklagen wegen schwerer Körperverletzung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verstoß gegen das Ausländergesetz wurden angekündigt. Den ausländischen Antifaschisten droht die Ausweisung. All das zum Schutz einer Handvoll Nazis!

Zur Gegendemonstration hatte neben vielen anderen Organisationen auch die IG Metall aufgerufen. Die Demonstranten ließen sich von dem Polizeiaufgebot nicht abschrecken. Sie marschierten zum Kundgebungsort der Faschisten, zerstörten deren Rednerpodium und NPD-Fahnen. Die Hetztiraden des Redners wurden übertönt. Die Polizei beschwerte sich hinterher, Demonstranten hätten sich der Festnahme „brutal widersetzt"! Sechs Polizisten seien verletzt worden, zwei seien jetzt „dienstunfähig". Die Beschützer der Faschisten hatten offenbar erwartet, auf harmlose Opfer zu treffen...

In mehreren Städten

Polizeiüberfälle auf Salvador-Demonstrationen

Am vergangenen Wochenende kam es in zahlreichen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin zu großen Solidaritätsdemonstrationen mit dem um seine Freiheit kämpfenden Volk von El Salvador. Die größte unter ihnen fand in Westberlin mit rund 7000 Teilnehmern statt. Neben der Einheit der Aktion zahlreicher politischer Organisationen hatten diese Demonstrationen noch eines gemeinsam: Sie wurden von der Polizei überfallen.

In dem Bericht der KPD/Sektion Westberlin über ihre Beteiligung an dieser Aktion streichen die Genossen besonders hervor, daß diese Überfälle offensichtlich Methode haben. Man soll sich in der Öffentlichkeit anscheinend an gewaltsame Salvador-Demonstrationen gewöhnen, um so eine Grundlage für Verbote von Anti-USA-, vor allem Anti-Reagan-Demonstrationen zu schaffen.

Mit mehreren Mannschaftswagen nebeneinander fuhr die Polizei in Westberlin auf die Demonstranten los, einige provozierte Steinwürfe wurden dafür zum Anlaß genommen. Dafür, daß die Demonstration trotz dieses Überfalls fortgeführt werden konnte, setzten sich auch die Genossen der KPD aktiv ein, die ihren Lautsprecherwagen als Barriere quer stellten und die Demonstranten aufriefen, sich dahinter neu zu sammeln, was ungefähr 4000 von ihnen taten. Der Betriebsrat der RGO bei KWU, Uwe Jessen, rief die Demonstranten zur Fortführung dieser legalen Demonstration auf und hielt auch dann am Luftbrückendenkmal eine kurze Abschlußrede.

Auch wenn die Demonstrationen überall zu Ende geführt werden konnten, so bleibt es doch klar ersichtlich, daß hier eben ein Klima geschaffen werden soll, in dem Demonstrationen gegen die USA oder gegen US-Einrichtungen als kriminell dargestellt werden. Dagegen muß entschlossen aufgetreten werden, unser Land darf nicht wegen Reagan zur einer Bannmeile werden!



Ein Bild der Westberliner Demonstration vor dem Polizeiüberfall.

Kommentar der Woche

„Alle, die es ernst mit dem Frieden und der Entspannung meinen, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten, Liberale oder Christen, haben in der FDJ einen zuverlässigen Kampfgefährten.“ So ließ sich jüngst auf dem SDAJ-Kongreß in Düsseldorf ein hoher Gast aus der DDR vernehmen: Egon Krenz, Chef der SED-Jugendorganisation FDJ. Und er bekräftigte: „Wir sind bereit, jedem die Hand zu reichen, der — wie wir — einen Atomkrieg verhindern will.“

Solche Töne waren natürlich auf Wirkung im Westen berechnet; und die DKP bemüht sich denn auch eifrig, die Worte des Vorsitzenden Krenz als einen erneuten Beweis dafür zu verbreiten, daß die DDR-Führer Freunde, Verbündete, ja „Kampfgefährten“ der westdeutschen Friedensbewegung wären.

Die Krenzschen Tiraden würden die Friedensfreunde in der BRD sicher mehr beeindrucken, stünden sie nicht in einem solch offenkundigen Widerspruch zur realen Praxis des SED-Regimes im anderen Teil Deutschlands. Denn just in diesen Wochen zeigt sich ja in aller Deutlichkeit, daß dieses Regime nicht bereit ist, eine wirkliche Friedensbewegung auch im eigenen Land zu dulden — geschweige denn,ihr „die Hand zu reichen“.

Schwerter und Pflugscharen

Gerade jetzt wurde drüben der unter Jugendlichen schon weit verbreitete Aufnäher mit dem Text „Schwerter zu Pflugscharen“ verboten. In der entsprechenden Weisung der Regierung dazu heißt es, der Aufnäher wäre „zur Bekundung von staatsfeindlicher Gesinnung und der Beteiligung an einer illegalen politischen Bewegung“ mißbraucht worden. Das ist eine deutliche Sprache. Unter der pazifistischen Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ hatte sich in den letzten Monaten eine Friedensbewegung herausgebildet, die mit dem Treffen der 5000 in der Dresdener Kreuzkirche ihren ersten Höhepunkt erlebte.

Im Rahmen dieser Bewegung entwickelte sich auch eine Reihe von politischen Forderungen, von der Anerkennung eines sozialen Friedensdienstes bis hin zum Abzug der „Besatzungsmächte aus Deutschland“, wie es der Berliner Appell formuliert. Anfänglich hatte sich das Regime gegenüber solchen Aktivitäten merklich zurückgehalten, sich „nur“ auf Schikanen und Stasi-Verhöre beschränkt. Aber nun wird diese Bewegung regierungsamtlich für illegal erklärt, mit dem Bann der Staatsfeindlichkeit belegt. Was das bedeutet, zeigt das Schicksal der inhaftierten KPD-Genossen: Auch die Aktivisten der Friedensbewegung müssen nun mit der Verhaftung rechnen, auch ihnen droht das Schicksal, hinter Gefängnismauern lebendig begraben zu werden.

Diese endgültige Illegalisierung der Friedensbewegung in der DDR geht einher mit einer letzte Woche erfolgten neuerlichen Verschärfung der Wehrgesetze. Sie drückt sich darin aus, daß nunmehr alle Betriebe, Schulen und sonstigen Einrichtungen verpflichtet sind, „die Bürger auf den Wehrdienst vorzubereiten“, daß künftig auch Frauen der Wehrpflicht unterliegen und die Reservistenübungen wesentlich ausgedehnt werden.

Kriegsminister Hoffmann hatte sich zur Vorlage dieser neuen Gesetze in der Volkskammer seine Generalsuniform angezogen. Und in deutlicher Anspielung auf die DDR-Friedensbewegung erklärte er: „So gerne wir unsere Waffen dereinst verschrotten werden, noch braucht der Sozialismus, braucht der Frieden unsere Pflugscharen **und** unsere Schwerter“. Würde man den „Sozialismus“ durch die „Demokratie“ ersetzen, dann könnte das auch Apel gesagt haben. Es ist hüben wie drüben die gleiche Demagogie, mit der sich die Kriegstreiber im Allgemeinen zu flammenden Befürwortern einer vollständigen Abrüstung machen, im Konkreten jedoch eine weitere Aufrüstung und Militarisierung verlangen, weil nur so der Frieden gesichert werden könne.

Und so wie hier zur Begründung dieser seltsamen Logik die sowjetische Bedrohung herhalten muß, ist es drüben die Bedrohung durch den westlichen Imperialismus. Wobei jede Seite die eigene Anhäufung von Vernichtungswaffen stets als eine rein defensive Maßnahme hinstellen will. Aber wie bei uns wächst auch in der DDR die Zahl der Menschen, die diesen Lügen der Herrschenden nicht mehr glaubt, die ihren angeblichen Beschützern das Mißtrauen ausspricht. Und wie der oben erwähnte Berliner Appell zeigt, verbreitet sich auch in beiden Teilen Deutschlands die Erkenntnis, daß unser Land in einem kommenden Krieg unweigerlich zum Schießplatz der imperialistischen Supermächte würde und daß gerade hier — an der Nahtstelle zwischen den beiden Militärblöcken — eine Loslösung von den Supermächten erkämpft werden muß.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Eine schamlose BDA-Denkschrift

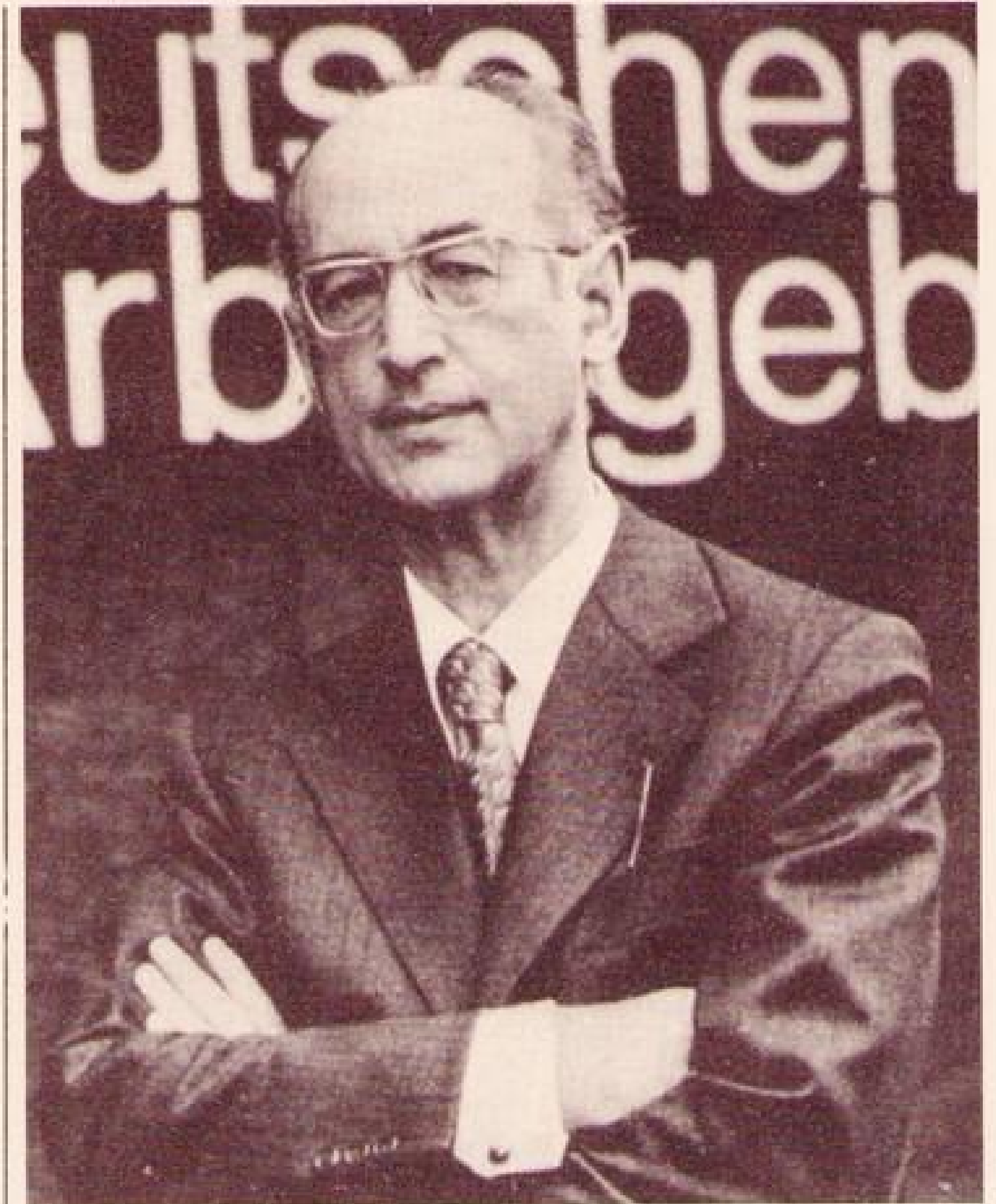
Unternehmer veröffentlichen neues Sozialprogramm

BONN. — In der letzten März-Woche war es soweit. Was vorher monatelang, um nicht zu sagen jahrelang in einzelnen Stellungnahmen gesagt wurde, das wurde zu einem neuen Sozialprogramm der westdeutschen Unternehmer zusammengefaßt, das in Bonn von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlicht wurde.

Was der BDA da unter dem Titel „Leitlinie für die soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen“ verbreitet, könnte man auch nennen: „Zurück!“ Denn das ist das Wort, mit dem sich alle großartig gedroschenen Phrasen der Verbandsfunktionäre zusammenfassen lassen. Zurück, weg, abschaffen, beschneiden.

Es genügt den Unternehmern nicht, was es heute an Sozialabbau gibt, was heute an Lohnsenkung durchgesetzt werden kann, was heute an Verschlechterung der Arbeitsbedingungen begonnen wird. Noch mehr zurück wollen sie, hinter die Zeit zurück, als alle jene Reformen errungen wurden, die der westdeutschen Arbeiterklasse ein vergleichsweise gesichertes Leben ermöglicht hatten. Schluß jetzt! — So dröhnt der Unternehmerruf wie Donnerhall. Das ganze System muß geändert werden, das ist ihr Forderung. Nach dem Motto: Was in Belgien geht, muß bei uns auch drin sein. Die bisherigen Bemühungen um eine „Sicherung“ des sozialen Systems seien nur „Stückwerk“ gewesen, so liest sich das dann in der Sprache der feinen Herren.

Der dabei erarbeitete Forderungskatalog ist eindeutig: Abschaffung der bruttolohnbezogenen Rente, keine Senkung des Rentenalters, Direktbeteiligung bei der Krankenversicherung und natürlich: Abschaffung der Lohnfortzahlung. Mit diesen vier Kernforderungen hätten die Unternehmer ihr eigentliches Ziel erreicht: das vielbeschworene soziale Netz wäre endgültig beseitigt. Eine Rettungsaktion der deutschen Unternehmer: Operation gelungen, Patient tot.



Otto Esser, BDA-Vorsitzender,verkündete in Bonn das „neue“ Sozialprogramm der Unternehmer.

In den Bundesländern deutlich zu sehen

Absetzbewegung der FDP

Die ständigen Spekulationen darüber, ob die Regierungskoalition in Bonn „hält“ oder nicht, erlebt gerade in den letzten Tagen, nach der Landtagswahl von Niedersachsen und den neuen Debatten um ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm eine neue Hochkonjunktur. Dabei lassen sich in den einzelnen Bundesländern klare Tendenzen absehen.

Da ist zum ersten die Erklärung des hessischen Innenministers und FDP-Vorsitzenden Gries. Kaum hatte Ministerpräsident Holger Börner (SPD) versucht darzustellen, was er nun unter „verstärkter sozialdemokratischer Profilierung“ versteht, da liefert ihm sein Koalitionspartner die offene Kampfansage nach. So eine Politik mit der SPD würde die FDP niemals unterstützen. Dabei war an jenen Teil von Börners Vorschlägen gedacht, die eine höhere Besteuerung der Reichen beinhalteten — also das einzige, was für die Arbeiterbewegung lohnend wäre zu überlegen. Mit uns nicht — so kurz und knapp die FDP-Antwort.

Kurz zuvor, beim Landesparteitag der FDP in Nordrhein-Westfalen, ebenfalls eindeutige Stellungnahmen — und zwar in den Wahlergebnissen. Da erhält ausgerechnet der Minister Lambsdorff bei seiner Kandidatur die höchste Stimmenzahl überhaupt. Und dann wird auch noch der Amerika-Jünger Möllemann in einer Stichwahl als weiterer stellvertretender Vorsitzender von den Parteirechten klar durchgebracht.

In Westberlin stimmen die vier FDP-Abgeordneten, die CDU-Politik machen, selbst im Fall „NPD und Lummer“ offen für die Rechten und in Baden-Württemberg stimmt die Landtagsfraktion einstimmig für die CDU-Vorlage zugunsten einer Daimler-Teststrecke.

Wer immer auch diese Partei noch als Kraft gegen die CDU-Bestrebungen zur Machtübernahme sieht, oder auf Kongressen liberale Chancen sehen will, der täuscht sich im besten Falle — und zwar gewaltig. Wenn es nicht gar mit Vorbedacht geschieht. Denn die Politik ist klar und andere wirtschaftspolitische Positionen als Lambsdorff haben die CDU-Leute auch nicht.

Es ist der Geist des Thatcherismus, der diese FDP leitet. Und für die SPD-Spitze ist dies natürlich auch kein Geheimnis. Für sie ist die Regierungsbeteiligung der FDP aber nun einmal der einzige Weg, um an der Regierung zu bleiben, und das wollen sie auf jeden Fall, egal welche Politik sie dazu machen müssen.

Außerdem: Welches bessere Alibi für die Politik der SPD des Sozialabbaus und der Aufrüstung gibt es als die berüchtigte „Rücksichtsnahme“ auf den „Partner“?

CSU-Hetze gegen Arbeitslose

„Bayernkurier“ bejubelt neue Zumutbarkeit

Während man sich in Bonn angesichts der starken gewerkschaftlichen Proteste wieder einmal dreht und wendet, zeigt das Zentralorgan von Franz Josef Strauß wieder einmal klare Flagge. Das eben ist einer der Unterschiede. Und daß eine mit ihm gebildete Regierung nur einen Kurs des frontalen Angriffs auf die Arbeitslosen bedeuten kann, das wird bei diesem Flaggezeigen auch klar.

Wer gegen diese neue Zumutbarkeitsverordnung ist, der will eben nicht arbeiten. Und wenn der DGB auch noch dagegen protestiert, dann macht er sich zum Sprecher der Faulen im Lande. So kurz und knapp der „Bayernkurier“-Schreiber Manfred Hettlage. Sein CSU-Parteifreund Stingl wird sich gefreut haben — wenigstens einer, der offen zu ihm steht.

Dieser feine Herr, der seinen Posten wohl ziemlich sicher haben dürfte, schreibt im „Bayernkurier“: „Die neue Zumutbarkeitsregelung ist sehr wohl geeignet, den Vorgang der Arbeitsvermittlung zu beschleunigen. (...) Wer dazu ja sagt, wird Arbeit sicher nicht als Zumutung empfinden. Es gibt aber auch andere, die Trittbrettfahrer, die sich auf Kosten der Solidargemeinschaft zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen schadlos halten.“

So also ist es bei der CSU, bei ihrem Herrn Hettlage, wie bei dessen Chef Herrn Strauß. Da sie und Kreise, die sie vertreten,in diesem Staat wohl kaum in die Verlegenheit kommen werden, jemals arbeiten zu müssen, hetzen sie los. „Übernehme jede Arbeit, egal zu welchen Bedingungen“ — das ist der Arbeitslose, den sich Strauß und seine Hintermänner, all die Milliardänre à la Siemens und von Finck wünschen. Und nach dem Motto bestellt, geliefert, schreibt das dann ein Herr Hettlage.

Mit der Verzweiflung der Menschen spekulieren,um billigere Arbeitskräfte zu haben, das ist die „Beschäftigungspolitik“ der CSU. Dann werden mehr eingestellt. Und dann wird der Hunger in die deutschen Arbeiterhäuser einziehen.

Hinter den ewigen Unternehmerklagen

Milliardengewinne in Aktienfonds

Die neuesten Zahlen über die Entwicklung der Geldmengen die in Aktienfonds angelegt sind, zeigen deutlich, wie es hinter dem ewigen Gejammer der Unternehmer über ihre schwere Lage wirklich aussieht: Da werden alljährlich Milliardenbeträge angelegt. Ende 1981 verfügten die verschiedenen Aktienfonds über ein Vermögen von sage und schreibe 42 Milliarden Mark — vor zehn Jahren waren es noch 11 Milliarden Mark gewesen!

Dabei haben die sogenannten Spezialfonds, die sich auf bestimmte Branchen konzentrieren ihren Vermögensanteil von damals 10- auf heute 40 Prozent gesteigert — rund 17 Milliarden Mark. Die Hälfte davon ist in der Verfügung der westdeutschen Versicherungsgesellschaften.

In diese anonymen Vereinigungen fließen also ungeheuerliche Beträge, von denen die Prämien und Mieten, die die Versicherungsgesellschaften kassieren, einen wachsenden und heute schon riesigen Anteil einnehmen.

Diese Beträge, über die die Versicherungsgesellschaften heute verfügen, zeigen erneut, wie gut sich in einem sozialistischen Staat eine echte Volksversicherung verwirklichen ließe, allein,wenn man die Vermögen der großen Versicherungen verschlagnahmen würde.

Aber das Geschäft mit den Versicherungen, das heute schon längst das Geschäft der größten Finanzkönige der Bundesrepublik ist, ist in der heutigen Gesellschaft eine zu große Profitquelle, um sie antasten zu lassen.

Schandabschluß bei Stahl trotz hoher Kampfbereitschaft

IGM-Führung wollte den Kampf nicht

KREFELD. — Mehr als die Hälfte der 200000 von den Tarifverhandlungen betroffenen Arbeiter und Angestellten der nordrheinwestfälischen und Bremer Stahlindustrie war an Warnstreiks beteiligt. Und dennoch unterschrieben die IGM-Bonzen einen Tarifabschluß, der nicht nur einen brutalen Reallohnabbau bedeutet, sondern zudem sogar noch unter dem Abschluß in der Metallverarbeitung liegt.

Am Tag vor der Nacht des Schandabschlusses — es war der Mittwoch der letzten Woche — legten zwischen 70000 und 80000 Arbeiter und Angestellte der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und Bremens im Rahmen von ein- bis zweistündigen Warnstreiks die Arbeit nieder. Das ist mehr als ein Drittel aller Beschäftigten des betroffenen Tarifgebiets!

Damit blieb nicht einmal der Schatten eines Zweifels an der hohen Kampfbereitschaft der Stahlkocher übrig!

Insgesamt haben sich an den Warnstreiks der letzten und vorletzten Woche weit über 100000 Kollegen beteiligt, also mehr als die Hälfte aller von den Tarifverhandlungen betroffenen Stahlwerker. Das ist ein außerordentlich hoher Mobilisierungsgrad.

Bei den erwähnten Warnstreiks des vergangenen Mittwochs (24. März) bewiesen demonstrierende Stahlkocher teilweise auch durch spontane Aktionen, daß sie bereit sind, mit kämpferischen Mitteln ihre Interessen gegen die Stahlbarone konsequent durchzusetzen. So besetzten die Arbeiter von Hoesch (Werk Phönix) im Dortmunder Stadtteil Hörde und in Bochum die Kollegen von Krupp vor dem Krupp-Verwaltungshochhaus stark frequentierte Kreuzungen und blockierten den Verkehr.

Mehrere hundert Stahlarbeiter aus verschiedenen Ruhrgebietsstädten, so von Krupp-Bochum und von Thyssen und Mannesmann in Düsseldorf und Duisburg, fuhren am Mittwoch nachmittag zum Verhandlungsort nach Krefeld, um dort für ihre Forderung nach 7,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt und gegen einen faulen Kompromiß zu demonstrieren.

Die Stahlwerker von Krupp in Bochum überreichten der großen Tarifkommission der IGM eine Protestresolution, für die während des Warnstreiks bei Krupp Unterschriften gesammelt worden waren. Darin hieß es unter anderem: **„Die Forderung ist heute noch 7,5 Prozent. Wir fordern die Tarifkommission der IG Metall auf, in den Verhandlungen keine faulen Kompromisse einzugehen."** (Wir haben den Text nebenstehend im Wortlaut abgedruckt.)

Genau gegen diese Mahnung verstieß die Tarifkommission. 4,2 Prozent bei 14 Monaten Laufzeit —, das ist nicht nur ein brutaler Reallohnabbau, sondern zudem auch ein Zugeständniss an die provokatorische Forderung der Stahlbarone nach einem Abschlag der Stahlwerker gegenüber den Metallarbeitern.

Trotz der rücksichtslosen Rationalisierung- und Entlassungsfeldzüge der Stahlbarone haben die Stahlwerker in hervorragender Weise ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Wo gab es das zuletzt, daß mehr als die Hälfte aller betroffenen Arbeiter und Angestellten an Arbeitsniederlegungen teilnahmen?

Die IGM-Führung jedoch verzichtete darauf, die Kampfkraft zu nutzen, um den Angriff der Kapitalisten auf die Reallöhne zu stoppen.

Gewiß: Wären die Warnstreiks nicht gewesen, dann hätten die Stahlbarone sich noch nicht einmal zu einem Abschluß mit einer Vier vor dem Komma bereit gefunden. Nichtsdestoweniger aber hat dieser Schandabschluß die Unternehmer der angestrebten lohnpolitischen Wende erneut um ein Stück näher gebracht.







Stahlkocher zeigten am Mittwoch letzter Woche, daß sie kampfbereit sind. An diesem Tag beteiligten sich an die 80000 Kollegen an Warnstreiks. In Bochum und Dortmund blockierten demonstrierende Stahlkocher den Verkehr (oberes und mittleres Bild). Auch zu den Tarifverhandlungen in Krefeld fuhren mehrere hundert Kollegen, um für 7,5 Prozent zu demonstrieren (Bild unten).

Protest-resolution

Wir Krupp-Kollegen protestieren gegen das unverschämte Angebot der Arbeitgeber von 3,8 Prozent, das umgerechnet nur 3.04 Prozent bedeutet, wenn man die Lohnpause von drei Monaten einbezieht.

Wenn Herr Weisweiler meint, wir müßten auf den Lohn/Gehalt verzichten, um die Arbeitsplätze zu sichern, dann müssen wir ihm vorrechnen, daß wir seit Jahren Abstriche bei den Tarifrunden gemacht haben — in der Hoffnung, daß die Arbeitsplätze im Stahlbereich sicherer werden. Das Ergebnis: In der Stahlindustrie wurden seit 1974 über 150000 Arbeitsplätze vernichtet! (Anmerkung: Die Zahl von 150000 vernichteten Arbeitsplätzen seit 1974 ist — bezogen auf die Bundesrepublik — falsch. Seit 1974 wurden in der Stahlindustrie der BRD ca. 76000 Arbeitsplätze abgebaut. — RM-Redaktion.)

Und mit dem geplanten Zusammenschluß von Krupp und Hoesch wollen beide Konzerne noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren. Wer übrig bleibt, soll noch mehr malochen. Das Geld, das sie bei uns durch niedrige Tarifabschlüsse einsparen, werden die Unternehmer zusammen mit den Steuergeschenken für die Rationalisierung verwenden.

Wir nehmen deshalb den geplanten Abbau unserer Löhne und Gehälter nicht mehr ruhig hin und stehen hinter der Forderung der IG Metall. Die Forderung ist heute noch 7,5 Prozent.

Wir fordern die Tarifkommission der IG Metall auf, in den Verhandlungen keine faulen Kompromisse einzugehen.

Unsere Warnstreiks haben gezeigt, daß wir bereit sind, unsere Kraft für die Durchsetzung der aufgestellten Forderung von 7,5 Prozent einzusetzen.

„Billiger hätte Stahl nicht wegkommen können"

Der Stellvertretende Chefredakteur des Unternehmerorgans „Handelsblatt" äußerte sich in einem Kommentar in der Ausgabe vom 26. März außerordentlich zufrieden über den Tarifabschluß bei Stahl:

„Wenn man den Metallabschluß für erträglich hält, kann man den neuen Tarifvertrag in der Stahlindustrie nicht tadeln. Er kostet die Stahlunternehmen von NRW zwar, über zwölf Monate gerechnet, rund 233 Millionen DM, und das ist viel bei der Notlage dieser Branche. Auf der anderen Seite aber ist die Idee eines Einfrierens der Löhne für ein Jahr eine tarifpolitische Utopie. Billiger hätte Stahl kaum wegkommen können.

Immerhin ist auch 1982 mit der Verlängerung der Laufzeit um zwei Monate der traditionelle Abschlag gegenüber der Metallindustrie vorgenommen worden. Die Stahlunternehmer werden also in den Monaten Februar und März 1982 die ansonsten zum 1.2. 1983 fällige Tariflohnerhöhung einsparen, was pro Prozentpunkt der vertagten Lohnerhöhung rund 4,25 Millionen Mark im Monat ausmacht."

Krupp-Arbeiter legten die Produktion still

„Wir glauben nicht mehr an die alte Leier..."

BOCHUM (Arbeiterkorrespondenz). — Am letzten Mittwoch (24. März, RM) streikten bei Krupp in Bochum 5000 Kollegen. Die ganze Produktion lag still. Praktisch war die gesamte Frühschicht geschlossen dem Streikaufruf der IG Metall gefolgt. Das hat es bei uns selten gegeben!

Wir marschierten dann zum Krupp-Hochhaus. Dort besetzten wir spontan die Straßenkreuzung und brachten den Verkehr zum Erliegen. Es wurde von Kollegen eine Resolution in Umlauf gebracht, die unter Beifall verlesen wurde und für die auch Unterschriften gesammelt wurden. Diese Resolution, in der die Tarifkommission aufgefordert wird, keinem faulen Kompromiß zuzustimmen, wurde am Nachmittag in Krefeld der Großen Tarifkommission übergeben.

Am Nachmittag fuhren von Krupp in Bochum ca. 100 Kollegen mit Bussen nach Krefeld zum Krefelder Hof, wo die Tarifverhandlungen stattfanden. Insgesamt waren zwischen 300 und 500 Kollegen gekommen. Die Stimmung war sehr kämpferisch.

Eine unserer Parolen war: **„Wir glauben nicht mehr an die alte Leier von roten Zahlen und Pleitegeier"**. Außerdem riefen wir: **„Wir sind keine Funktionäre — 7,5 Prozent!"**.

Letzteres bezog sich auf die unverschämte Behauptung des Stahlunternehmer-Verhandlungsführers Weisweiler, die Stahlarbeiter stünden nicht hinter der 7,5-Prozent-Forderung der IGM. Gleichzeitig richtete sich unsere Parole aber



auch dagegen, daß der Verhandlungsführer der IG Metall, der Kölner Bezirksleiter Karlheinz Bräuer, die 7,5 Prozent sang- und klanglos hatte fallen lassen und nur noch 4,2 Prozent als Ziel angab.

Der Tarifabschluß, den Bräuer noch in der Nacht zum Donnerstag akzeptierte, bedeutet eine totale Mißachtung unserer Kampfbereitschaft.

Chemie-Tarifrunde

Empörung bei Hamburger Kollegen

HAMBURG. — Am 10. März fand im Hamburger DGB-Haus eine Veranstaltung statt, zu der die Verwaltungsstelle der IG Chemie die Vertrauensleute und Betriebsräte eingeladen hatte. Thema: Tarifrunde. Horst Mettke vom geschäftsführenden Hauptvorstand war persönlich erschienen, um die Lohnverzichtspolitik und das hinkende Tarifrentenmodell der IG-Chemie-Führung zu vertreten.

In einem Flugblatt der IG-Chemie-Branchengruppe der Hamburger RGO wird darüber berichtet, wie Mettkes Ausführungen bei den Kollegen aufgenommen wurde. Wir geben im folgenden entsprechende Passagen dieses Flugblattes wieder:

„Es sollte eine sehr turbulente Versammlung werden!

Mettke hämmerte wortgewaltig auf die weit über 100 anwesenden Kolleginnen und Kollegen ein. Aggressiv und einschüchternd versuchte der hohe Herr aus Hannover alle Kritiker schon im Vorweg an die Wand zu drücken. Aber er hat sich verrechnet an diesem Abend.

So läßt man auch in Hamburg nicht mehr mit sich umspringen. Es hagelte nur so harsche Kritik. Und die versammelten Gewerkschafter standen mehr oder weniger geschlossen hinter diesen Kritiken (...).

Empörung herrschte darüber, daß man von dem Tarifrentenkonzept zuerst im Fernsehen zu hören bekam, ehe man überhaupt von der eigenen Organisation informiert wurde. Es wurde Mettke vorgehalten und es wurde verurteilt, daß Tarifforderungen in der IG Chemie von oben nach unten durchgepeitscht werden. (...)

Aber die Redner aus den Betrieben kritisierten auch umfassend das Rentenmodell selber, zeigten auf, daß es durch und durch unausgegoren und innerhalb von zwei, drei Monaten nicht durchsetzbar ist."

Am Schluß ihres Flugblattes betonen die RGO-Kollegen von der Hamburger IG Chemie, daß es jetzt dringend notwendig ist, in den Betrieben „klare Geldforderungen aufzustellen mit dem Ziel der Reallohnsicherung."

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691/92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1**, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 15, Tel.: 0611/5971864

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Schandabschluß bei Stahl trotz hoher Kampfbereitschaft

IGM-Führung wollte den Kampf nicht

KREFELD. — Mehr als die Hälfte der 200000 von den Tarifverhandlungen betroffenen Arbeiter und Angestellten der nordrheinwestfälischen und Bremer Stahlindustrie war an Warnstreiks beteiligt. Und dennoch unterschrieben die IGM-Bonzen einen Tarifabschluß, der nicht nur einen brutalen Reallohnabbau bedeutet, sondern zudem sogar noch unter dem Abschluß in der Metallverarbeitung liegt.

Am Tag vor der Nacht des Schandabschlusses — es war der Mittwoch der letzten Woche — legten zwischen 70000 und 80000 Arbeiter und Angestellte der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und Bremens im Rahmen von ein- bis zweistündigen Warnstreiks die Arbeit nieder. Das ist mehr als ein Drittel aller Beschäftigten des betroffenen Tarifgebiets!

Damit blieb nicht einmal der Schatten eines Zweifels an der hohen Kampfbereitschaft der Stahlkocher übrig!

Insgesamt haben sich an den Warnstreiks der letzten und vorletzten Woche weit über 100000 Kollegen beteiligt, also mehr als die Hälfte aller von den Tarifverhandlungen betroffenen Stahlwerker. Das ist ein außerordentlich hoher Mobilisierungsgrad.

Bei den erwähnten Warnstreiks des vergangenen Mittwochs (24. März) bewiesen demonstrierende Stahlkocher teilweise auch durch spontane Aktionen, daß sie bereit sind, mit kämpferischen Mitteln ihre Interessen gegen die Stahlbarone konsequent durchzusetzen. So besetzten die Arbeiter von Hoesch (Werk Phönix) im Dortmunder Stadtteil Hörde und in Bochum die Kollegen von Krupp vor dem Krupp-Verwaltungshochhaus stark frequentierte Kreuzungen und blockierten den Verkehr.

Mehrere hundert Stahlarbeiter aus verschiedenen Ruhrgebietsstädten, so von Krupp-Bochum und von Thyssen und Mannesmann in Düsseldorf und Duisburg, fuhren am Mittwoch nachmittag zum Verhandlungsort nach Krefeld, um dort für ihre Forderung nach 7,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt und gegen einen faulen Kompromiß zu demonstrieren.

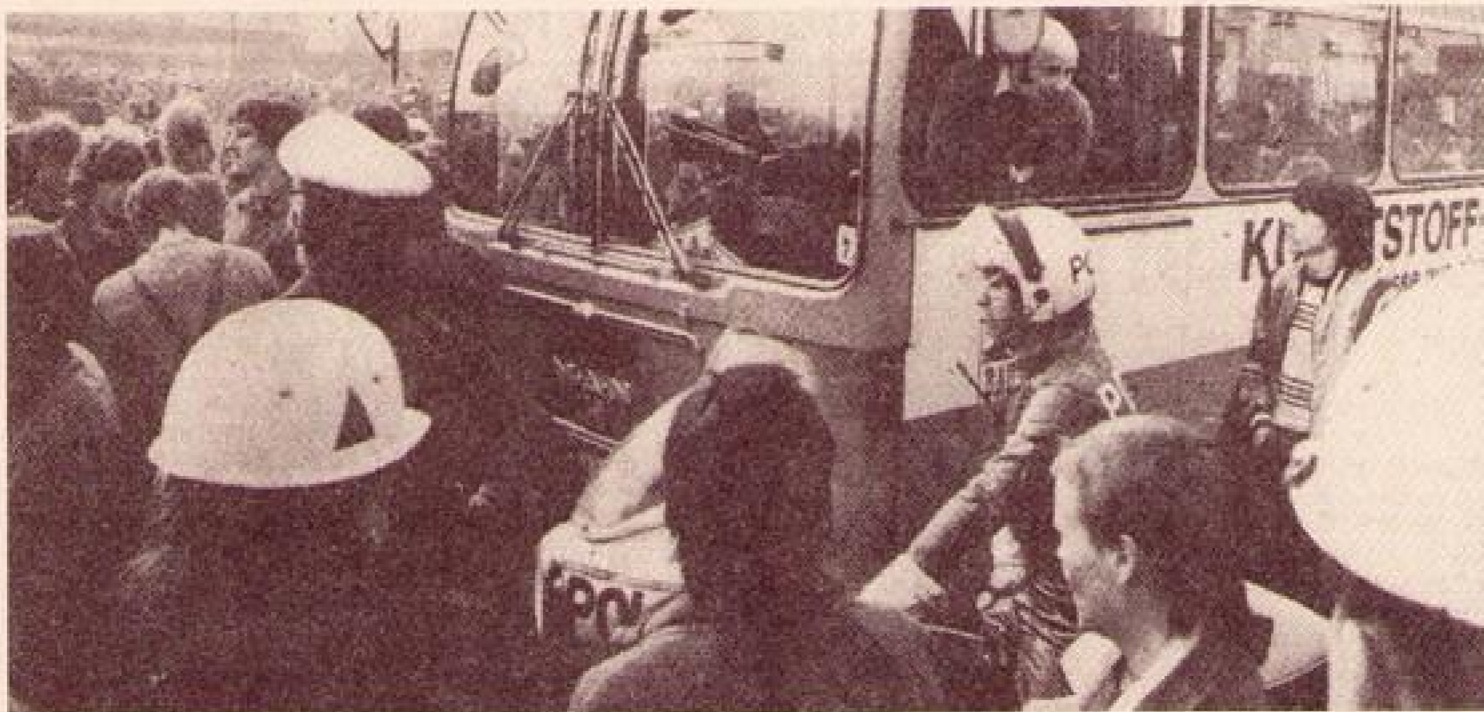
Die Stahlwerker von Krupp in Bochum überreichten der großen Tarifkommission der IGM eine Protestresolution, für die während des Warnstreiks bei Krupp Unterschriften gesammelt worden waren. Darin hieß es unter anderem: **„Die Forderung ist heute noch 7,5 Prozent. Wir fordern die Tarifkommission der IG Metall auf, in den Verhandlungen keine faulen Kompromisse einzugehen."** (Wir haben den Text nebenstehend im Wortlaut abgedruckt.)

Genau gegen diese Mahnung verstieß die Tarifkommission. 4,2 Prozent bei 14 Monaten Laufzeit —, das ist nicht nur ein brutaler Reallohnabbau, sondern zudem auch ein Zugeständniss an die provokatorische Forderung der Stahlbarone nach einem Abschlag der Stahlwerker gegenüber den Metallarbeitern.

Trotz der rücksichtslosen Rationalisierung- und Entlassungsfeldzüge der Stahlbarone haben die Stahlwerker in hervorragender Weise ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Wo gab es das zuletzt, daß mehr als die Hälfte aller betroffenen Arbeiter und Angestellten an Arbeitsniederlegungen teilnahmen?

Die IGM-Führung jedoch verzichtete darauf, die Kampfkraft zu nutzen, um den Angriff der Kapitalisten auf die Reallöhne zu stoppen.

Gewiß: Wären die Warnstreiks nicht gewesen, dann hätten die Stahlbarone sich noch nicht einmal zu einem Abschluß mit einer Vier vor dem Komma bereit gefunden. Nichtsdestoweniger aber hat dieser Schandabschluß die Unternehmer der angestrebten lohnpolitischen Wende erneut um ein Stück näher gebracht.







Stahlkocher zeigten am Mittwoch letzter Woche, daß sie kampfbereit sind. An diesem Tag beteiligten sich an die 80000 Kollegen an Warnstreiks. In Bochum und Dortmund blockierten demonstrierende Stahlkocher den Verkehr (oberes und mittleres Bild). Auch zu den Tarifverhandlungen in Krefeld fuhren mehrere hundert Kollegen, um für 7,5 Prozent zu demonstrieren (Bild unten).

Protestresolution

Wir Krupp-Kollegen protestieren gegen das unverschämte Angebot der Arbeitgeber von 3,8 Prozent, das umgerechnet nur 3.04 Prozent bedeutet, wenn man die Lohnpause von drei Monaten einbezieht.

Wenn Herr Weisweiler meint, wir müßten auf den Lohn/Gehalt verzichten, um die Arbeitsplätze zu sichern, dann müssen wir ihm vorrechnen, daß wir seit Jahren Abstriche bei den Tarifrunden gemacht haben — in der Hoffnung, daß die Arbeitsplätze im Stahlbereich sicherer werden. Das Ergebnis: In der Stahlindustrie wurden seit 1974 über 150000 Arbeitsplätze vernichtet! (Anmerkung: Die Zahl von 150000 vernichteten Arbeitsplätzen seit 1974 ist — bezogen auf die Bundesrepublik — falsch. Seit 1974 wurden in der Stahlindustrie der BRD ca. 76000 Arbeitsplätze abgebaut. — RM-Redaktion.)

Und mit dem geplanten Zusammenschluß von Krupp und Hoesch wollen beide Konzerne noch mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren. Wer übrig bleibt, soll noch mehr malochen. Das Geld, das sie bei uns durch niedrige Tarifabschlüsse einsparen, werden die Unternehmer zusammen mit den Steuergeschenken für die Rationalisierung verwenden.

Wir nehmen deshalb den geplanten Abbau unserer Löhne und Gehälter nicht mehr ruhig hin und stehen hinter der Forderung der IG Metall. Die Forderung ist heute noch 7,5 Prozent.

Wir fordern die Tarifkommission der IG Metall auf, in den Verhandlungen keine faulen Kompromisse einzugehen.

Unsere Warnstreiks haben gezeigt, daß wir bereit sind, unsere Kraft für die Durchsetzung der aufgestellten Forderung von 7,5 Prozent einzusetzen.

„Billiger hätte Stahl nicht wegkommen können"

Der Stellvertretende Chefredakteur des Unternehmerorgans „Handelsblatt" äußerte sich in einem Kommentar in der Ausgabe vom 26. März außerordentlich zufrieden über den Tarifabschluß bei Stahl:

„Wenn man den Metallabschluß für erträglich hält, kann man den neuen Tarifvertrag in der Stahlindustrie nicht tadeln. Er kostet die Stahlunternehmen von NRW zwar, über zwölf Monate gerechnet, rund 233 Millionen DM, und das ist viel bei der Notlage dieser Branche. Auf der anderen Seite aber ist die Idee eines Einfrierens der Löhne für ein Jahr eine tarifpolitische Utopie. Billiger hätte Stahl kaum wegkommen können.

Immerhin ist auch 1982 mit der Verlängerung der Laufzeit um zwei Monate der traditionelle Abschlag gegenüber der Metallindustrie vorgenommen worden. Die Stahlunternehmer werden also in den Monaten Februar und März 1982 die ansonsten zum 1.2. 1983 fällige Tariflohnerhöhung einsparen, was pro Prozentpunkt der vertagten Lohnerhöhung rund 4,25 Millionen Mark im Monat ausmacht."

Krupp-Arbeiter legten die Produktion still

„Wir glauben nicht mehr an die alte Leier..."

BOCHUM (Arbeiterkorrespondenz). — Am letzten Mittwoch (24. März, RM) streikten bei Krupp in Bochum 5000 Kollegen. Die ganze Produktion lag still. Praktisch war die gesamte Frühschicht geschlossen dem Streikaufruf der IG Metall gefolgt. Das hat es bei uns selten gegeben!

Wir marschierten dann zum Krupp-Hochhaus. Dort besetzten wir spontan die Straßenkreuzung und brachten den Verkehr zum Erliegen. Es wurde von Kollegen eine Resolution in Umlauf gebracht, die unter Beifall verlesen wurde und für die auch Unterschriften gesammelt wurden. Diese Resolution, in der die Tarifkommission aufgefordert wird, keinem faulen Kompromiß zuzustimmen, wurde am Nachmittag in Krefeld der Großen Tarifkommission übergeben.

Am Nachmittag fuhren von Krupp in Bochum ca. 100 Kollegen mit Bussen nach Krefeld zum Krefelder Hof, wo die Tarifverhandlungen stattfanden. Insgesamt waren zwischen 300 und 500 Kollegen gekommen. Die Stimmung war sehr kämpferisch.

Eine unserer Parolen war: **„Wir glauben nicht mehr an die alte Leier von roten Zahlen und Pleitegeier"**. Außerdem riefen wir: **„Wir sind keine Funktionäre — 7,5 Prozent!"**.

Letzteres bezog sich auf die unverschämte Behauptung des Stahlunternehmer-Verhandlungsführers Weisweiler, die Stahlarbeiter stünden nicht hinter der 7,5-Prozent-Forderung der IGM. Gleichzeitig richtete sich unsere Parole aber



auch dagegen, daß der Verhandlungsführer der IG Metall, der Kölner Bezirksleiter Karlheinz Bräuer, die 7,5 Prozent sang- und klanglos hatte fallen lassen und nur noch 4,2 Prozent als Ziel angab.

Der Tarifabschluß, den Bräuer noch in der Nacht zum Donnerstag akzeptierte, bedeutet eine totale Mißachtung unserer Kampfbereitschaft.

Chemie-Tarifrunde

Empörung bei Hamburger Kollegen

HAMBURG. — Am 10. März fand im Hamburger DGB-Haus eine Veranstaltung statt, zu der die Verwaltungsstelle der IG Chemie die Vertrauensleute und Betriebsräte eingeladen hatte. Thema: Tarifrunde. Horst Mettke vom geschäftsführenden Hauptvorstand war persönlich erschienen, um die Lohnverzichtspolitik und das hinkende Tarifrentenmodell der IG-Chemie-Führung zu vertreten.

In einem Flugblatt der IG-Chemie-Branchengruppe der Hamburger RGO wird darüber berichtet, wie Mettkes Ausführungen bei den Kollegen aufgenommen wurde. Wir geben im folgenden entsprechende Passagen dieses Flugblattes wieder:

„Es sollte eine sehr turbulente Versammlung werden!

Mettke hämmerte wortgewaltig auf die weit über 100 anwesenden Kolleginnen und Kollegen ein. Aggressiv und einschüchternd versuchte der hohe Herr aus Hannover alle Kritiker schon im Vorweg an die Wand zu drücken. Aber er hat sich verrechnet an diesem Abend.

So läßt man auch in Hamburg nicht mehr mit sich umspringen. Es hagelte nur so harsche Kritik. Und die versammelten Gewerkschafter standen mehr oder weniger geschlossen hinter diesen Kritiken (...).

Empörung herrschte darüber, daß man von dem Tarifrentenkonzept zuerst im Fernsehen zu hören bekam, ehe man überhaupt von der eigenen Organisation informiert wurde. Es wurde Mettke vorgehalten und es wurde verurteilt, daß Tarifforderungen in der IG Chemie von oben nach unten durchgepeitscht werden. (...)

Aber die Redner aus den Betrieben kritisierten auch umfassend das Rentenmodell selber, zeigten auf, daß es durch und durch unausgegoren und innerhalb von zwei, drei Monaten nicht durchsetzbar ist."

Am Schluß ihres Flugblattes betonen die RGO-Kollegen von der Hamburger IG Chemie, daß es jetzt dringend notwendig ist, in den Betrieben „klare Geldforderungen aufzustellen mit dem Ziel der Reallohnsicherung."

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz. Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt** 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 15, Tel.: 0611 / 5971864

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Diskriminierung ausländischer Kollegen bei Krupp

„Wir werden verschoben wie Vieh"

BOCHUM. — Am Freitag, den 12. März, teilte die Werksleitung von Krupp in Bochum 97 ausländischen Stahlarbeitern in einem Schreiben lapidar mit, sie seien ab Dienstag (16. März) in die Krupp-Hüttenwerke im ca. 50 Kilometer entfernten Duisburg-Rheinhausen versetzt. „Der Bus fährt um 4.45 Uhr von Tor 12", hieß es in der Mitteilung. Als betroffene Kollegen Einspruch beim Personalchef einlegten, erhielten sie zur Antwort: „Wenn Sie sich nicht innerhalb von drei Tagen einverstanden erklären, müssen wir Sie entlassen."

Betroffene Kollegen wandten sich nun an die Deutsch-ausländische Freundschaftsgesellschaft, eine Bochumer Bürgerinitiative, die sich vor allem die Aufgabe stellt, etwas gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit zu tun. Denn vom Betriebsrat hatten sie keine Hilfe zu erwarten, er hatte im Gegenteil seine Zustimmung zu dieser brutalen Maßnahme gegeben. Und auch von seiten der IG Metall kam zunächst keine Hilfe.

Am Mittwoch vergangener Woche fand dann in dem Bochumer türkischen Lokal New Istanbul eine Versammlung statt, zu der die Freundschaftsgesellschaft eingeladen hatte. Von den betroffenen 97 Kollegen (93 Kollegen aus der Türkei, zwei Jugoslawen, je ein Araber und Spanier) erschienen ca. 70 zu der Versammlung!

Außerdem war die Lokalpresse sowie der Betriebsrat, die IG Metall und die Geschäftsleitung eingeladen worden.

Die Geschäftsleitung reagierte überhaupt nicht. Die IG Metall und der Betriebsrat ließen sich wegen angeblicher Terminschwierigkeiten entschuldigen.

„Familienprobleme spielen keine Rolle"

Was die Kollegen auf der Versammlung zu berichten wußten, ergibt ein empörendes Bild der Rücksichtslosigkeit der Krupp-Bosse, speziell der unmenschlichen Behandlung ausländischer Arbeiter.

Per Post hatte man den Kollegen die Umsetzung unverschämt kurzfristig mitgeteilt. Um ihr Einverständnis waren sie ohnedies nicht gefragt worden. Innerhalb von wenigen Tagen mußten sie sich darauf einstellen, in einer rund 50 Kilometer entfernten Stadt zu arbeiten. Wer kein Auto hat, kann zusehen, wie er zu dem Werkstor kommt, von dem aus die Busse morgens um 4.45 Uhr in Richtung Duisburg losfahren, zu dieser frühen Stunde verkehren in Bochum noch keine Busse und Straßenbahnen.

Viele der Kollegen sind Familienväter. Auf Werkswohnungen in Rheinhausen können sie nicht rechnen, so wurde ihnen bedeutet, es sei denn sie nähmen eine Wartezeit von mindestens drei Jahren in Kauf. Das Pendeln zwischen Bochum und Rheinhausen bedeutet jedoch zwei Stunden zusätzlich, die man täglich von und zur Arbeitsstelle unterwegs ist. Kollegen, die diese Probleme im Personalbüro ansprachen, erhielten zur Antwort: „Familienprobleme spielen keine Rolle".

Rechtlose Arbeitssklaven?

Die Versetzungsaktion ist die erste größere Maßnahme im Rahmen des Rationalisierungsprogramms, das am 10. Juni letzten Jahres vom Aufsichtsrat der Krupp Stahl AG mit dem Segen der Betriebsratsspitze und der IGM-Bonzen verabschiedet worden war. Zur Sicherung einiger elementaren sozialen Ansprüche der von den Rationalisierungsmaßnahmen Betroffenen Belegschaftsmitglieder hatte der Betriebsrat am 30. Juli letzten Jahres eine Betriebsvereinbarung mit den Krupp-Bossen abgeschlossen.

Aber offensichtlich sind der Vorstand und die Betriebsratsspitze bei Krupp Stahl der Ansicht, daß die ausländischen Arbeiter keinen Anspruch auf die Rechte und Leistungen haben, die in dieser Betriebsvereinbarung vertraglich fixiert sind.

In der Betriebsvereinbarung heißt es, daß „sich ergebende personelle Maßnahmen" mit den „betroffenen Mitarbeitern" in Gesprächen erörtert werden müßten, und daß Versetzungen „unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Mitarbeiter" erfolgen sollten. Bei Versetzungen an einen anderen Standort des Unternehmens besteht unter anderem — je nach Dauer der Werkszugehörigkeit — Anspruch auf Ausgleichsbeträge von mindestens 2000 und maximal 6000 Mark. Ferner wird Unterstützung seitens der Firma bei der Beschaffung einer Wohnung zugesichert und im Falle des Umzugs in eine näher am Arbeitsplatz liegende Wohnung eine einmalige Pauschale von 3000 Mark.

Die Kollegen jedoch wußten noch nicht einmal, daß dieser Sozialplan überhaupt existiert. Weder von seiten der Unternehmensleitung noch des Betriebsrates, noch der IG Metall waren sie je darüber informiert worden. Es gibt übrigens bei Krupp nur Betriebsversammlungen in deutscher Sprache.

Offensichtlich wollte die Unternehmensleitung diese Situation ausnutzen, um den zwangsweise versetzten Kollegen auch noch die Ansprüche aus der Betriebsvereinbarung vorzuenthalten.

„Hau ab in die Türkei!"

Das Rationalisierungskonzept der Krupp-Bosse läuft natürlich darauf hinaus, den Profit von Krupp auf Kosten der gesamten Belegschaft, also der deutschen wie der ausländischen Kollegen, zu erhöhen. Gleichzeitig aber werden die ausländischen Arbeiter besonders rücksichtslos behandelt. Sie werden regelrecht diskriminiert. Das zeigt sich allein schon an der Tatsache, daß von der Versetzungsaktion ausschließlich nur ausländische Kollegen betroffen sind.

Wäre nicht diese Diskriminierung im Spiel, so hätte man doch speziell an solche Kollegen herantreten müssen, bei denen eine Versetzung an einen anderen, entfernten Standort verhältnismäßig geringe Probleme mit sich bringt. Und das wären dann mit Sicherheit nicht ausschließlich ausländische Kollegen gewesen.

Die Diskiminierung ist also unbestreitbar. Und besonders erschreckend dabei ist, daß der Betriebsrat dazu seine Zustimmung gegeben hat.

Der Betriebsrat und die IG Metall bei Krupp in Bochum haben, wie bereits erwähnt, weder im Allgemeinen noch im Besonderen etwas getan, um die Diskriminierung der ausländischen Kollegen zu bekämpfen. Beispielsweise gibt es kein einziges türkisches Betriebsratsmitglied, obwohl die Kollegen aus der Türkei einen hohen Anteil an der Belegschaft ausmachen. Auch im Vertrauenskörper der IG Metall sind nur sehr wenige Ausländer.

Daß es innerhalb des Betriebsrates sogar eine üble ausländerfeindliche Stimmung bit, verdeutlicht die Reaktion eines Betriebsratsmitgliedes, als einer der betroffenen türkischen Kollegen sich wegen der Zwangsversetzung beschwerte: „Hau' ab in die Türkei!"

Es ist beschämend, wenn sogar Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre die Kapitalisten bei der Diskriminierung und Entrechtung der ausländischen Kollegen unterstützen. Noch schlimmer ist es, wenn sie sogar direkt in die Ausländerhetze mit einstimmen und selbst die Ausländerfeindlichkeit schüren. Letzten Endes schwächt dies die Stellung aller Lohnabhängigen gegenüber den Unternehmern, egal ob Deutsche oder Ausländer. Man hilft den Unternehmern, die Arbeiterschaft zu spalten und den einen Teil gegen den anderen auszuspielen.

Schluß mit der Diskriminierung!

Die Deutsch-ausländische Freundschaftsgesellschaft hat immerhin erreicht, daß in den Regionalzeitungen des Ruhrgebietes über die Diskriminierung bei Krupp/Bochum berichtet wurde. Dadurch kommen jetzt offensichtlich auch die Verantwortlichen in den zuständigen Stellen der IG Metall unter Druck.

Inzwischen hat der Vorsitzende des Arbeitskreises für ausländische Arbeitnehmer in der Bochumer IG Metall gegenüber der Lokalpresse erklärt, er halte es nicht für richtig, wie die Sache bei Krupp gelaufen ist; es müßten darüber neue Verhandlungen zwischen Vorstand und Betriebsrat geführt werden.

Mit Unterstützung der Freundschaftsgesellschaft, in der auch fortschrittliche Rechtsanwälte mitarbeiten, haben 83 von der Versetzungsaktion betroffenen Kollegen Klage vor dem Arbeitsgericht eingereicht. Die Rechtsanwälte halten die Versetzungen für rechtlich unhaltbar, weil erstens das Einverständnis der Betroffenen nicht eingeholt wurde und weil zweitens eine Diskriminierung von Ausländern gegeben ist.

Die IG Metall in Bochum hat die Pflicht, den Widerstand dagegen zu unterstützen. Im übrigen ist es im Interesse einer starken Gewerkschaftsbewegung, brennend notwendig, jede Form von Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit kompromißlos abzulehnen und aktiv zu bekämpfen.



18 Tage lang besetzte die Belegschaft des Farbbildröhrenwerkes Videocolor in Ulm Anfang dieses Jahres den Betrieb, um die Stillegung von Videocolor in Ulm zu verhindern. Dabei standen die deutschen und ausländischen Arbeiter in vorbildlicher Solidarität fest zusammen.

DGB gegen Ausländerfeindlichkeit

Da muß noch viel mehr laufen!

MAINZ. — Am 19. März veranstaltete der DGB-Kreis Mainz-Bingen eine Podiumsveranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit. Eine erfreuliche Initiative! In der Diskussion wurde aber auch Kritik daran geübt, daß der DGB da noch viel zu wenig tut, ja, daß gewisse DGB-Führer die Ausländerfeindlichkeit sogar selbst unterstützen.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Sich gemeinsam wehren! Gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit!". Sie fand im Mainzer Rathaus statt. Ungefähr 250 Kollegen waren gekommen.

In einem DGB-Flugblatt, das zu der Veranstaltung aufrief, heißt es unter anderem:

„Nun wird uns aber seit einiger Zeit ein Sündenbock präsentiert, der angeblich für die Arbeitslosigkeit und Krise verantwortlich sein soll: Die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. (...)

Doch wodurch gehen Arbeitsplätze verloren? Zum Beispiel durch die Schließung von Betrieben, entweder weil sie pleite gemacht haben, oder weil sie von der Konkurrenz nur deshalb gekauft wurden, um dicht gemacht zu werden. Selbst wenn es in der Bundesrepublik keine ausländischen Arbeiter geben würde, würden solche Produktionsstätten dicht gemacht. Wenn die Maschinen stillgelegt werden, trifft das alle Arbeiter, ausländische wie deutsche.

Ein anderer Arbeitsplatzkiller ist die Rationalisierung. In solchen Fällen wird aus Profitgründen wegrationalisiert, ob es nun Deutsche oder Ausländer trifft. (...)

Nein, wir brauchen keinen neuen Sündenbock. Vielmehr sind Deutsche und Ausländer aufeinander angewiesen, wenn erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit und unsoziale Kürzungen vorgegangen werden soll. (...) Wenn wir uns gegeneinander ausspielen lassen, Deutsche gegen Ausländer, Arbeitslose gegen in Arbeit Stehende, schadet das uns allen."

Als der Vorstandssekretär der IG Metall, Hans Schirmer auf der Veranstaltung davon sprach, die DGB-Gewerkschaften würden heute einmütig gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit stehen, gab es allerdings bei den Veranstaltungsteilnehmern heftigen Widerspruch.

„Warum unterstützt der DGB die Verschärfung des Ausländerrechts?" wurde beispielsweise gefragt. Es wurde auch auf das DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab verwiesen. Schwab hatte kürzlich wörtlich erklärt:

„Bei den Deutschen ist eine Feindlichkeit gegenüber Ausländern nicht vorhanden, wie sie vielleicht manche heute in der öffentlichen Diskussion herbeireden möchten".

Die Durchführung der Veranstaltung in Mainz durch den DGB ist ein begrüßenswerter Schritt. Leider passiert in dieser Richtung noch viel zu wenig.

Eines der wenigen positiven Beispiele ist noch aus dem Landesbezirk Baden-Württemberg des DGB zu berichten. Der DGB hat dort eine Broschüre herausgebracht mit dem Thema: **„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg! — Eine Legende"**. Allerdings scheinen gewisse Funktionäre die Verbreitung dieser Broschüre eher zu behindern als zu fördern.


Warnstreik der Stahlarbeiter bei Thyssen in Duisburg am 16. März 1982. Ohne Solidarität und Einigkeit zwischen den deutschen und ausländischen Kollegen können die brutalen Angriffe der Unternehmer auf unsere Reallöhne nicht abgewehrt werden. Die Ausländerfeindlichkeit ist genau das, was die Kapitalisten jetzt brauchen, um die Arbeiterbewegung entscheidend zu schwächen.

Das Recklinghauser Forum ließ die Frage offen:

Wohin gehen die Demokratischen Sozialisten?

Am 20. März fand in Recklinghausen das „Forum Demokratische Sozialisten" statt. Die überwältigende Mehrheit der annähernd 1 500 Teilnehmer sprach sich in einer der Herstellung eines Meinungsbildes dienenden Abstimmung dafür aus, die Gründung einer neuen Partei links von der SPD in Angriff zu nehmen. In vielen Städten haben sich „Initiativen Demokratischer Sozialisten" gebildet. Initiatoren des Recklinghäuser Forums und der Demokratischen Sozialisten sind unter anderem die Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen, die wegen ihrer linksoppositionellen Haltung aus der SPD ausgetreten sind (Coppik) bzw. ausgeschlossen (Hansen) wurden.

Wenn ehemalige Sozialdemokraten nach langen Jahren innerparteilicher Oppositionskämpfe zu dem Schluß gelangen, daß eine Veränderung der SPD in eine wirklich linke und antikapitalistische Partei nicht länger als realistische Perspektive betrachtet werden kann und deshalb den Versuch unternehmen, die enttäuschten Mitglieder und Anhänger der SPD in einer neuen Linkspartei zu sammeln, ist das ein politischer Vorgang, der Beachtung verdient.

Angesichts des vorherrschenden sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiterklasse ist eine Linksentwicklung der Arbeiterbewegung nur vorstellbar als Ergebnis eines Lösungsprozesses breiter Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft von der SPD. Natürlich ist es nicht ausgeschlossen, daß sich infolge der Verschärfung der kapitalistischen Krise ein ziemlich schneller Übergang breiterer Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft auf revolutionäre Positionen vollzieht. Ausgeschlossen ist leider aber auch nicht, daß zunächst einmal die politische Reaktion vor allem in Gestalt der CDU/CSU vom Abbröckeln des sozialdemokratischen Einflusses in der Arbeiterklasse profitiert.

Jedenfalls tut man wohl gut daran, die Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung als einen längeren Prozeß zu begreifen. Dabei ist es wenig wahrscheinlich, daß breitere Teile der Arbeiterklasse Knall auf Fall von sozialdemokratischen Positionen zum Kommunismus übergehen. Viel realistischer ist es, davon auszugehen, daß ein Linksentwicklungsprozeß innerhalb der Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad zwangsläufig gewisse Zwischenstadien durchlaufen wird, bevor die Masse der Arbeiter- und Angestelltenschaft zur Erkenntnis der Notwendigkeit und Nützlichkeit der proletarischen Revolution gelangt.

Die entscheidenden Weichen für eine solche Entwicklung werden heute in erster Linie in Betrieb und Gewerkschaft gestellt. In dem Maße, in dem es gelingt, die sozialpartnerschaftliche Konzeption, die durch und durch sozialdemokratisch ist, zugunsten einer klassenkämpferischen Orientierung der Gewerkschaften zurückzudrängen, in dem Maße wird eine Radikalisierung und Linksentwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zum Durchbruch kommen können.

Bei der geschilderten Lage der Dinge erscheint es uns borniert, einer Formierung ehemaliger Mitglieder und Anhänger der SPD mit dem Vorwurf entgegenzutreten, sie würde die Arbeiterklasse oder Teile der Arbeiterklasse nur vom Übergang zum Kommunismus abhalten. Eine solche Haltung scheint die DKP einzunehmen.

Unsere Partei sieht in den Demokratischen Sozialisten keineswegs vor allem eine „lästige Konkurrenz", sondern wir gehen zunächst einmal davon aus, daß eine solche linke Formierung aus der SPD heraus unter bestimmten Umständen einen positiven Beitrag zur Lösung der Arbeiterbewegung vom sozialdemokratischen Einfluß und zur Linksentwicklung der Arbeiterklasse leisten könnte.

Dicke Fragezeichen ...

Die Demokratischen Sozialisten haben die Chance, einen positiven Beitrag zur Linksentwicklung der Arbeiterklasse zu leisten. Die Frage, ob sie es tatsächlich tun werden, muß derzeit aber wohl noch mit mehreren dicken Fragezeichen versehen werden. Zuviel Falsches und Widersprüchliches gab und gibt es auf dem Recklinghäuser Forum und in den Recklinghäuser Thesen, die den Demokratischen Sozialisten als vorläufige Grundlage ihrer Arbeit dienen, in Fragen, an denen sich im Grunde entscheidet, ob die Demokratischen Sozialisten tatsächlich ein Faktor in der Arbeiterbewegung unseres Landes werden können.

So reicht es nicht, der sozialdemokratischen Regierungspolitik einen Forderungskatalog entgegenzustellen, der — abgesehen von ökologischen Fragestellungen — nicht über das hinausgeht, was die SPD vor ihrem Godesberger Parteitag und teilweise auch noch danach in ihren Parteitagsbeschlüssen vertreten hat. Man muß auch zu einer Kritik des sozialdemokratischen Politikverständnisses gelangen. Sozialdemokratische Politik — das war nach dem zweiten Weltkrieg auch in ihren „besten" Tagen immer **bürgerliche** Reformpolitik, die darauf abzielte, den Klassenkampf zu kanalisieren und einzudämmen, den „sozialen Frieden" durch Einbindung der Gewerkschaften in das bürgerliche System zu wahren, um gerade dadurch der herrschenden Klasse die „Regierungsfähigkeit" der SPD zu beweisen.

Die Demokratischen Sozialisten konnten sich in ihren Recklinghäuser Thesen nicht zu einer klaren Anerkennung des Klassenkampfes als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung durchringen. An keiner Stelle wird wirklich deutlich, daß die Partei, die sich dort formieren will, dies in der Absicht tut, zu einer Stärkung des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie beizutragen. Nirgendwo wird festgehalten, daß **nur** der Massenkampf der Arbeiter und Angestellten für ihre Interessen gegen die Unternehmer und ihre politische Lage (erst recht den Sozialismus) durchsetzen kann. Eine politische Partei, die die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten und die Sache des Sozialismus zu ihren Anliegen erklärt, aber es nicht als ihre wichtigste Aufgabe bestimmt, den Klassenkampf der Arbeiter und Angestellten zu entfalten, bleibt — trotz höchst sympathischer Zielsetzungen — in bürgerlicher Reformpolitik und damit im Sozialdemokratismus befangen.

Es kommt heute nicht so sehr darauf an, Sätze wie diesen zu schreiben: „Unsere Politik ist die offensive Vertretung der Rechte der benachteiligten Bevölkerungsschichten." Es ist nicht falsch, kann aber so auch von Willy Brandt und sogar von CDU-Geißler gesagt werden. Wichtiger ist es, heute für die Idee einzutreten, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein kann.

Weil die Demokratischen Sozialisten hier ihren Standort nicht klar bestimmen, kommen sie bei der unvermeidlichen Auseinandersetzung mit den Grünen in ein heilloses Dilemma. Auf dem Recklinghäuser Forum hat diese Auseinandersetzung praktisch die gesamte Diskussion bestimmt. Seitens der Demokratischen Sozialisten wurde dabei immer nur die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Grünen betont. Die Grünen hingegen stellten, wie nicht anders zu erwarten war, die Frage, warum die Demokratischen Sozialisten überhaupt eine neue Partei gründen wollen, anstatt einfach bei den Grünen mitzumachen.

Es gibt für uns keinen Zweifel, daß die Genossinnen und Genossen, die auf die Gründung der Demokratischen Sozialisten als Partei hinarbeiten, gute Gründe haben, nicht in die Partei der Grünen einzutreten. Tatsache aber ist, daß sich anhand der Recklinghäuser Thesen die Frage, warum sie nicht bei den Grünen mitmachen, nicht schlüssig beantworten läßt. Gewiß, die Demokratischen Sozialisten widmen dem Stichwort Ökologie nur eine sehr knappe Seite und dem Stichwort Wirtschafts- und Sozialpolitik immerhin über vier Seiten. Die Behandlung der Fragen aber unterscheidet sich keineswegs wesentlich von der Programmatik der Grünen.



Coppik und Hansen

Ökologie vor Ökonomie?

So findet sich in den Recklinghäuser Thesen folgender Satz: „Umweltfragen sind Lebensfragen und haben Vorrang vor Gesichtspunkten ökonomischer Zweckdienlichkeit." Das ist eine jener unsäglichen Plattheiten, mit denen die grünen Ideologen heute den Klassenkampf für überholt erklären wollen. Die geläufigere Kurzformel dafür heißt: Ökologie geht vor Ökonomie.

Es handelt sich um eine Plattheit, weil es eine ökonomische Zweckdienlichkeit schlechthin nicht gibt, sondern stets zu fragen ist, **für wen** ökonomische Entscheidungen zweckdienlich sind und diese Frage wird natürlich keineswegs von Fall zu Fall entschieden, sondern im wesentlichen durch die Produktionsverhältnisse. In der kapitalistischen Wirtschaft wird die Frage nach der ökonomischen Zweckdienlichkeit entschieden durch die Antwort auf die Frage, welcher Profit gemacht wird oder zu erwarten ist. Eben das führt dazu, daß die kapitalistische Wirtschaft ökologisch katastrophale Auswirkungen hat.

Es ist eine Sache, der kapitalistischen Produktionsweise den Krieg zu erklären, weil sie die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen ruiniert. Dieser Kampf kann letztendlich nur die Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch eine andere Produktionsweise, die eine weitgehende Übereinstimmung mit ökologischen Erfordernissen ermöglicht, zum Ziel haben. Es ist marxistische Auffassung, die wir an dieser Stelle nicht weiter darlegen können, daß sozialistische Produktionsverhältnisse und auf ihrer Grundlage die wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion die Voraussetzungen eben dafür schaffen.

Es ist aber eine ganz andere Sache, mit dem Schlachtruf „Ökologie vor Okonomie" die industrielle Produktion schlechthin als zu beseitigende oder zumindest möglichst weit einzuschränkende Quelle allen Übels zu betrachten. Diese Position ist reaktionär und wird ihre Verfechter zwangsläufig in einen scharfen Gegensatz zur Arbeiterbewegung führen.

Es handelt sich um eine sehr praktische Frage, nicht nur um eine theoretische Debatte. In Dortmund haben sich die Grünen gegen die Forderung der Hoesch-Arbeiter nach dem Bau eines neuen Stahlwerks gestellt. Läßt man das ganze „alternative Drumherumgerede" („wir sind mit den Hoesch-Arbeitern solidarisch, können ‚Stahlwerk jetzt' nicht unterstützen, alternative Wirtschaftsstruktur usw.") beiseite, haben die Grünen sich in Dortmund gegen den Kampf der Stahlarbeiter zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze gestellt und auf die Seite der Deutschen Bank.

Dortmund ist kein Einzelfall. Sicher geht es nicht darum, jeden Wahnsinn — von der Startbahn West über Atomkraftwerke bis zur Rüstungsproduktion — zu rechtfertigen, weil auch dadurch in gewissem Umfang Arbeitsplätze geschaffen werden (obwohl bei solchen Projekten in der Regel mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen werden). Es geht darum, daß eine Ideologie, die den Widerspruch Lohnarbeit/Kapital **ersetzt** durch den Widerspruch Industrie/Natur beispielsweise in der Frage der Verteidigung der industriellen Arbeitsplätze in Gegnerschaft zur Arbeiterbewegung geraten **muß**. Nach der Faustregel „Ökologie vor Ökonomie" ist jede Stillegung eines Industriebetriebes ökologisch zweckdienlich. Sicher meinen die Demokratischen Sozialisten das nicht so. Aber wenn man das nicht meint, dann soll man einen solchen Unsinn nicht in seine programmatischen Thesen schreiben. Auch den Demokratischen Sozialisten kann es nicht entgangen sein, daß es in der grün-alternativen Bewegung eine starke Strömung gibt, die genau das meint. Wenn man der Auseinandersetzung um diese Frage ausweicht, ja sich in dieser Frage sogar der „reinen" grünen Ideologie anpaßt, muß man sich im Klaren darüber sein, daß man eine Abwendung von der Arbeiterbewegung vollzieht. Wenn in den nächsten Jahren breiteren Teilen der Arbeiter und Angestellten die Unvereinbarkeit ihrer Interessen mit dem kapitalistischen System bewußt werden wird, dann wird sich dieser Prozeß vor allem an der Frage des Kampfes gegen die Arbeitsplatzvernichtung und die Massenarbeitslosigkeit entwickeln. In dieser Frage eine falsche oder auch nur zweideutige Haltung einzunehmen, wäre möglicherweise mit Abstand die schlimmste Dummheit, die die politische Linke in diesem Land begehen kann.

Hoffnung für Hunderttausende?

Zu den Recklinghäuser Thesen und zu einer Reihe von Beiträgen auf dem Recklinghäuser Forum ließe sich noch einiges anmerken. Das gilt für alle thematischen Bereiche der Thesen (Frieden und Abrüstung, Ökologie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Dritte Welt und ausländische Arbeitnehmer, Demokratische Rechte). Interessant wäre es sicher auch, der von einigen Rednern in Recklinghausen aufgeworfenen Frage nachzugehen, was eigentlich unter demokratischem Sozialismus zu verstehen ist. Deutlich geworden ist, daß es unter den Demokratischen Sozialisten darüber sehr unterschiedliche Vorstellungen gibt.

Manfred Coppik sprach in Recklinghausen davon, daß Hunderttausende Hoffnungen in die Demokratischen Sozialisten setzen würden. Nun ja. Einstweilen erscheint das noch übertrieben. Wenn die Demokratischen Sozialisten ihre Zukunft darin sehen, sich als „neue grüne Partei mit Herz für Arbeiter" mit der bestehenden Partei der Grünen um das vorhandene grün-alternative Protestpotential zu balgen, wird es wohl für alle Zeiten eine Übertreibung bleiben. Die Demokratischen Sozialisten haben nur dann eine wirkliche Perspektive, wenn sie sich zu einer klaren Orientierung auf den Klassenkampf, auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durchringen. Das wäre zu wünschen. Unsere Partei ist an einer solidarischen Diskussion aller Fragen mit den Demokratischen Sozialisten interessiert.

NRW-Landtag verweigert Zulassung

Nazi-Volksbegehren abgelehnt

DÜSSELDORF. — Der nordrhein-westfälische Landtag hat am 23. März die Zulassung des Volksbegehrens über die Einführung „muttersprachlicher Regelklassen“ in NRW abgelehnt, das die von der NPD gesteuerte Bürgerinitiative Ausländerstopp beantragt hatte. Ziel des Volksbegehrens waren nach rassistischen Gesichtspunkten eingerichtete Apartheidsklassen, die der weiteren Isolierung der in Westdeutschland lebenden Ausländer dienen sollten. Die Faschisten wollen nun den Verfassungsgerichtshof in Münster anrufen.

Nach langer Zeit des Zauderns hat der Landtag nun also den Faschisten den Weg verbaut, über das Aufgreifen eines konkreten Problems einen großen Schritt voranzukommen in ihrer Kampagne für die vollständige Entrechtung unserer ausländischen Mitbürger und ihrer Familien. Dazu hat mit Sicherheit der vielfältige Protest beigetragen, der aus vielen Städten des SPD-regierten Bundeslandes laut wurde, der sich in verschiedenen Initiativen organisierte, die beachtlichen Zulauf aus der Bevölkerung haben.

Eine Schlappe für die Nazis und alle, die sich von den Aktivitäten dieser Kreise Vorteile versprechen, ein Erfolg für die Demokraten und Antifaschisten, für alle, die in dem Zusammenhalt der deutschen und ausländischen Bürger und Arbeiter interessiert sind.

Zur Begründung ihrer Entscheidung zieht die Regierung ein UNESCO-Abkommen vom 15. Dezember 1960 heran, das sich speziell gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen wendet. Diesem Übereinkommen hat der Bundestag per Gesetz, Landtag und Landesregierung von NRW durch Erklärungen zugestimmt, es trat für die Bundesrepublik am 17. Oktober 1967 in Kraft. (Man brauchte also sieben Jahre, bis man sich zur Unterstützung eines so selbstverständlichen Gedankens entschloß!)

Nun kann es ja erstmal egal sein, welcher Bestimmung man sich bedient, um die schmutzigen Pläne der Nazis zu druchkreuzen, wenn man sie nur zunichte macht. Dennoch lohnt es sich, ein wenig bei der genannten Begründung zu verweilen.

Bei wichtigen Entscheidungen der Parlamente geschieht selten etwas rein zufällig. So ist es mit Sicherheit auch kein Zufall, daß bei der Ablehnung des Volksbegehrens kein rein westdeutsches Gesetz herangezogen oder auch nur erwähnt wird. In einem beispielhaften Kommentar der Dortmunder Zeitung „Ruhr-Nachrichten“ heißt es: „Der Vertrag, dem in der Bundesrepublik die Länder wegen ihrer Kulturhoheit ausdrücklich zustimmen mußten, bot ihr (der Landesregierung) die dringend gesuchte Handhabe, die Forderung der Bürgerinitiative Ausländerstopp abzuschmettern.“

Das liest sich so, als sei die Regierung nach monatelangem verzweifelten Suchen endlich auf eine Verbotsgrundlage gestoßen. Tatsächlich hieß es zunächst aus Düsseldorf, man sei zwar einhellig gegen das Volksbegehren, allein es fehle womöglich, anders als beim letzten Vorstoß der Nazi-Initiative, eine rechtliche Handhabe gegen ihr Ansinnen.

Die Damen und Herren des Landtages scheinen das Grundgesetz nicht zu kennen.

Wenn es so ist, wie in der Erklärung der Landesregierung, wie auch von den bürgerlichen Medien, den Zeitungen usw. festgestellt wird, daß eine Politik der Nationalitäten- und Rassentrennung in den Schulen zu einem erheblich niedrigeren Bildungsstand der ausländischen Schüler führen würde, die Deutsch nur als Fremdsprache erlernen könnten, deren Klassen nicht an den deutschen Lehrplan gebunden wären, und wenn sich diese Umstände unter anderem chancenmindernd bei der Suche nach einem Arbeits- und Ausbildungsplatz auswirken würden — und so ist es ja wirklich —, dann berührt dies das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes und nicht nur die souveräne Kulturpolitik der Bundesländer, die letztendlich noch selber entscheiden könnten, ob sie eine derartige Politik in ihrem Bereich zulassen oder nicht.

Auf diesen Umstand haben auch verschiedene demokratische Initiativen hingewiesen. So schrieb die Deutsch-Ausländische Freundschaftsbewegung aus Bochum an die Landesregierung und den Innenminister von NRW: „Nach Artikel 4 der Verfassung von Nordrhein-Westfalen sind die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundrechte Bestandteil auch der nordrhein-westfälischen Verfassung. Gemäß Artikel 3 Grundgesetz darf niemand wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden. (...) Ein Antrag auf Zulassung der Listenauslegung für ein Volksbegehren ist deshalb mit Rücksicht auf die Verfassungswidrigkeit des Gesetzentwurfs zurückzuweisen.“

Es wäre für den Kampf gegen die Faschisten von großer Bedeutung, wenn von offizieller Seite die eindeutige Verfassungswidrigkeit, die Verletzung von selbst in diesem kapitalistischen Grundgesetz niedergeschriebenen demokratischen Grund- und Menschenrechten durch die Tätigkeit dieser Leute festgestellt würde. Das wäre ein wichtiges Mittel im Kampf dafür, ihnen grundsätzlich und nicht nur von Fall zu Fall das Handwerk zu legen, sie am Auftreten zu hindern. Die Landesregierung will eine solche Feststellung ganz offensichtlich vermeiden. Jeder weiß, daß der geplante Anschlag auf die pure Möglichkeit, im Bereich der schulischen Ausbildung eine Chancengleichheit herzustellen — wirklich vorhanden ist diese Chancengleichheit bei den augenblicklichen Gegebenheiten ja gar nicht —, nur ein Aufhänger für die Nazis ist in ihrem Bemühen, jegliche Politik der Integration, der Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern zu verhindern.

Aber schon das erste, in diesem umfassenden Sinne abgefaßte Volksbegehren derselben Initiative im Jahre 1980 brachte die Regierung nicht zu der erforderlichen Stellungnahme, der sich dann auch weiterreichende Maßnahmen gegen die Propaganda der Rechten überhaupt hätten anschließen müssen; sie wies das Volksbegehren damals nur mit der Begründung ab, es handele sich hier um Fragen, für die der Bund und nicht das Land zuständig sei.

Die Beibehaltung dieser Politik, die die Landesregierung nun trotz der Ablehnung des faschistischen Antrages erneut signalisierte, gibt den Nazis immer neue Möglichkeit zu Vorstößen, ganz zu schweigen von der unerträglichen Duldung ihrer allgemeinen Hetzpropaganda.



„Ausländer bleiben — Nazis vertreiben!“ oder „Ausländer bleibt — Nazis raus“, wie an dieser Bretterwand zu sehen — passende Antworten auf die faschistische Hetze, die bereits in vielen Städten die Runde machen und von entsprechenden Aktionen begleitet sind.

Die NPD-Initiative will ihr Anliegen über eine Verfassungsklage doch noch durchbringen. Wir fordern vom Verfassungsgerichtshof in Münster die Bestätigung der Ablehnung des Volksbegehrens und eine eindeutige Feststellung von dessen Verfassungswidrigkeit.

Für die Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit, die sich zum Teil unter dem Eindruck der Nazi-Kampagne gebildet haben, bleibt viel zu tun. Zum einen muß die Ablehnung des Volksbegehrens bis zur Entscheidung des Münsteraner Gerichts weiter unübersehbar demonstriert werden. Zum anderen ist es eben nur ein Teilstück im Gebäude der Ausländerfeindlichkeit, das Tag für Tag erweitert wird, und das nicht nur von den Nazis, sondern von den Regierungen und Parteien in Bund und Ländern.

Die Entscheidung der NRW-Regierung und ihre zu erkämpfende Bestätigung durch das Verfassungsgericht können auch in den anderen Bundesländern zu Aufklärung und Aktion genutzt werden, wo die hier von Nazis geforderte Apartheidspolitik von Regierungspolitikern umgesetzt wird, wie Baden-Württemberg, Westberlin und Bayern.

Gerade für diese Auseinandersetzung wäre es besonders wichtig, einen Beschluß ins Feld führen zu können, der mit dem Volksbegehren der Faschisten den ganzen Gedanken der „muttersprachlichen Regelklassen“ als Verfassungsbruch kennzeichnen würde. Dessen sind sich sicher auch die Regierenden in Düsseldorf bewußt gewesen, als sie eben einer solchen Feststellung aus dem Wege gingen. So weit geht die natürliche Konkurrenz der beiden großen Parteien nicht (Baden-Württemberg und Westberlin sind bekanntlich CDU-regiert). Da muß von außen und von unten Druck gemacht werden.

Schließlich sollten diese Vorgänge für uns Veranlassung sein, immer wieder die Frage des Verbots der faschistischen Organisationen und der faschistischen und rassistischen Propaganda auf den Tisch zu bringen, in den Initiativen zu diskutieren, auch wenn die Anerkennung dieser Forderung nicht bei jeder konkreten Aktion, für die man um Unterstützung wirbt, zur Voraussetzung gemacht werden kann. Der Kreis derer, die aktiv für diese Forderung eintreten, muß vergrößert werden, was auch zweifellos möglich ist. Ein Verbot der Faschisten und der Betätigung in ihrem Sinne würde die immer wiederkehrenden einzelnen Kämpfe gegen derartige Vorstöße weitgehend überflüssig machen, würde das Bewußtsein der Menschen über Recht und Unrecht schärfen, ihnen mehr Möglichkeiten zur Verteidigung ihrer Interessen geben und nicht zuletzt den Politikern einen großen Teil ihres Handlungsspielraumes bei der Ausübung ihrer reaktionären und ausländerfeindlichen Politik nehmen, ihr Alibi, ganz so schlimm wie die Nazis seien sie ja immerhin nicht. Sie müßten sich dann auch mit der Drecksarbeit selber befassen und würden sich, soweit sie das tun, sichtbarer als bisher bloßstellen.

Man darf ja auch eines nicht übersehen: Das Gewährenlassen dieser Gruppen, die unter Ausnutzung des durch staatliche Politik geschaffenen „Ausländerproblems“, der durch diese Politik geförderten Ausländerfeindlichkeit nach oben schwimmen wollen, ist ein Zeichen dafür, daß die Herrschenden kein Interesse daran haben, der Ausländerfeindlichkeit wirksam entgegenzutreten. Dieses Treiben wird im Gegenteil noch zur Rechtfertigung der reaktionären staatlichen Ausländerpolitik herangezogen. Statt auf eine massive gesellschaftliche Ächtung der ausländerfeindlichen Bestrebungen hinzuarbeiten und ihr mit strengen Strafverfolgungsmaßnahmen Nachdruck zu verleihen, läßt man verlauten, diese Bestrebungen seien ein Zeichen dafür, daß die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik erschöpft sei; ohne Zuzugstopp und Abbau der ausländischen Bevölkerung müsse es zu einer Eskalierung ausländerfeindlicher Stimmung in der Bevölkerung und zu gewalttätigen Konflikten kommen. Womit die Übereinstimmung mit den faschistischen Theoretikern vom Schlage eines Schmidt-Kaler („Heidelberger Manifest“) hergestellt wäre. Die anwachsende Aktivität der Faschisten und die bemerkenswerte Resonanz auf ihre Parolen, die man duldet und vorzeigt, ist ein wesentliches Argument dafür, den Ausländern die Schuld an der Ausländerfeindlichkeit selbst in die Schuhe zu schieben und die demagogische Gleichung aufzustellen, weniger Ausländer und die Aufwendung insgesamt geringerer Mittel zu ihrer Ausbildung, zur Verbesserung ihres sozialen Standards usw. entspreche weniger Ausländerfeindlichkeit.

Und weil so massive Interessen der Herrschenden hinter diesen Gegebenheiten stehen, deshalb muß unser Druck auch so groß sein, wenn wir eine Veränderung erzwingen wollen.

Wenn wir die Vorgänge in NRW in dem obengenannten Sinne ausnutzen, wird das der antifaschistischen Bewegung in unserem Lande weiteren Auftrieb geben.

Dietrich Lohse

Berufsverbote:

„Gefahr für die Grundordnung“

HANNOVER. — Die anhaltende Praxis der Berufsverbote in der Bundesrepublik verstößt nach den Ansicht von fünf ehemaligen Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, der in den Jahren 1948/49 das Grundgesetz erarbeitete, gegen die Artikel 3 und 33 dieses Gesetzes und stellt eine „Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ dar. Eine entsprechende Erklärung veröffentlichten sie am 20. März in Hannover.

Die Verfasser dieser bemerkenswerten Erklärung sind Hannsheinz Bauer (Würzburg, Bundestagsabgeordneter 1953 bis 1972), Georg Diederichs (Laatzen, Ministerpräsident in Niedersachsen 1961 bis 1970), Fritz Eberhard (langjähriger Intendant des Süddeutschen Rundfunks), Karl Kuhn (Bad Kreuznach, 20 Jahre lang Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz) und Elisabeth Seibert (Kassel, Mitglied des SPD-Parteivorstands 1946 bis 1956).

Nun sind diese fünf der Kommunismusfreundlichkeit völlig unverdächtig und Verfechter der kapitalistischen Ordnung. Um so mehr unterstreicht ihre Stellungnahme, daß die Herrschenden in ihrem Bemühen, Kritik und fortschrittliche Politik zu unterbinden,auch die eigenen Gesetze brechen; daß die Berufsverbote besonders gegen den Artikel 3 des Grundgesetzes verstoßen, hat schon Tausende dazu gebracht, sich den Protesten gegen diese antidemokratische Politik zuschließen.

Wörtlich heißt es in der Erklärung, deren Unterzeichner bei ihrer Übergabe an die Presse betonten, sie fühlten sich durch die Berufsverbote an ihre eigenen Erfahrungen unter der Hitler-Diktatur erinnert:

„Wir ehemaligen Mitglieder des Parlamentarischen Rats, die wir am 23. Mai 1949 das von uns erarbeitete Grundgesetz unterzeichnet haben, sehen in der Berufsverbotspraxis, wie sie durch den sogenannten Radikalenerlaß vom 28. Januar 1972 ausgelöst wurde — auch nach den inzwischen erfolgten Korrekturen —, eine Gefahr für die von uns gewollte freiheitlich-demokratische Grundordnung.“ Diese Gefahr erwachse aus dem „vom Grundgesetz unseres Erachtens nicht gedeckten Ausschluß einzelner Personen vom öffentlichen Dienst“ und besonders aus der „allgemeinen Verunsicherung, insbesondere der Jugend, durch die inzwischen entwickelte Verfassungsschutzpraxis.“

Roeder-Prozeß

„Miese Weise“

STUTTGART. — Bandenchef Roeder, zusammen mit drei Kumpanen der braunen Terrortruppe „Deutsche Aktionsgruppen“ zur Zeit in Stuttgart-Stammheim vor Gericht, kriegt feuchte Hosen. Nachdem die vor ihm vernommenen Terroristen Colditz, Hörnle und Vorderbrügge ihn eindeutig und weitgehend übereinstimmend als „Führer“ und geistigen Kopf ihrer Bande, als Anstifter zu den verschiedenen Anschlägen und Morden bezeichnet hatten, versucht er im Verlaufe seiner jetzt abgeschlossenen Vernehmung, jede Verantwortung abzustreiten.

„In unserer langjährigen Praxis ist es uns noch niemals passiert, daß ein angeblich gebildeter Mensch mit Führerqualitäten auf derart miese Weise versucht, sich auf Kosten seiner Mitangeklagten vor der Verantwortung zu drücken.“ Zu diesem Satz sah sich ein Vertreter der Karlsruher Bundesanwaltschaft, die die Anklage vertritt, durch Roeders feiges und lächerliches Verhalten bewegt. Es sei dabei nicht vergessen, daß seine Behörde versucht hat, die Anklage gegen Roeder sehr einzuschränken, ihn beispielsweise nicht als Mittäter anzuklagen. Es wird sich zeigen, was das Gericht, das die Anklage von sich aus erweiterte, schließlich tun wird.

An der Schuld Roeders besteht kein Zweifel. (Wir haben im „Roten Morgen“ ausführlich über die Hintergründe des Verfahrens informiert.) Deshalb wirkte es so peinlich, wie er versuchte, seine Mitangeklagten, die in ihm ihren Führer sahen, von denen eine — Sybille Vorderbrügge — ihm geistig und sexuell hörig war, der Lüge zu bezichtigen. Seine eindeutigen Tagebuchaufzeichnungen — „Heute (...) hat Deutschlands Befreiung begonnen. Der Funke ist übergesprungen“, schrieb er zum Beispiel nach dem Mord an zwei Vietnamesen in Hamburg — versucht er umzulügen in Bemerkungen, die einen ganz anderen, selbstverständlich harmlosen Charakter hätten. „Mir liegt das Militärische gar nicht“, sagte er. „Ich könnte nie so etwas wie die Wehrsportgruppe Hoffmann aufbauen.“ Dabei widersprach er sich selbst, hatte er doch zuvor, im Zusammenhang mit seinen Plänen von einer „Deutschen Exilregierung“, erwähnt, er habe eine „Ausbildungstruppe à la Hoffmann“ aufbauen zu wollen.

Roeder selbst scheint das alles zu kompliziert geworden zu sein. Nach Abschluß der richterlichen Vernehmung erklärte er, auf Fragen der Bundesanwaltschaft nicht mehr antworten zu wollen. Damit sind die Vernehmungen der Angeklagten abgeschlossen.

Roeder hat übrigens inzwischen auch einen passenden Anwalt erhalten, einen Herrn Bock, der seine Qualitäten und seine geistige Übereinstimmung mit den übelsten Faschisten im Majdanek-Prozeß unter Beweis gestellt hatte. Dort hatte eine Zeugin, die sichtbar unter der Last der furchtbaren Erinnerung litt, ausgesagt, sie selbst habe Behälter mit Giftgas im KZ Majdanek transportieren müssen, in dem sie Gefangene war. Anwalt Bock beantragte daraufhin, gegen die Frau wegen „Beihilfe zum Mord“ vorzugehen! Genau der richtige Mann für einen wie Roeder, der die Anweisung gab: „Blut muß fließen“, der Vietnamesen als „Halbaffen“ bezeichnete, die man ruhig töten kann usw. Eigentlich gehörten beide hinter Gitter.

Rommel in Bedrängnis

Volkskorrespondenz aus Stuttgart

Ein starkes Stück sozialer Demontage hat sich die herrschende CDU-Bürokratie in Stuttgart einfallen lassen: Sie plant „angesichts der angespannten Finanzlage", die Gebühren für die Kindertagheime um nahezu 100 Prozent (genau 95 Prozent) zu erhöhen.

Heute bezahlt man 225 Mark für das erste Kind. Dieser Satz soll sich auf 440 Mark erhöhen. Beim zweiten Kind dementsprechend: bisher 195 Mark, nach der neuen Regelung 380 Mark. Das bedeutet 820 Mark für eine Familie, die zwei Kleinkinder im Tagheim unterbringt. Die katastrophale Auswirkung dieser Maßnahme liegt auf der Hand: In den meisten Familien müßte ein Verdiener (im Regelfall die Frauen, die weniger verdienen) mit Arbeiten aufhören. Die zweite Folge: „Ganz naturwüchsig" würde der Bedarf von Kindertagheimplätzen zurückgehen. Plötzlich gäbe es Überkapazitäten im Sozialbereich — Kindergärtnerinnen und anderes Betreuungspersonal würde entlassen werden.



OB Rommel ist eingekeilt. Er muß empörten Eltern Rede und Antwort stehen.

Der Elternbeirat und die ÖTV-Betriebsgruppe eines Kindertagheimes riefen deswegen alle Eltern zu einer Versammlung auf. 200 kamen und dazu Vertreter der SPD- und CDU-Fraktion und der Grünen. Der CDU-Stadtrat Winckler (die CDU hat zusammen mit der FDP und den Freien Wählern im Stadtrat die Mehrheit) legte am Abend einmal mehr seine Deutung von christlicher Familienpolitik dar. Er empfand es als ungerecht, daß er — als Alleinverdiener — mit seinen Steuern andere Eltern unterstützen solle. Zwischenruf: „Wieviel verdienen Sie eigentlich?" Das war dem Volksvertreter zuviel, und er behielt es als Geheimnis für sich. Als er schließlich — nur als Rechenbeispiel — von einem Nettoverdienst von 5 000 Mark monatlich ausging und daraus ableiten wollte, daß man solche Leute stärker belasten könne, ging im Saal ein richtiger Tumult los.

Nun, das Ganze endete damit, daß dieser saubere Herr beleidigt den Saal verließ — unter dem Beifall der Anwesenden, versteht sich. Die Eltern beschlossen, zur nächsten Gemeinderatssitzung mit ihren Kindern zu erscheinen. Der Gemeinderat sollte sich einmal selbst ein Bild machen können, was die Bürger so über seine Politik denken.

Am Donnerstag, dem 18. März, versammelten sich ca. 150 Eltern mit ihren Kindern vor dem Rathaus. Die Sitzung des Gemeinderats war zwar öffentlich, aber nur aus Distanz von der Empore aus. Das war uns allerdings zuwenig, wollten wir doch mit den Herren diskutieren und selbst eine Erklärung abgeben. Daraufhin versperrten die Saaldiener die Tür. Mit ihren Körpern wollten sie verhindern, daß das gemeine Volk mit seinen Vertretern in Berührung kommt.

Hinten wurde gedrückt, Kinder sangen und schrien, vorne gelang der Durchbruch: das Allerheiligste wurde gestürmt. Die Gemeinderäte blieben auf ihren Sitzen oder verdrückten sich in die hinteren Ecken. Kein einziger sprach seine Solidarität mit den Eltern aus: die einen aus Überzeugung, die anderen aus Angst. Dagegen fielen Worte vom Mißbrauch der Kinder usw. Diese fühlten sich ganz und gar mißbraucht, spielten mit Luftballons und verteilten Flugblätter.

OB Rommel gab schließlich bekannt, daß das Thema auf dieser Versammlung noch gar nicht auf der Tagesordnung stände. Einer Vertreterin der Eltern gelang es, einen offenen Brief zu verlesen. Die Verwaltung, durch den entschlossenen Widerstand aufgeschreckt, plant nun folgendes: erst einmal noch eine Anhörung veranstalten, zum zweiten stufenweise die Gebühren anzuheben. In diesem Jahr „nur" um 30 Prozent. Schließlich finden da noch Oberbürgermeisterwahlen statt.

Die Eltern und Erzieher wollen sich aber nicht für dumm verkaufen lassen. Auf einer spontanen Besprechung nach der Aktion auf dem Marktplatz wurde einstimmig beschlossen: Der Kampf geht weiter. Nun erst recht. In allen Tagheimen müssen Elternversammlungen stattfinden. Wenn das Thema wieder vor den Gemeinderat kommt — sind wir wieder da.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

linkskurve 2/82



Im Mittelpunkt der neuen Ausgabe der *linkskurve* steht das Thema „Wende zur Restauration", unter dem die Autoren Ulrich Enzensberger, Joachim Hackethal, Wigand Lange, Jörg Aufenanger, Jürgen Weber und Hartmut Schröder Aspekte der Entwicklung von Literatur und Kunst in den Westzonen nach dem Ende des zweiten Weltkrieges beschreiben. Vorgestellt wird der antifaschistische Schriftsteller Walter Kolbenhoff.

Die neue *linkskurve* dokumentiert — neben vielen anderen interessanten Beiträgen — außerdem die „Berliner Begegnung zur Friedensförderung", mit den Beiträgen von Günther Grass, Ingeborg Drewitz, Jurek Becker, Heinar Kipphardt, Carl Amery, Manfred Weckwerth, Erich Fried, Paul Wiens, Volker Braun und Giuseppe de Siati. Am Schluß dieses Teils steht ein Interview mit Hermann Kant (DDR).

Die *linkskurve* ist erhältlich im Verlag Neue Zeit — *linkskurve*-Vertrieb —, Ringstr. 53, Postfach 4304, 2300 Kiel 1. Das Jahresabonnement kostet 25 Mark (Förderpreis 50 Mark).

Kampf dem Rotstift!

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Eine gute Idee, um die unverschämten Sparmaßnahmen, die allein die Werktätigen treffen, anzuprangern: Verschiedene Gewerkschaftsgruppen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfeorganisationen veranstalteten in Dortmund ein „Anti-Rotstift-Tribunal" — eine fiktive Gerichtsverhandlung vor einem Gericht des Volkes. Angeklagte: Die Stadt Dortmund und das Land Nordrhein-Westfalen.

Nein, in der Haut der Beschuldigten hätte ich doch nicht stecken mögen. So vielfältig waren die Verbrechen, deren sie angeklagt waren: Verfassungsbruch, Verstoß gegen zahllose Landes- und Bundesgesetze und Verstöße gegen die Menschlichkeit.

Es ist tatsächlich katastrophal, was sich heute in Dortmund abspielt. Stadt, Land und Bund sind eifrig bemüht, den Arbeitsplatzabbau bei Hoesch zu kaschieren. So fließt jede auftreibbare Mark in Maßnahmen, die die Massenentlassungen bei Hoesch „sozial abfedern" sollen. Kein einziger Arbeitsplatz wird dadurch gerettet. Im Gegenteil: Die Arbeitslosenmarke in Dortmund steht inzwischen bei fast 12%. Aber damit soll die Belegschaft bei Hoesch „ruhiggestellt" werden.

Die leeren Kassen von Stadt und Land soll die werktätige Bevölkerung wieder auffüllen. Die Auswirkungen sind schrecklich:

• Durch die „Sparpolitik" der Bundesregierung verschlechtert sich die Lage der Bevölkerung ohnehin beispiellos: Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe, beim Bafög, beim Kindergeld, im Gesundheitswesen treffen jeden. Zusätzlich dazu zieht die Stadt Dortmund ihren Bürgern 8,3 Millionen Mark jährlich durch 17 verschiedene Gebührenerhöhungen im kommunalen Sektor aus der Tasche.

• 1 750 Jugendliche unter 20 Jahren sind heute in Dortmund arbeitslos. Diese Zahl wird sich im Herbst noch erhöhen, denn für 8 000 Schulabgänger stehen in diesem Jahr nur 4 000 Lehrstellen zur Verfügung. Die Stadt Dortmund „löst" dieses Problem durch Einsparungen im Jugendbereich.

• Über 4 000 Kinder haben in Dortmund keinen Kindergartenplatz. In manchen Kindergärten gibt es Wartelisten mit 60 oder 70 Anmeldungen. Statt Kindergärten zu bauen, sollen im nächsten Jahr über 1 000 Plätze geschlossen werden. Hunderte von Erziehern werden dadurch auf die Straße gesetzt. Und die Kindergartengebühren steigen kräftig.

• Der Grundsatz von der „Schulgeldfreiheit" ist heute nur noch ein Wort. Die finanzielle Lage der Schulen ist katastrophal. Inzwischen greifen viele Schulen auf die Methode der „freiwilligen Elternspende" zurück, weil sie sonst das Notwendigste nicht bezahlen können. 250 Lehrer in Dortmund sind arbeitslos. Die Klassenstärke dagegen steigt stetig an. Schulbusse werden stillgelegt, mehr als 1 500 Dortmunder Oberschüler bekommen keinen Fahrtkostenzuschuß mehr. Im Einstein-Gymnasium beispielsweise sind manche Gebäude so baufällig, daß nur 20 Schüler in einem Klassenraum sein dürfen, sonst besteht Einsturzgefahr.

• Krankenhausbetten werden abgebaut, die Kinderklinik Derne soll ganz geschlossen werden — trotz Protest der Bevölkerung. Dabei erregte erst kürzlich der Fall eines Kleinkindes Aufsehen, das sich schwer verbrüht hatte: Mehrere Stunden lang fuhr ein Krankenwagen den vor Schmerzen wimmernden Buben von Krankenhaus zu Krankenhaus. Nirgends wurde er aufgenommen: Keine Betten frei, nicht ausgerüstet für Verbrennungen usw.

• Kürzungen auch im Bereich der Kultur: Das Dortmunder Theater soll sparen, der Etat der Stadtbücherei wird um 33% gekürzt.

• Betroffen sind auch die ausländischen Kollegen. Die Kürzungen im Kindergarten- und Schulbereich treffen besonders auch die Kinder aus Ausländerfamilien. Und die Stadt Dortmund, die sich im letzten Jahr ihre „antifaschistische Gesinnung" durch eine Ausstellung über den Widerstandskampf gegen die Hitler-Faschismus bestätigen ließ, erfrecht sich heute, Asylbewerber zum Straßenkehren zu zwingen — für 1 DM Stundenlohn.

Das alles ist nur ein Teil des Sündenregisters, das auf dem Rotstifttribunal zur Sprache kam. Zahllose Zeugen traten auf und schilderten, was die Sparmaßnahmen in ihrem Alltag bedeuten: Behinderte, Ausländer, Studenten, Frauen, Eltern. Da wurde deutlich, was es in Wirklichkeit bedeutet, wenn Schmidt und andere Großschwätzer davon reden, „alle" müßten sparen, jeder müsse „beitragen" zur „Gesundung der Wirtschaft". Es heißt nämlich nichts anderes, als daß der Lebensstandard von Millionen Arbeitern, Angestellten, Deutschen und Ausländern unter das Existenzminimum sinkt. Da bleibt einem oft genug das Lachen im Halse stecken. Und da verstand man, wieso gerade in Dortmund immer mehr Initiativen und Organisationen entstehen, die den Kampf aufnehmen gegen die Rotstiftpolitik der Stadt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Leichtlohngruppen für schwere Arbeit

Nachdem die Rednerin auf den ständigen Vorwurf von bestimmten Gewerkschaftsfunktionären eingeht, die Frauen interessierten sich eben nicht für Gewerkschaften, widerlegte sie diese Behauptung als Schutzbehauptung. Dies geschieht anhand der Probleme Leichtlohn und Teilzeitarbeit. Wir geben die Ausführungen zum ersten Problem wieder.

Aber daß viele Frauen den Nutzen gewerkschaftlicher Organisierung nicht sehen, läßt sich nicht nur aus diesen Faktoren erklären. Wenn beispielsweise in den beiden größten Kaufhäusern in einer Großstadt im Ruhrgebiet die gewerkschaftliche Organisierung in dem einen bei 30% und in dem anderen bei 60% liegt, dann müssen noch andere Faktoren eine Rolle spielen. Und so ist es auch. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in dem zweiten Kaufhaus stieg sprunghaft an, nachdem dort ein Betriebsrat gewählt worden war, der zumindest gewisse gewerkschaftliche Aktivitäten entfaltete, die Kolleginnen informierte usw. Ähnliche Erscheinungen lassen sich auch in anderen Betrieben beobachten. So „erklärt" zum Beispiel die IGM-Führung die Tatsache, daß es viel zu wenig weibliche Betriebsratsmitglieder gibt, regelmäßig nach jeder Wahl damit, daß die Kolleginnen eben nicht wollen. Tatsache ist aber, daß auf einer oppositionellen Belegschaftsliste bei Siemens in Witten, die von der RGO-Betriebsrätin Anette Schnoor initiiert worden war, 7 Kolleginnen und ein Kollege kandidierten. Warum? Offenbar deshalb, weil sie in dieser oppositionellen Liste ein Organ ihrer Interessenvertretung sahen.

Das heißt, wer die mangelnde gewerkschaftliche Aktivität von Frauen beklagt, muß auch die Frage beantworten: Was haben die Gewerkschaften getan, um den Kolleginnen ganz praktisch und konkret den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisierung zu beweisen?

Wir wollen das an zwei Problemen untersuchen, die besondere Frauenprobleme sind, dem Problem der Lohngruppe 2 und dem Problem der Teilzeitarbeit.

Das Problem der Lohngruppe 2 ist nach wie vor sehr aktuell. Denn die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten in den Betrieben haben sehr häufig Abgruppierungen zur Folge, so daß die Zahl der Kolleginnen, die in der Lohngruppe 2 eingestuft ist, zunimmt. Die Entwicklung bei Siemens in Witten in den letzten Jahren macht das sehr deutlich. Ungefähr die Hälfte der Beschäftigten dort sind Akkordarbeiterinnen. Für sie sah die Eingruppierungsentwicklung in den letzten Jahren folgendermaßen aus:

Jahr	Lohngruppe 02	Lohngruppe 03	höhere Lohngruppe
1977	55%	40%	4%
1978	56%	40%	4%
1979	66%	31%	3%
1980	69%	26%	4%
1981	72%	27%	1%

Überflüssig zu erwähnen, daß bei Siemens kein einziger Mann in der Lohngruppe 2 ist. Aber auch die männlichen Kollegen, die in die Lohngruppe 3 eingruppiert sind, lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen.

Die Situation bei Siemens ist kein Einzelfall, sondern typisch. Nach Angaben von Ursula Ibler, für Frauenfragen zuständiges Vorstandsmitglied der IG Metall, befinden sich heute 95% der in der Metallindustrie beschäftigten Frauen in den Leichtlohngruppen, also faktisch in der Lohngruppe 2, da es die Lohngruppe 1 kaum noch gibt.

Die Geschichte dieser Leichtlohngruppen ist ein einziges gewerkschaftliches Trauerspiel. Sie kann hier nur kurz skizziert werden: Obwohl bei der Gründung der Bundesrepublik im Grundgesetz festgestellt wurde, daß niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt werden darf, gab es doch sehr bald praktisch in allen Industriezweigen „Frauenlohngruppen", die ausdrücklich für weibliche Arbeitskräfte geschaffen worden waren. Erst im Jahre 1955 wurden diese Frauenlohngruppen durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts für verfassungswidrig erklärt. „Eine Tarifklausel", so das Bundesarbeitsgericht, „die generell und schematisch weiblichen Arbeitskräften bei gleicher Arbeit nur einen bestimmten Hundertsatz der tariflichen Löhne als Mindestlohn zubilligt, verstößt gegen den Lohngleichheitsgrundsatz und ist nichtig". Damit sprach sich das Bundesarbeitsgericht eindeutig gegen die **offene** Diskriminierung der Frau aus. Gleichzeitig gab es aber den Unternehmern einen Wink mit dem Zaunpfahl, wie sie in **versteckter** Form mit der Unterbezahlung der Frauen fortfahren könnten. Es regte nämlich an, neue Lohngruppen zu bilden, „insbesondere auch für leichte und schwere Arbeiten, die näher bezeichnet" werden sollten. Bei ersatzloser Streichung der Frauenlohngruppen hätten die Unternehmer den Frauen 25- bis 30% mehr Lohn zahlen müssen. Kein Wunder also, daß sie diese höchstrichterliche Anregung schleunigst aufgriffen und in den folgenden Tarifvereinbarungen den Vorschlag einbrachten, nach „leichter" und „schwerer" Arbeit zu unterscheiden und „Leicht"-lohngruppen einzurichten. Und die Gewerkschaftsführung? Sie verstand sofort, daß den Unternehmern nicht zuzumuten war, auf den Extraprofit aus der Ausbeutung der Frauen zu verzichten. Und bereits 1956 gab es in der Metallindustrie die erste Tarifvereinbarung über Leichtlohngruppen. Einige Jahre später waren es derer über hundert.


Harte Akkordarbeit wird von den Unternehmern mit „Leicht"lohn bezahlt

Und dieses Verständnis der Gewerkschaftsführung für die Profitinteressen der Unternehmer blieb bis auf den heutigen Tag bestehen. Zwar wurden die Leichtlohngruppen mehrmals aufgekündigt, aber abgeschafft wurde lediglich die Lohngruppe 1. In Baden-Württemberg beispielsweise geschah das im Jahr 1978, als in einem Betrieb wie Bosch in Reutlingen in der Lohngruppe 1 noch ganze 10 Frauen waren, in der Lohngruppe 2 dagegen mehrere hundert. Angesichts dieser Tatsachen ist es sicherlich gut und schön, wenn die Gewerkschaften Aktionen für gerechte Eingruppierungen in den Betrieben durchführen. Was wirklich not tut, ist aber, endlich den Kampf für die Abschaffung der Lohngruppe 2 aufzunehmen. Das aber hat die IGM-Führung zuletzt 1981 „erfolgreich" sabotiert. Stattdessen hat sie im letzten Jahr mit dem 4,9-%-Abschluß und in diesem Jahr mit dem 4,2-%-Abschluß dafür gesorgt, daß gerade für die untersten Lohngruppen der Reallohn immer tiefer sinkt.

Daß die Lohngruppe 2 nämlich jedes Jahr aufs Neue zu neuen Lohndiskriminierungen führt, zeigen die folgenden Zahlen über den Bruttostundenverdienst in der Industrie:

Jahr	Bruttostundenverd./Männer
1977	11,89 DM
1978	12,52 DM
1979	13,25 DM
Jahr	**Bruttostundenverd./Frauen**
1977	8,64 DM
1978	9,13 DM
1979	9,62 DM

Diese Angaben über den Bruttostundenverdienst aus dem Statistischen Jahrbuch beziehen sich wohlgemerkt nicht auf den Tariflohn — da sähen die Zahlen noch ganz anders aus —, sondern auf den tatsächlichen Lohn, der die Akkordzulagen der Frauen miteinschließt. Trotzdem ist es so, daß bei den Männern der Bruttostundenverdienst in den angegebenen drei Jahren um 1,36 DM anstieg, der der Frauen aber nur um 0,98 DM. Was unter anderem zur Folge hat, daß die Differenz des Bruttostundenlohns von Männern und Frauen sich innerhalb von nur drei Jahren um 0,38 DM vergrößerte.

All diese Zahlen zeigen, daß es ganz falsch wäre, angesichts der Wirtschaftskrise auf den Kampf für den Wegfall der Lohngruppe 2 zu verzichten. Das Gegenteil ist richtig. Der Kampf muß um Reallohnsicherung **und** um den Wegfall der Lohngruppe 2 geführt werden! Daß bei der Gewerkschafts**basis** der Wille dazu vorhanden ist, zeigen die Warnstreiks der Kolleginnen in Schleswig-Holstein im letzten Jahr, zeigt die Tatsache, daß etwa in Baden-Württemberg auf eine Veranstaltung der Gewerkschaft zum 8. März in Reutlingen 300 Kolleginnen von Bosch kamen und den Wegfall der Lohngruppe 2 forderten.


Metallarbeiterinnen im Kampf gegen Lohngruppe 2

Zur Lage der Frauen

und zu ihren Kämpfen haben wir zuwenig geschrieben. So hat die Redaktion kürzlich auf eine entsprechende Leserinnenkritik geantwortet. Dies zu ändern, damit wollen wir heute beginnen.

Und zwar mit einigen Tatsachen und Argumenten zur Lage der arbeitenden Frau in Betrieb und Gewerkschaft. Alle Artikel auf dieser Seite sind Auszüge. Auszüge einer Rede der Genossin Karin Wagner, Mitglied des Politbüros der KPD, zum 8. März, dem Internationalen Frauentag auf einer Parteiveranstaltung in Kiel.

Die gesamte und sehr ausführliche Rede der Genossin Wagner erscheint in Kürze im Theoretischen Organ der KPD „Der Weg der Partei". Nicht nur für alle Genossinnen und Leserinnen des „Roten Morgens" wird diese Ausgabe des Theoretischen Organs von besonderem Interesse sein, sondern auch für unsere männlichen Leser — vor allem für jene unter ihnen, die nicht so ganz davon überzeugt sind, daß es eine besondere Unterdrückung der werktätigen Frau gibt. Sie werden dort eines Besseren belehrt.

Arbeitslos — Frauenlos

Von den ca. 2 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen, die es gegenwärtig in der Bundesrepublik gibt, sind praktisch die Hälfte Frauen. Verschärft wird die Situation für die Frauen dadurch, daß das Angebot für offene Stellen bei Frauen noch weit niedriger ist als bei Männern. Im Kreis Northeim in Niedersachsen beispielsweise wird seit September letzten Jahres keine einzige offene Stelle für Frauen mehr angeboten. In Dortmund meldeten sich kürzlich für eine an der Universität ausgeschriebene Putzstelle 74(!) Frauen.

Um das wahre Ausmaß der Frauenarbeitslosigkeit zu erfassen, muß man über die offiziell arbeitslos gemeldeten Frauen natürlich auch die sogenannte Dunkelziffer der nicht als arbeitslos registrierten hinzuzählen, die mit Sicherheit bei den Frauen viel höher liegt als bei den Männern. Aber selbst so hat man im Grunde genommen das ganze Ausmaß des Problems noch nicht erfaßt. Denn bei einer Untersuchung von Helge Prosse über die Situation der Hausfrau im Jahre 1974/75 sprach sich jede zweite befragte Hausfrau dafür aus, irgendwann wieder in den Beruf zu gehen; jede dritte Hausfrau sagte sogar, sie würde sofort eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, wenn die Kinder durch Kindergarten, Ganztagsschule oder Tagesmutter versorgt werden könnten. Was wäre denn, wenn diese Frauen plötzlich gleichzeitig ihre Absicht wahr machen wollten? Dann gäbe es noch einmal drei bzw. zwei Millionen arbeitslose Frauen mehr.

Aber zurück zu den arbeitslos gemeldeten Frauen. Obwohl Frauen genauso Sozialversicherungsbeiträge zahlen wie ihre männlichen Kollegen, bekommen sie im Falle der Arbeitslosigkeit wesentlich weniger finanzielle Unterstützung. Für 1979 sah die Situation folgendermaßen aus:

	Männer	Frauen
Arbeitslosengeld	32,1 %	42,5 %
Arbeitslosenhilfe	20,9 %	7,5 %
Personen ohne Anspruch auf beides	17,5 %	27,5 %

Wie man sieht, bekommen die arbeitslosen Frauen die schon erwähnte berüchtigte Doppelverdienerideologie in Mark und Pfennig zu spüren. Dazu müssen sie sich ständig gegen das Argument verteidigen, daß in einer Zeit, in der Arbeitsplätze knapp sind, Frauen nicht das gleiche Recht auf Arbeit beanspruchen können wie Männer, weil Männer als Ernährer der Familie die Arbeitsplätze eben dringender brauchen als Frauen. Stimmt das? Dient das Herausdrängen der Frauen aus dem Erwerbsleben dem Erhalt der Arbeitsplätze für die Männer? Sichert Frauenarbeitslosigkeit Männerarbeitsplätze? Nein.

1. In der Bundesrepublik gibt es heute eine weitgehende Trennung von Arbeitsplätzen für Frauen und Arbeitsplätzen für Männer. Ein Blick in die Statistik über die registrierten Arbeitslosen und die registrierten offenen Stellen aus dem Jahre 1979 macht das sehr deutlich:

Arbeitslose		
Gesamtzahl	**Männer**	**Frauen**
876 137	**416 943**	**459 194**

Offene Stellen			
Gesamt	**Männer**	**Frauen**	**f. Männer u. Frauen**
304 016	**184 446**	**92 762**	**26 808**

Von insgesamt 304 016 im Jahre 1979 gemeldeten offenen Stellen wurden also ganze 26 808, nicht einmal 10 %, für Männer **und** Frauen angeboten. Ansonsten illustrieren diese Zahlen noch einmal sehr deutlich, wieviel ungünstiger das Verhältnis von Arbeitslosen und offenen Stellen bei Frauen ist als bei Männern.

2. Eine Einteilung der Arbeiter und Angestellten in solche, die ein 100%iges, ein 50%iges oder vielleicht nur ein 10%iges Recht auf einen Arbeitsplatz haben, kann niemals im Interesse der Arbeiterklasse sein. Wie soll eine solche Einteilung denn vorgenommen werden? Erst: „Ausländer raus — deutsche Arbeitsplätze für Deutsche"? Dann: „Frauen raus — deutsche Arbeitsplätze für deutsche Männer"? Und dann? Vielleicht: „Schwarzhaarige raus — deutsche Arbeitsplätze für blonde deutsche Männer"?

Solche Vorstellunge nützen nur den Kapitalisten, weil sie den Widerstand der Belegschaften, der Arbeiterklasse, gegen die Arbeitsplatzvernichtung schwächen. Vom Standpunkt des Kampfes gegen Arbeitsplatzvernichtung und Massenarbeitslosigkeit müssen deshalb nicht nur die Arbeiterinnen und die weiblichen Angstellten, sondern auch die männlichen Kollegen die Doppelverdiener-Ideologie bekämpfen und die Frauen ermutigen, um ihren Anspruch auf einen Arbeitsplatz zu kämpfen.

Der Putsch von 1964 und der Kampf der KP Brasiliens in den ersten Jahren danach

Der Militärputsch von 1964 ist eine harte Prüfung für alle politischen Organisationen der Linken. Die verschiedensten von diesen Organisationen verteidigten Linien und Theorien scheitern vor aller Augen. Allein die Partei hat die Lage klar erkannt und sich korrekt danach ausgerichtet. Sie hegt keinerlei Illusionen über die reformistische Regierung Goulart und noch viel weniger über die sogenannten demokratischen Teile der Streitkräfte. Während sich die anderen politischen Organisationen nach dem Staatsstreich auflösen, analysiert die Partei kaltblütig die Ereignisse und nimmt angesichts der an die Macht kommenden Diktatur eine korrekte Haltung ein.

Im August 1964 veröffentlicht die Partei ein Dokument, in dem sie den Militärputsch und die ihm vorausgegangene Periode analysiert. Sie verallgemeinert ihre Erfahrung und zieht daraus nützliche Lehren für die revolutionäre Bewegung. Sie beweist, wie falsch der von den Revisionisten verfolgte Weg ist. Trotz der versöhnlerischen Politik von Goulart und der kapitulantenhaften Politik von Prestes und seinen Anhängern, trotz seiner offenen Kollaboration mit der Bourgeoisie und selbst mit den reaktionären Kräften, zögern die Generäle nicht, die Regierung zu stürzen und über die anwachsende Volksbewegung herzufallen. Vor aller Augen wird die Falschheit des friedlichen Weges vollständig enthüllt. Das Dokument entlarvt die revisionistische These über den sogenannten demokratischen Charakter der Streitkräfte. Es zeigt ebenso, daß die Bourgeoisie die erforderlichen Bedingungen, um die demokratische und nationale Bewegung zu führen, nicht erfüllt und daß dem Proletariat die führende Rolle zukommt. Es unterstreicht, daß die ländlichen Gebiete Brasiliens das Schlüsselproblem der Revolution darstellen. Schließlich legt das Dokument dar, daß im Kampf zwischen dem Marxismus-Leninismus, der von der KP Brasiliens verteidigt wird und dem modernen Revisionismus, der von Prestes' Partei unterstützt wird, die Ereignisse, die im Land geschehen sind, der KP Brasiliens recht gegeben haben. Das August-Dokument hält noch einmal fest, daß der April-Putsch von 1964 nicht mit den früheren militärischen Ereignissen verglichen werden kann. Dessen Ziel war es, für lange Zeit eine reaktionäre Diktatur zu errichten. Die Tatsachen haben die Voraussagen bestätigt.

Die neue Situation, die im Lande entstanden war und die Ausarbeitung einer allgemeinen Taktik der Partei erforderten die Einberufung einer Nationalen Konferenz, die im Juni 1966 stattfindet. Die 6. Konferenz nimmt ein Dokument an, das den Titel trägt: „Union der Brasilianer zur Rettung des Landes vor der Krise der Diktatur und der neokolonialistischen Bedrohung". Darin wird die internationale und nationale Lage eingeschätzt, die Taktik der Partei entwickelt und der ideologische Kampf im Inneren und nach außen behandelt. In diesem Dokument skizziert die Parteikonferenz die Geschichte der Partei und legt die Aufgaben fest, die auf die Parteiorganisation zukommen. In bezug auf die internationale Lage unterstreicht das Dokument, daß die Völker zur Revolution vorwärtsschreiten und daß dies die Haupttendenz in der Welt ist.

Die Konferenz richtet ihr Hauptaugenmerk auf die Taktik. Die Kommunisten brauchen Richtlinien, die den strategischen Zielen entsprechen, die das Programm von 1962 gestellt hat. Es waren immer die taktischen Fragen gewesen, in denen die Partei Fehler gemacht hatte. Selbst wenn sie revolutionäre Standpunkte eingenommen hatte, verstand sie es in der Praxis nicht, den Kampf auf die programmatischen Ziele auszurichten. Die 6. Konferenz erarbeitet eine Taktik, die der wirklichen Lage der Nation und dem Ziel, der Revolution, Rechnung trägt.

Die Errichtung einer faschistischen, antinationalen und volksfeindlichen Militärdiktatur läßt eine neue Situation im Lande entstehen. Die reaktionären Generäle verfolgen nicht nur unaufhörlich die breite Masse des Volkes. Sie bringen durch ihre willkürlichen Maßnahmen auch die Parteien der herrschenden Klassen, zahlreiche Politiker, fortschrittliche Intellektuelle und Teile der katholischen Kirche gegen sich auf. Sie beschränken die politische Betätigung aufs äußerste. Unter der Diktatur wird Brasilien noch mehr dem Joch des amerikanischen Imperialismus unterworfen. Unter diesen Umständen ruft die Partei zur Vereinigung aller Patrioten und Demokraten auf, um die Revolution unter weitgespannten Losungen voranzutreiben. Der amerikanische Imperialismus und seine Anhänger im Innern des Landes, die politisch durch die Militärdiktatur repräsentiert werden, sind die schlimmsten Feinde des Volkes. Der Kampf gegen diese Kräfte, ihre Isolierung und ihre Niederwerfung bilden eine wichtige revolutionäre Aufgabe. Die 6. Konferenz unterstreicht, daß die ländlichen Gebiete Brasiliens den wesentlichen Ort bilden, wo die Revolution ausbrechen und sich entwickeln kann. Sie unterstreicht ebenso, daß Brasilien, obgleich eine Nation, zweigeteilt ist: in das Binnenland und die großen Städte. Gerade auf dem Land befindet sich das ungeheure revolutionäre Potential, das mobilisiert werden muß. Die Reaktion ist dort schwächer. Zwar ist es notwendig, die Tätigkeit in den Städten unter der Arbeiterklasse und den Volksmassen noch zu verstärken, dennoch muß der Arbeit auf dem Land der Vorrang gegeben werden. Die Konferenz weist darauf hin, daß man alle Kampfformen ausnutzen muß und stellt erneut fest, daß die Hauptform der bewaffnete Kampf ist, ohne den das reaktionäre Regime nicht gestürzt werden kann. Dieser Kampf wird der Volkskrieg sein. Im Grunde zielt die im Juni 1966 ausgearbeitete Taktik auf die Vorbereitung und die Eröffnung des bewaffneten Kampfes ab.

Auf ideologischem Gebiet richtet die 6. Konferenz ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf die Vertiefung des Kampfes gegen die revisionistischen Thesen, sondern auch auf den Kampf gegen den Zentrismus; sie unterstreicht, daß es im Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus keinen dritten Weg gibt. Sich Marxist-Leninist nennen, aber gleichzeitig mit der KPdSU kollaborieren und sie nicht bis zum Ende entlarven, das heißt, den proletarischen Weg zu verlassen.

Bei der Beschäftigung mit der Geschichte der Partei weist die 6. Konferenz auf die gefährliche Rolle hin, die Prestes während fast zweier Jahrzehnte an der Spitze der Partei gespielt hat. Er stellte einen hemmenden Faktor bei der Bildung der Vorhut der Arbeiterklasse und im revolutionären Kampf dar. Gleichzeitig lenkt die Konferenz die Aufmerksamkeit darauf, daß die Ursachen für das Fortbestehen von dem Proletariat fremden Auffassungen in der Partei in der schlechten Aneignung des Marxismus-Leninismus zu suchen sind.

Bewaffnet mit den Dokumenten der 6. Konferenz und mit einer korrekten Taktik entwickelt die Partei in der Illegalität eine bedeutende Tätigkeit. Sie verbindet sich mehr mit den Massen, erhöht ihren politischen Einfluß und festigt ihre Reihen durch die Aufnahme neuer Genossen. Die Entlarvung der opportunistischen Haltung der Brasilianischen Kommunistischen Partei und die vollständige Niederlage ihrer politischen Linie beschleunigt ihren Zerfall. Die revolutionären Teile, die noch in der Organisation von Prestes waren, besonders im Staat Guanabara, trennen sich von ihr und verstärken die Reihen der Kommunistischen Partei Brasiliens.



Massenkundgebung kurz vor dem Putsch von 1964 — in geradezu „klassischer" Manier diente dieser Putsch dazu, die Herrschaft der Reaktion gegen den Ansturm des Volkes zu sichern.

60 Jahre KP Brasilien

Im März dieses Jahres jährt sich zum 60. Mal die Gründung der KP Brasiliens. Gleichzeitig ist es 20 Jahre her, daß die brasilianische Bruderpartei sich reorganisiert hat, nachdem sie sich von den modernen Revisionisten getrennt hatte. Im Kampf gegen den modernen Revisionismus hat die brasilianische Partei eine große Rolle gespielt — sowohl wegen der Tatsache, daß sie diesen Kampf erfolgreich führen konnte und die Mehrheit der Partei für den Marxismus-Leninismus eintrat, als auch aufgrund der Tatsache, daß sie die erste nicht an der Macht befindliche Kommunistische Partei war, die den Bruch mit den Revisionisten und die Neuorganisierung anpackte.

Die KP Brasiliens feiert diese beiden Gedenktage in einer Zeit, da die 1964 errichtete Diktatur der Generäle so schwach ist wie nie und die reale Möglichkeit besteht, sie zu stürzen. Mit der Politik einer breiten patriotisch-demokratischen Einheitsfront leistet die KP Brasiliens auf allen Ebenen, vom Streik in den Betrieben und der Organisierung von Gewerkschaften über die Arbeit in Parlamenten bis hin zur Vertretung der Bauern und Studenten,einen äußerst wichtigen Beitrag.

Aus Anlaß dieser Geburtstage — wir werden noch mehr darüber veröffentlichen — widmen wir heute diese Seite der brasilianischen Partei. Neben der Information über die Vorbereitung der Wahlen veröffentlichen wir Auszüge aus einem Dokument der KPB, aus „50 Jahre Kampf", ein Artikel der vor 10 Jahren erschien, als die Partei eben diese 50 Jahre alt wurde. Ein Artikel, der die Geschichte der KPB nachzeichnet, die Bedeutung der damaligen 6. Nationalen Parteikonferenz würdigt und den Kampf der KPB nach dem Putsch von 1964 behandelt.

Neue Tricks mit Wahlgesetzen

Wahlen im November — die Generäle kämpfen ums Überleben

Für den November dieses Jahres haben die brasilianischen Generäle allgemeine und freie Wahlen versprochen. Die Vorbereitungen aller politischen Kräfte dazu laufen auf Hochtouren. Während ein Teil der Reaktion zunehmend lauter fordert, diese Wahlen abzusagen und zu verhindern, arbeitet die gesamte Opposition daran, sich einheitlich gegen die Diktatur zu wenden.

Vor allem die Kommunisten der KP Brasiliens kämpfen mit aller Kraft dafür, daß sich alle antifaschistischen, demokratisch-patriotischen Kräfte der Diktatur der Generäle in einer einheitlichen Front gegenüberstellen. Ziel dieses Kampfes ist es, alle Opposition in der Kandidatur der Brasilianischen demokratischen Bewegung, der MDB zusammenzufassen, die bereits bisher wichtigste oppositionelle Sammelpartei. Präsident Figeuerdo, der Mann des Armeegeheimdienstes, der vor zweieinhalb Jahren die Macht antrat, wäre nicht der, der er ist, wenn er nicht alles tun würde, um sein gegebenes Versprechen zu brechen.

Hatte er zunächst versprochen gehabt, daß alle, die wollten, sich als Kandidat zu den Novemberwahlen aufstellen lassen könnten, ein Versprechen, das er unter dem Druck der Massenstreikbewegung gegeben hatte, so hat die Diktatur seitdem zahlreiche Manöver gestartet, um eben dies zu verhindern.

Nach den großen Arbeiterstreiks der beiden letzten Jahre und dem erfolgreich voranschreitenden Kampf um die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft der brasilianischen Arbeiterklasse wollten die Generäle zunächst die direkten Arbeiterführer von der Wahl abhalten. Jeder, der schon mit einer gerichtlich bestätigten Strafe bedacht wurde, sollte nun nicht mehr als Kandidat in Frage kommen. Dies richtete sich zunächst vor allem gegen die Streikführer aus Sao Paulo um den Sozialdemokraten Lula. Dies richtete sich aber faktisch gegen überhaupt alle, die seit langem in der Opposition gegen die Diktatur der Generäle tätig sind, denn sie alle wurden schon verurteilt.


Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen und militante Kämpfe prägen heute den politischen Alltag Brasiliens — die Diktatur wankt immer mehr

Dieser Plan für ein sogenanntes Wahlgesetz schlug zunächst einmal fehl, er scheiterte am massiven Protest aller Bürger, die schnell sahen, daß damit die ganze Wahl zu einer einzigen Farce gemacht würde.

So wurde dieser Entwurf eines Wahlgesetzes zurückgezogen. Aber seitdem gibt es einen Versuch um den anderen, etwas Neues, Dementsprechendes zu machen. Die KP Brasiliens gab dazu die Losung aus, der wortbrüchigen Regierung kein Wort zu glauben und keinerlei besonderes Wahlgesetz zuzulassen, das nach Lage der Dinge nur eine Einschränkung des Wahlrechts bedeuten kann.

Denn auch ein neueres Konzept, das solche Personen, die wegen krimineller Delikte vor Gericht standen, von der Wahl ausschließen will, trifft in Wirklichkeit die politische Opposition. Nach diesem Konzept wären die Landbesetzer und Hausbesetzer in Brasilien von der Wahl ausgeschlossen: dies aber würde unter den heutigen Umständen das Ausschließen von mehreren Zehntausend Menschen bedeuten.

Denn Land- und Hausnahme ist in der jüngsten Zeit in Brasilien eine Massenerscheinung geworden, da ein normaler Arbeiter, geschweige denn die Millionen Arbeitslosen oder Saisonarbeiter, die geforderten Mieten nicht mehr bezahlen kann, die kleinen Bauern die Pacht nicht mehr usw.

Es würde aber auch den Ausschluß von rund 30000 Menschen bedeuten, die sich im Herbst letzten Jahres an den breiten Kämpfen gegen die astronomischen Fahrpreiserhöhungen beteiligt hatten, die ihren Höhenpunkt in einer tagelangen Schlacht in der Stadt Bahia fanden. Dort hatten die Arbeiter alle 700 Busse der privaten Buslinien in Brand gesteckt — fahren hätten sie, die Hauptbenutzer, sowieso nicht mehr können. Denn nach den Erhöhungen wäre ein Drittel eines durchschnittlichen Arbeiterlohns allein für die Fahrt zur Arbeit draufgegangen!

Die KP Brasiliens, die an all diesen Kämpfen beteiligt ist, hat deshalb unterstrichen, daß ganz im Gegenteil, die Teilnehmer an solchen Aktionen beziehungsweise ihre Führer eben nicht ausgeschlossen werden dürfen, sondern gerade sie sich am Wahlkampf gegen die Diktatur beteiligen müssen.

Je mehr allerdings bei den Vorbereitungen der Wahlen die Vereinigung der gesamten Opposition gelingt, desto lauter werden die Stimmen der Reaktionäre, die einen neuen Putsch fordern, dem Figueredo den Weg bahnen soll — seine Erfahrung als Geheimdienstchef nutzt ihm dabei. Wenn es tatsächlich einigermaßen freie Wahlen geben sollte, dann wäre dies ohne Zweifel bereits ein Sieg für die demokratischen Kräfte des Landes. Wenn dabei tatsächlich eine einheitliche demokratische Oppositionskandidatur zustande kommen sollte, dann wäre dies ein großer Schritt zum Sturz der Generalsdiktatur, die das Land seit 18 Jahren tyrannisiert.

„Wir wollen keine Bürger Großisraels sein"

JERUSALEM. — Täglich waren in der letzten Woche neue Nachrichten über Todesopfer des israelischen Terrors im Westjordanland zu vermelden. Aber das einzige was geschah, war, daß die Demonstrationen, Streiks, Kundgebungen am nächsten Tag noch massiver waren. Im Schatten der blutigen Kämpfe im Westjordanland steht der Widerstandskampf der drusischen Bevölkerung auf den ebenfalls annektierten Golan-Höhen, der sich in den letzten Tagen weiter verstärkt aht. Die Annektionspolitik Israels ist in ihrer tiefsten Krise seit dem Oktoberkrieg des Jahres 1973.

Die Golan-Höhen, das Westjordanland und der Gazastreifen, das waren für all jene Reaktionäre in Israel, die immer noch vom Großreich träumen, die bisher wichtigsten Schritte dazu. In all diesen Gebieten ist heute die Lage unklarer denn je, in den Gegenden westlich des Jordanflusses und auf den Golanhöhen ist der Widerstand so stark wie noch nie.

Ausgangspunkt der Unruhen war, wie bereits berichtet, die Absetzung von arabischen Bürgermeistern durch die israelischen Behörden. Die Ergebnisse der Selbstverwaltungwahlen von 1976 hatten den Zionisten, also jenen, die ein Großisrael wollen, noch nie gepaßt. Denn die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland hatte im wesentlichen die Vertreter der PLO gewählt. Diese Wahlen, dazu verstieg sich jetzt der Leiter der israelischen „Verwaltung", ein Professor Milson, hätten damals unter dem Druck der PLO stattgefunden und seien deshalb keine freien Wahlen gewesen.

Nun ist es bekannt, daß es Begin und seinen feinen Milsons nicht auf die eine oder andere Lüge ankommt. Aber es bleibt doch dem Herrn Professor zu entgegnen, daß die einzige bewaffnete Macht, die damals die Wahlen kontrollierte und versuchte Druck auszuüben, nicht etwa die PLO war, sondern die israelische Armee.

Nachdem die Möglichkeiten einer Erweiterung des israelischen Staatsgebiets auf Kosten des Libanon gegenwärtig nicht so gut stehen, da die Lage im Südlibanon sich vorübergehend etwas stabilisiert hatte, gingen die Zionisten daran, die annektierten Gebiete gleichzuschalten.

Deshalb die einschneidenden Maßnahmen auf den Golan-Höhen und vor allem im Westjordanland. Wobei es der israelischen Regierung gelungen ist, auch die drusische Bevölkerung — sowohl auf den Golan-Höhen, die hauptsächlich von ihnen bewohnt werden, als auch in Israel selbst — gegen sich aufzubringen. Die Drusen haben ihre bisherige neutrale Haltung aufgegeben und sich dem Kampf gegen die israelische Eroberungspolitik angeschlossen. Und im Westjordanland sollte eine sogenannte Autonomie unter israelischer Oberhoheit eingeführt werden. Eine Veränderung mit dem Ziel, die bisherigen Mandatsträger auszuschalten, die alle zur PLO stehen. Mit gekauften Sippenhäuptern sollen sogenannte Dorfverbände geschaffen werden, in denen dann Araber die israelische Politik gegen ihre Landsleute durchsetzen sollen. So sah der Plan aus, er scheiterte aber am Widerstand der breiten Massen, an dem sich hauptsächlich die Jugend beteiligte.

Und deshalb kennt die israelische Regierung wieder einmal nur den Weg, der sie bereits zu einer der meistgehaßten der Welt gemacht hat: Den Widerstand im Blut ersticken. Rund ein Dutzend Todesopfer, Hunderte von Verletzten und Tausende Verhaftete und Verschleppte, das ist die Bilanz dieses isrealischen Terrors. Wobei dieser eben nicht nur durch die Armee organisiert wird, sondern auch durch Siedler. Diese sind von der Armee bewaffnet worden und haben ja seit Jahren damit begonnen, sogenannte Siedlungen im Westjordanland zu gründen um das Gebiet zu „israelisieren". Mehrere Tote gehen auf das Konto sogenannter Siedler, die in Wirklichkeit den Terrorgruppen um „Gush Eumunim" angehören und auch internationale Soldateska als Söldner angeworben haben.

Diese Befestigungen, die von „Siedlern" angelegt wurden, sind für die Strafexpeditionen der israelischen Armee strategische Punkte. Schon oft hat es in den vergangenen Jahren heftige Kämpfe gegen diese Siedlungspolitik Begins gegeben, der einige Male sogar seine losgeschickten Leute zurückpfeifen mußte, was denen gar nicht paßte. Aber einen so breiten und tatkräftigen Widerstand gegen die gesamte israelische Annektionspolitik wie in diesen Tagen gab es noch nie im Westjordanland.

Offensichtlich ist Begin dabei auch bereit, das Übereinkommen mit Ägypten in Frage zu stellen. Denn für Israel hat es nicht jene Handlungsfreiheit gegenüber den Arabern gebracht, die sich die Zionisten erhofft haben. Im Gegenteil, selbst die USA — ohne deren finanzielle Unterstützung und politischen Schutz die aggressive israelische Politik unmöglich wäre — mußten Begin mehrmals auffordern, etwas gemäßigter vorzugehen, weil dessen Bluttaktik das Camp-David-Abkommen nutzlos macht, den Weg zu den arabischen Feudalen verbaut.

Wie reaktionär und kriegstreiberisch Begins Kurs ist, das zeigt ja bereits eine kurze Bilanz der letzten zwölf Monate: Überfälle auf den Südlibanon, Bombenüberfall auf den Irak, Drohungen gegen Syrien und die Annektion der Golan-Höhen, jetzt die versuchte Gleichschaltung des Westjordanlandes.

Im Westjordanland herrscht ein regelrechter Krieg, ein Belagerungszustand. Und je mehr die israelischen Zionisten den Terror gegen die annektierten Gebiete ausdehnen und die Unterdrückung der Palästinenser verschärfen, desto mehr nimmt natürlich auch die internationale Spannung in diesem Gebiet der Erde zu.

Das Vorgehen der israelischen Regierung jedenfalls sollte immer mehr deutlich machen, daß an dem Bild, das die westlichen Imperialisten entwerfen, vom gejagten Volk, das um ein Heimatrecht kämpft, aber auch gar nichts stimmt. Niemand — außer einer Handvoll rassistischer Reaktionäre — will „die Juden ins Meer werfen". Aber Begin will ein Großisrael, und die USA wollen ein möglichst starkes Israel als Partner für mögliche Kriegshandlungen in Nahost. Im Gegenteil: Diejenigen, die verantwortlich oder mitverantwortlich für die Jagd auf die Juden waren, wollen es heute den reaktionärsten Kreisen unter den israelischen Bürgern verschiedenster Nationalität ermöglichen, auf Araberjagd zu gehen, und dies geschieht auch. Das Vorgehen der „Siedler" unterscheidet sich in nichts, höchstens in der Grausamkeit, von jenen Horrorgeschichten, die aus Wildwest bekannt sind.

Nein, eine Lösung kann es nur geben im Widerstandskampf gegen diese rassistische Politik, die Begin betreibt. Zumal sich im israelischen Parlament, zumindest in der oppositionellen sozialdemokratischen Partei des Simon Peres, keine Mehrheit für eine Politik gegen die rassistischen Kolonisatoren findet.

Aufruf zur Protestdemonstration

1 Jahr Ausnahmezustand in Kosova
Am 3. April um 11.00 Uhr
Bonn, Bahnhofsvorplatz

Für den 3. April (Samstag) haben albanische Arbeiter jugoslawischer Staatsbürgerschaft zu einer Protestdemonstration nach Bonn aufgerufen. Seit einem Jahr herrscht in ihrer Heimat in der autonomen Region Kosova der Ausnahmezustand, herrschen Panzer und Prozesse mit drastischen Strafen für geringste „Vergehen". Ein Vergehen ist es dabei unter anderem, wenn man fordert, daß auch Kosova den Status einer eigenen jugoslawischen Teilrepublik bekommen soll. Wer sich in diesem Sinne äußert, kann bis zu zwei Jahren Gefängnis bekommen. Bereits 1200 Menschen wurden zu Strafen zwischen ein und 15 Jahren Gefängnis verurteilt — alle ausschließlich wegen ihrer politischen Überzeugung. Weitere 10000 Menschen warten auf ihren Prozeß vor den jugoslawischen Sondergerichten. Daß dabei gefoltert wird, mußte inzwischen selbst von offiziellen Belgrader Stellen zugegeben werden. Deshalb brauchen die Einwohner der Region Kosova, die unter dem Militärstiefel des sogenannten demokratischen Selbstverwaltungssozialismus von Titos Erben leiden, unsere Solidarität!

Unterstützt die Demonstration der albanischen Arbeiter!

KP Surinams zum gescheiterten faschistischen Putschversuch

Die Kommunistische Partei Surinams veröffentlichte in der letzten Woche eine im ganzen Land vielbeachtete Erklärung über den gescheiterten faschistischen Putschversuch wenige Tage zuvor.

Für die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung!

Darin kritisiert die KPS die linke Militärregierung wegen deren politischer Kurzsichtigkeit, die sie die Gefahr eines solchen Putsches unterschätzen ließ. Die surinamesischen Kommunisten unterstreichen dabei, daß es sich bei diesem Putsch keinesfalls um eine isolierte Aktion einer Handvoll reaktionärer Verbrecher handelte. Im Gegenteil. Die KPS beweist anhand von Dokumenten, daß es genaue Pläne gab, im Falle eines längeren Widerstandes der Putschisten — die dann aber in ganz kurzer Zeit niedergeschlagen wurden — einzumarschieren. Und zwar durch Söldnertruppen aus USA, Brasilien und den Niederlanden.

Dies beweist auch die Tatsache, daß die Putschistenführer Hawker und Rambocus ihre Aktionen mit dem Ausland koordinierten, daß Rambocus nach Brasilien geflohen ist — beide sind von Surinams Gerichten schon seit langem verurteilte politische Mörder.

Aufgrund all dieser Tatsachen fordert die KP Surinams von dem regierenden Militärrat unter Commander Bouterse ein Ende der zaudernden Politik und eine entschlossene Unterstützung für die demokratischen und revolutionären Bestrebungen der breitesten Volksmassen, die links stehen. Organisationsfreiheit, demokratische Rechte und die Arbeit zur Schaffung und zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, aus der alle Vertreter der „alten Macht" ausgeschlossen bleiben, das, so unterstreicht die KP Surinams, ist der Weg, die Errungenschaften der Volksrevolution zu sichern.

Dieser Weg, so betont die Partei abschließend, würde die entschiedenste Unterstützung der Kommunisten Surinams finden, deren Partei für die breiteste Demokratie kämpft, als der Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterführung der antiimperialistischen Revolution und der Errichtung eines volksdemokratischen Staates.

Sorgen um die deutsch-amerikanischen Beziehungen?

„Arbeitskreis USA" beim Bundesaußenministerium gegründet

Sie haben Sorgen, die Bonner Größen. Seitdem wachsende Teile der Bevölkerung nicht mehr unbedingt glauben, alles Gute käme aus Amerika, seitdem beschwört man die „deutsch-amerikanische Freundschaft". Die CSU macht eigens einen Jubelkongreß dazu, wo Strauß als Vorredner zur Reagan-Mannschaft auftritt. Die anderen Bonner Parteien machen das weniger spektakulär.

So wurde in verhältnismäßig kleinen Meldungen in der Presse die Schaffung des Arbeitskreises USA bekanntgegeben. Vom selben Auswärtigen Amt, dessen Beamten schon durch verschiedene überraschende Tätigkeit Aufsehen erregten — etwa bei der Ausbildung von Polizisten aus El Salvador oder bei der Reinwaschung von Kenan Evrens Junta. „Unter Beteiligung von Vertretern aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens" habe sich dieser Arbeitskreis gebildet, mit dem Ziel, „die Beziehungen zu den USA zu verbessern."

Ja, verbessern könnte man sie — beispielsweise indem die USA darauf verzichten, aus der Bundesrepublik ihre Atomrampe zu machen, das wäre ein Schritt zur Verbesserung der Beziehungen. Aber ansonsten: Was paßt den Bonner Herrschaften denn eigentlich nicht? Daß ihr „durch dick und dünn mit Ronald" nicht auch noch stramm bejubel wird?

Dies wird ohne Zweifel ein Arbeitskreis mit Einfluß sein. Denn neben allen Bonner Parteien, beiden Fernsehanstalten und dem Verband der Zeitungsverleger hat auch — der Deutsche Gewerkschaftsbund Mitarbeiter in diesen erlauchten Kreis entsandt. Man macht sich offensichtlich auch in den Vorstandsetagen des DGB Sorgen um die Amerika-Freundschaft.

Während die Mitglieder zu Zehntausenden gegen die Kriegspolitik der USA demonstrieren, während vor allem die Gewerkschaftsjugend aktiv solidarisch mit den gegen den USA-Imperialismus kämpfenden Völkern Lateinamerikas etwa ist, haben also die Vetter, Pfeiffer und wie die gewesenen Vorsitzenden und gewesenen Vorsitzendenkandidaten alle heißen, nichts besseres zu tun, als die Freundschaft mit Amerika zu fordern. Ob sie damit auf Verständnis stoßen werden?

Die Revanche der Wahlverlierer

Warum gerade jetzt Putsch in Guatemala?

GUATEMALA STADT. — Der Putsch der extremen Rechten am Dienstag letzter Woche in Guatemala überraschte weniger aufgrund der Tatsache des Putsches selbst, als vielmehr aufgrund der Wahl des Zeitpunkts durch die Putschisten. Wenige Tage nachdem sie bei den Scheinwahlen eine Niederlage gegen die anderen Rechten bezogen, putschten die extremsten Reaktionäre.

Einfach eine Revanche? Gewiß insofern, als diese Leute, die jetzt an der Macht sind, am bisherigen Mörderregime dessen angebliche Nachgiebigkeit kritisierten.

Aber ein Putsch zu diesem Zeitpunkt geschah hauptsächlich aufgrund der internationalen Lage in diesem Raum. Man muß sich daran erinnern, daß Guatemala, zweitgrößtes Land Mittelamerikas nach Mexico, strategisch zentral als Barriere zwischen Mexico und Honduras sowie El Salvador liegt, die auf der anderen Seite von Nicaragua begrenzt werden.

Gerade jetzt, da man in El Salvador zum „Endkampf" gegen das Volk angetreten ist, da man Nicaragua immer massiver bedroht, da in Honduras und Costa Rica die politische Lage sich verschärft, da wurde Guatemala als sichere Basis und Hinterland ganz dringend gebraucht. Gebraucht natürlich vom USA-Imperialismus, der in dieser Zone den Freiheitskampf der Völker endlich ersticken will. Deshalb hat man ja bereits erklärt, auch bei einem Wahlsieg des Massenmörders d'Abuisson bei den sogenannten Wahlen in El Salvador werde man ihn als Staatschef anerkennen. Und die Putschisten aus Guatemala sind derselben Couleur zugehörig wie dieser wilde Killer. Wie man es auch dreht und wendet: nutzen tut dieser Putsch nur dem USA-Imperialismus, weshalb die Vermutung, daß er auch aktiv dahinter stand, offen ausgesprochen werden darf.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Fall Langemann

„Ich habe in meinem Ärmel viele Asse“

Hier „waren erneut Schmierfinken am Werk“, stellte CSU-Generalsekretär Stoiber fest. Und er forderte SPD und FDP auf, sich im „Sinn der Gemeinsamkeit der Demokratie“ den Schmierfinken entgegenzustellen und sich schützend um Franz Josef Strauß zu scharen. Denn der war, wie schon bei den Attacken durch Ratten und Schmeißfliegen, wieder einmal das Opfer böswilliger Elemente aus der Tierwelt geworden.

Als Schmierfinken hatten sich die Journalisten der linken Monatszeitschrift „Konkret“ betätigt, die letzte Woche eine zweite Folge mit Dokumenten aus dem offenbar unerschöpflichen Vorrat des Doktor Langemanns veröffentlichten. Wie der „Rote Morgen“ schon berichtete, war Langemann bereits nach Veröffentlichungen der ersten Folge in „Konkret“ als Leiter des bayrischen Staatsschutzes suspendiert worden. Und seither tun sich merkwürdige Dinge in Bayern.



Exstaatsschutzchef Langemann

Langemann wird auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft verhaftet, (die gegen den früheren BND-Agenten und nachmaligen bayrischen Chef-Staatsschützer wegen des Verdachts auf Landesverrat ermittelt) — aber gleich darauf wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Münchner Staatsanwaltschaft läßt Dienst- und Wohnräume des Hans Langemann durchsuchen — allerings erst anderthalb Wochen nach der ersten „Konkret“-Veröffentlichung. Kaum ist diese Durchsuchung beendet, rückt auch ein Durchsuchungskommando der Bundesanwaltschaft an — von deren Tätigkeit die Münchner Ermittlungsbehörden jedoch nicht unterrichtet werden. Im Bayrischen Rundfunk zeigt der TV-Redakteur Schramm eines der von Langemann in Umlauf gebrachten Geheimdokumente vor der Kamera — in der darauffolgenden Nacht wird bei seiner Freundin eingebrochen. Bei Langemanns Anwalt Roth fällt für einen Tag das Telefon aus — die Post entdeckt im Verteilerkasten auf der Straße mehrere verklemmte Drähte.

Die Reihe derartiger Begebenheiten ließe sich noch weiter fortsetzen. Speziell in der bayrischen Landesregierung grassiert offenbar die Angst vor weiteren Enthüllungen in der Affäre Langemann. Wie nervös das Kabinett Strauß geworden ist, zeigte sich schon am 9. März, als es in Geheimsitzung über den Fall Langemann beriet und eine schon angesagte Pressekonferenz kurzfristig ausfallen ließ. Und diese Angst kann man nur zu gut verstehen. Hatte sich doch der suspendierte Staatsschützer selbst gebrüstet: „Ich bin Bayerns stärkster Mann. Ich habe in meinem Ärmel viele Asse.“

Und niemand zweifelt daran, daß es gerade Enthüllungen über Franz Josef Strauß sind, die Langemann möglicherweise aus dem Ärmel zaubern könnte. Und das ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da sich der CSU-Boß wieder einmal anschickt, das Bonner Kanzleramt zu erobern.

Die letzte Woche von „Konkret“ veröffentlichten Dokumente lassen zumindest ahnen, wo solche Enthüllungen zu erwarten wären. Da ist beispielsweise der „Sicherheitsfall Goldenberg“. Aufgeworfen wird er durch eines der Dokumente, einen Brief vom 11. Juli 1977, den der damalige Boß des bayrischern Verfassungsschutzes, Ziegler, an den damaligen Innenminister Seidl richtete. Darin wird mitgeteilt, daß sich ein gewisser Simon Goldenberg, mit offiziellem Ausreisevisum aus der DDR kommend, im Gästehaus der Firma Gebr. März KG niedergelassen hätte.

Dieser Goldenberg nun ist ein sehr zwielichtiges Subjekt — „Kontaktperson östlicher Nachrichtendienste“, wie Ziegler seinem Minister mitteilt, aber auch früherer V-Mann des BND in der DDR. Zudem hatte er von Ostberlin aus allerlei dubiose Lebensmittelgeschäfte betrieben, und von daher rührte wohl auch seine Beziehung zur Firma März, die in der gleichen Branche tätig ist. Der Zuzug eines solchen Mannes auf bayrischen Boden ist natürlich an sich für den Verfassungsschutz kein Problem. Die Schwierigkeiten, die sich für Ziegler daraus ergeben, liegen ganz woanders. In seinem Brief an den Minister heißt es: „Im Hinblick auf die Beziehungen des Vorsitzenden der CSU, Herrn Dr. Franz Josef Strauß, zu den Gebr. März, darf ich Sie, sehr verehrter Herr Staatsminister, um Entscheidung bitten, ob und gegebenenfalls welche Klärungsmaßnahmen durchgeführt werden können.“



Entführungsopfer Huber, Chef Strauß

Im Klartext: Der Beamte fragt nach, ob er im Fall Goldenberg seinen Amtspflichten nachkommen darf, oder ob er das zu unterlassen hat, weil er dadurch möglicherweise die Privatinteressen des Parteichefs gefährden würde. Und die sind in diesem Fall sehr massiv: Denn der Firmenboß Josef März ist nicht nur ein Intimfreund von Strauß, die Ehefrau des CSU-Chefs, Marianne Strauß, ist auch an der Gebr. März KG beteiligt.

So wird das Problem denn im Sinne des CSU-Staates angegangen, als geheimdienstliche Aktion unter Ausschluß der zuständigen Behörden. Staatsschützer Langemann aktiviert seine alten BND-Bekanntschaften und läßt Goldenberg von dem Exagenten „M“ aushorchen. Dieser nun stellt dem Goldenberg ein Unbedenklichkeitszeugnis aus, spürt aber in dieser Gelegenheit eine andere — tatsächliche oder erfundene — „geheimdienstliche Operation in der engeren Umgebung von Herrn Dr. Strauß“ auf. Über diese Operation will „M“ aber nur mit dem CSU-Boß persönlich reden, und tatsächlich kommt am 19. 12. 1977 auf Vermittlung Langemanns auch ein Treffen zwischen Strauß und „M“ zustande.

Nach Ermittlungen von „Konkret“ soll „M“ dabei von seinem Gesprächspartner 100 000 Mark für seine Informationen verlangt haben. Aus Langemanns Papieren geht auch ziemlich eindeutig hervor, wen „M“ gegenüber Strauß in den Verdacht brachte, die geheimdienstliche Operation gegen den CSU-Boß auszuführen: Es war Straußens „Referent für Auswärtige Fragen“, Dieter Huber. Und zwei Monate nach dem Treffen zwischen Strauß und „M“ — am 13. Februar 1978 — wird Huber gegen sechs Uhr morgens entführt. Nach Ermittlungen der Polizei ein Werk von Profis — mindestens sechs Personen mit sechs PKWs waren an der Entführung beteiligt. Huber wurde von seinen Kidnappern verhört, vor allem über Nahost-Kontakte seines Chefs, wobei die Entführer eine überraschende Detailkenntnis erkennen ließen.

44 Stunden nach der Entführung gelang es Huber zu fliehen, er wurde mit einem Schock und Unterkühlungen in ein Krankenhaus eingeliefert. Merkwürdigerweise nahm kein CSU-Politiker Kontakt mit ihm auf, auch an den erwähnten Verhören waren die Parteibosse völlig uninteressiert. Dagegen entwickelten sie in einer anderen Richtung hektische Aktivitäten: Sie wollten Huber auf der Stelle aus dem Krankenhaus an einen geheimen Ort im Ausland schikken. Und kaum hatte Huber München verlassen, wurde von Straußens Bürovorsteher Knittel und vom damaligen Generalsekretär Tandler das Gerücht ausgestreut, Huber habe sich selbst entführt.

Da liegt der von „Konkret“ geäußerte Verdacht nahe, die CSU-Bosse hätten die Entführung angezettelt, um einen möglichen Agenten kaltzustellen. Und dafür spricht auch die Tatsache, daß der Münchner Oberstaatsanwalt Stocker schon kurze Zeit später — Huber hielt sich passenderweise gerade in Schweden auf — das Verfahren einfach einstellte.



Kriegsdienstverweigerer — CSU-Politiker wollen sie zum „waffenlosen Dienst“ in der Bundeswehr zwingen

Lernen von der SED

Die CSU hält sich einen sogenannten wehrpolitischen Arbeitskreis. Und dieser Kreis hat jetzt intensiv über eine Frage nachgedacht, von der man meinen könnte, sie gehöre nicht unbedingt zu seinem Betätigungsfeld — die Kriegsdienstverweigerung nämlich. Sollten die CSU-Strategen etwa ihr Herz für die Zivildienstleistenden entdeckt haben?

Nun, das stand nicht zu befürchten. Dem Arbeitskreis ging es — wie sein Vorsitzender Ekkehard Voigt (Sonthofen) jetzt erläuterte — bei seinen Überlegungen schlicht darum, wie man die Verweigerer am besten aus der Welt schafft, um den „Abbau der Kriegsdienstverweigerer-Zahlen“.

Voigt und seine Kumpane haben sich da so ihre grundlegenden Gedanken gemacht und sind beispielsweise zu dem folgenden verblüffenden Ergebnis gekommen: „Im Frieden haben wir keinen Krieg.“ Daraus folgern sie messerscharf, daß damit auch von einem von Wehrpflichtigen zu leistenden Kriegsdienst nicht gesprochen werden könne. („Wir haben Friedensdienst in der Bundeswehr“). Das Fazit: Wo es keinen Kriegsdienst gibt, kann es mithin auch kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung geben. Gewiß, noch ist ein solches Recht im Wehrpflichtgesetz festgeschrieben. Aber das kann ja dann nur heißen, dieses „Gesetz noch einmal genau unter die Lupe zu nehmen.“

Was bei einer solchen Betrachtung herauskommen muß, steht für Voigt und seinen Arbeitskreis natürlich schon fest: Das Gesetz muß beseitigt werden. Und weil man bei der CSU ja stets konstruktiv an alle Probleme herangeht, hat der wehrpolitische Arbeitskreis in einem Papier auch gleich seine Ersatzvorstellungen entwickelt. Wehrpflichtige, die partout kein Gewehr in die Hand nehmen wollen, sollen künftig zu einem „waffenlosen Dienst“ **in der Bundeswehr** verpflichtet werden — „unter Umständen“, wie Voigt erklärte, auch durch Zwang. Gedacht haben die Herren von der CSU dabei an einen Einsatz im Sanitätsdienst, aber auch in Bereichen wie Reparatur-, Nachschub- oder Funkeinheiten.

Ganz waffenlos soll es dort für künftige Verweigerer allerdings nicht zugehen. So wie heute die weiblichen Sanitätsoffiziere der Bundeswehr sollen auch sie an Handfeuerwaffen ausgebildet werden. Aber das, so bedeutet Voigt, wäre ja nur im Interesse der „Selbstverteidigung“.

Die Vorstellungen des wehrpolitischen Arbeitskreises sind selbst innerhalb der CSU nicht auf einhellige Begeisterung gestoßen. Man ist sich im Umkreis des F.J. Strauß zwar darüber einig, daß es sich bei den Kriegsdienstverweigerern um üble Drückeberger handelt, die unsere Verteidigungsbereitschaft schwer schädigen. Das Alternativmodell des Arbeitskreises jedoch hat einen offenkundigen und peinlichen Mangel: Es ist nämlich genau dem Konzept der sogenannten „Bausoldaten“ in der DDR nachgebildet, mit dem dort Verweigerer zu einem sogenannten waffenlosen Dienst in der NVA gezwungen werden. Und bekanntlich kämpfen gerade jetzt oppositionelle Kräfte in der DDR besonders nachdrücklich für die Einführung eines sozialen Friedensdienstes nach westdeutschem Muster.

Kein Wunder also, daß nicht alle CSU-Politiker Wert darauf legen, sich derart offensichtlich als gelehrige Schüler des SED-Regimes zu profilieren.

Strauß-Funk

Die bayrische Staatspartei CSU hat es bekanntlich verhindert, daß sich im südlichsten Bundesland ein „Rotfunk“ etablieren konnte. Dort gibt es höchstens einen Strauß-Funk, mit offiziellem Namen: Bayrischer Rundfunk. Und dessen führende Redakteure sind besonders bei alten und neuen Nazis sehr beliebt. Auf der Bestsellerliste der „Deutschen National-Zeitung“ hält derzeit BR-Programmbereichsleiter Schönhuber mit seinen SS-Memoiren „Ich war dabei“ den ersten Platz. Immerhin noch auf Platz drei liegt BR-Chefredakteur Mühlfenzl mit seinem Werk „Geflohen und vertrieben“.



Tips

Samstag, 3. April
23.15 Uhr, ZDF
Sacramento. Sam Peckinpah hat diese Geschichte über einen gefährlichen Goldtransport 1961 gedreht. Er nimmt darin die gängigen Themen des Westerns wie Freundschaft und Verrat auf und setzt sich gleichzeitig mit der Legende des Westerns auseinander. Mit Randolph Scott und Joel McCrea.

***

Sonntag, 4. April
14.50 Uhr, ZDF
Ausgerechnet Wolkenkratzer. Amerikanischer Stummfilm mit dem Komiker Harold Lloyd.



***

Sonntag, 4. April
20.15 Uhr, ARD
Die Wahlverwandtschaften. Spielfilm nach Goethes gleichnamigem Roman von Claude Chabrol. Bislang war das Goethe-Jahr im Fernsehen nur wenig ergiebig. Einen negativen Höhepunkt bildete dabei zweifellos Grübers Westberliner „Faust“-Inszenierung, die das Stück seiner gesellschaftlich-historischen Dimension beraubte und es auf ein privates Seelendrama herunterbrachte. Es ist nur zu hoffen, daß Chabrol seine Auftragsarbeit für die ARD besser erledigt hat. Als Zugabe wird um 22.25 Uhr ein Bericht von Peter W. Jansen über den französischen Filmregisseur ausgestrahlt.

***

Montag, 5. April
19.00 Uhr, WDR III
Küche, Stube usw. Film von Jonas Geist und Joachim Krause über Arbeiterwohnungen im Ruhrgebiet und ihre Geschichte.

***

Montag, 5. April
22.55 Uhr, ZDF
Fritz Teufel. In der Serie „Lebenserfahrungen“ berichtet Teufel über seine Erfahrungen mit Polizei und Justiz.

***

Dienstag, 6. April
20.15 Uhr, HR III
Der zerbrochene Krug. Komödie von Kleist über einen Provinzrichter, der im Verlauf einer Gerichtsverhandlung gegen „Unbekannt“ feststellen muß, daß er selbst der Angeklagte ist. In der Inszenierung von Hans Lietzau spielt Bernhard Minetti die Rolle des Richters Adam.

***

Mittwoch, 7. April
22.05 Uhr, NDR III
Der Verschlag. Spielfilm über einen KZ-Kommandanten, der besonders grausame Methoden anwendet, um sich bei seinen Vorgesetzten als harter Mann zu profilieren. Mit Hans-Christian Blech.

ALLES SCHON MAL DAGEWESEN...



So sieht Loriot den Meister

1932 war auch schon ein Goethe-Jahr. Der 100. Todestag. Wie heute waren es auch damals viele Reaktionäre, das Bürgertum, die „Gebildeten", die den Meister feierten.

Karl Kraus, bissiger Kommentator der damaligen Zeit, meinte, Goethe würde die ganzen Annäherungsversuche dieser Gesellschaft, lebte er noch, „mit einem Fußtritt und dem ihr verständlichsten Goethe-Wort (aus dem Götz) abtun"!

Schon ein Jahr vorher, 1931,ahnte Kurt Tucholsky, was sich im Goethe-Jahr alles tun wird. Er hatte recht, und das alles wiederholt sich auch zum 150. Todestag Goethes.

Kurt Tucholsky, 1931

Goethe-Jahr 1932

Nächstes Jahr, da werden wir was erleben!
So im März, April und Mai:
Goethe hundert Jahre tot! Das wird was geben!
Wär es schon vorbei — !

Richtig, Joethe!
Hundert Philologen wälzen
Briefe, Werke, Bilder im Archiv.
Und schon seh ich Wolfgang Goetzen stelzen
durch die Fölljetöner lang und tief.

Richtig, Joethe!
Spitzen der Behörden
weihen ölig quasselnd etwas ein.
Und die Spitzen der Behörden wörden
alle voll von Faust-Zitaten sein —
richtig, Joethe!

Und es wimmelt von Bezüglichkeiten:
„Goethe und..." so tönt es immerzu.
Auf den bunten Marken muß er schreiten,
und dann sagen alle zu ihm Du!

Böte, Kröte, Nöte, Röte, Flöte...
wochenlang reimt alles sich auf Goethe.
Dann verstummen Prosa und Sonett.
Von den deutschen Angestellten-Massen
hat man keinen weniger entlassen.
Klassiker sind nur fürs Bücherbrett.

Nächstes Jahr, da kannst du was erleben!
So im März, April und Mai...
Liebe Freunde, das wird etwas geben!
Wär es schon vorbei — !



Goethe respektlos...

KORRESPONDENZ. — Liebe Genossen vom Roten Morgen. Vielen Dank für den Artikel „Der Befreier". Ich fand das einen guten Beitrag zum Goethe-Jahr. Einen wichtigen auch, weil er mal klarstellt, wie wir den alten Dichter sehen. Er hebt sich auch wohltuend von den ganzen „Arbeiten" ab, die zur Zeit in der Presse und in vielen Verlagen erscheinen, als Beispiele will ich da mal nennen, „Goethe als Gartenfreund" (Heyne-Verlag) oder so „wichtige Untersuchungen wie „Goethe und die Dampfmaschine"(?!)

Es war sicher nicht einfach, so verständlich über das Werk und das Leben Goethes zu schreiben. Wird doch die ganze Goethe-Forschung, die Darstellungen über ihn, meist noch unter dem Aspekt der „Denkmalspflege" gesehen, der alte Meister auf einen hohen Sockel gestellt, unerreichbar für viele.

Ich hab' mir aus Anlaß des Goethe-Jahres mal einige kritische und satirische Sachen zum Thema angesehen und denke, bei diesem Goethe-Boon tun die ganz gut.

Denn der Volksmund, viele Satiriker sind schon immer respektlos mit Goethe umgegangen, was so einige Gymnasialprofessoren sicherlich zur Weißglut brachte. Wer erinnert sich nicht an die Kindersprüche über Goethe. Peter Rühmkorf hat sie mal gesammelt: „Goethe sprach zu Schiller / Hol' aus dem Arsch 'nen Triller / Schiller sprach zu Goethe / Mein Arsch ist keine Flöte."

Tausende Variationen, denke ich, gibt's davon, der Erlkönig „Wer reitet so spät auf Mamas Bauch..." war und ist sicherlich noch oft Objekt von Schülernachdichtungen. Veralbert wurde der Meister ziemlich oft: „Es waren zwei Königskinder / Die hatten einander so lieb / Sie konnten zusammen nicht kommen / Es war kein Fährbetrieb."

Ich hab' euch zwei längere Geschichten mitgeschickt, die exemplarisch den respektlosen Umgang mit Goethe zeigen. Zum einen die Geschichte von Willi Bredel „Faust auf der Reeperbahn". Sie zeigt, wie realistisch und vernünftig die Leute auf Goethes hehre Sprüche reagieren. Und dazu noch einen Beitrag von Robert Gernhardt, der sogar drei Geistesheroen, Mozart, Schiller und Goethe mit einem Streich vom Sockel holt.

PS: Ist es dem zuständigen Redakteur eigentlich so ergangen wie Kurt Tucholsky, der als Mitarbeiter der „Weltbühne" mal schrieb: „Ein Mitarbeiter dieser Blätter hatte einst einen sonderbaren Traum. Er träumte, daß er sein Abitur noch einmal machen müßte, und das Thema zum deutschen Aufsatz lautete: ‚Goethe als solcher'."

Übrigens: Habt ihr den blöden, sinnentstellenden Fehler auf der zweiten Seite des Artikels schon bemerkt? Goethe als Befreier von der bürgerlichen Aufklärung — oder wie? (Antwort der RM-Redaktion: Die hier angesprochene Stelle muß heißen: „Goethe bleibt ein Kämpfer. Und er verteidigt die nicht zuletzt durch sein Werk errungenen Positionen eines fortgeschrittenen bürgerlichen Humanismus *gegen die mit der Romantik aufkommenden Tendenzen*, die sich in der Vermischung der Kunst mit Religion und Metaphysik, in der Verherrlichung des Mittelalters ausdrücken..." Die kursiv gedruckte Passage fehlt in dem Artikel.)

Willi Bredel

„Faust" auf der Reeperbahn

Am Spielbudenplatz auf der Reeperbahn befand sich ein Volkstheater, das ein festeres Stammpublikum hatte als das Opernhaus am Dammtor; es bestand aus Seeleuten, Hafenarbeitern, Fischhändlern, Geschäftsleuten und Straßenmädchen. Die dargebotenen Stücke waren Burlesken und Possen, meistens im hamburgischen Platt, derb, urwüchsig, gesund; der Schubbejack auf der Bühne bekam am Ende Prügel, und die arme Unschuld wurde erlöst und erhöht.

Direktor dieses Theaters war in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein gewisser Johann Dannenberg. (...)

Dannenberg war auf den Gedanken gekommen, die Gretchentragödie aus dem „Faust" herauszuschälen und zur Aufführung zu bringen. Er hatte wohl im Augenblick nichts Passenders, möglich auch, daß ein Stammgast ihm diesen Tip gegeben hatte, jedenfalls hing eines Tages ein riesiges Plakat vor dem Theater, auf dem ein verwahrlostes, irr um sich blickendes Mädchen, blutjung und blond, in einem Kerkerverlies zu sehen war, ein Neugeborenes im Arm. Darüber schwebte ein schöner junger Mann in einer schwarzen Robe mit Halskrause und Barett, begleitet von einem schwarzen Unhold. Beide schienen den Kamineingang zum Kerker zu suchen. Darunter stand: „‚Die Verführte', ein ergreifendes Spiel um eine sündhafte Liebe, die zu Mutter-, Bruder- und Kindesmord führt und grausig endet. Aus der weltbekannten Tragödie ‚Faust' von Johann Wolfgang Goethe." Noch vor der Premiere waren die Plätze für sieben Tage ausverkauft.

Die Aufführung fand größte Anteilnahme. Laute Klagen erschollen aus den Reihen des Publikums, als Gretchen, am Spinnrad sitzend, sich in Gewissensqualen wand. Beim Klatsch der Mädchen am Brunnen schrien einige Männer erregt: „Jojo, so is dat. Düsse vadammten Klatschwiewer!" Der klumpfüßige Mephisto wurde mit Johlen und Zischen und Pfeifen empfangen, sobald er sich auf der Bühne blicken ließ. Auch Faust bekam unfreundliche Worte zugerufen: ‚Kerl, du lüggst!" oder: „Un datt will wat Beeteres sien?"

Am Schluß gab's einen mörderischen Skandal, wie ihn das Volkstheater noch nie erlebt und Direktor Dannenberg gewiß auch nicht vorausgesehen hatte, und in dessen Verlauf das tief entrüstete biedere Hamburger Publikum einen vollständigen Sieg über Goethe davontrug. Als der Verführer Doktor Faust das verführte Gretchen im Kerker zurücklassen und sich mit seinem Teufelsbegleiter aus dem Staube machen wollte, half es absolut nichts, daß eine Stimme vom Himmel rief, sie sei gerettet; das war den Hamburgern, in denen noch ein Gefühl für Recht und Gerechtigkeit lebte und deren Herz für die Unschuld schlug, ein doch zu mystischer und unsicherer Trost. Männer und Frauen erhoben sich, aufs höchste empört, und schrien: „Watt heet hier gerettet?... Datt is Mumpitz! Heiroden sall he se! Heiroden sall he se!... Her mit denn Doktor! He sall se heiroden!" Im Chor schien alle: „Heiroden!... Heiroden!... Heiroden!"

Schreckensbleich stürzte Direktor Dannenberg, der als ermeuchelter Valentin die Leute zu Tränen gerührt hatte, auf die Bühne und bat um Ruhe. Er wies darauf hin, daß dieser Schluß nicht von ihm stamme, daß ihn vielmehr Goethe nun einmal so gedichtet habe.

Selbst er wurde niedergeschrien: „Watt heet hier Goethe! Datt sünd nur Utreden! Heiroden sall he se! Heiroden!... Heiroden!... Heiroden!"

Endlich traten Gretchen und Doktor Faust, letzterer wie ein zerknirschter, reuiger Sünder anzusehen, vor den Vorhang. Sofort wurde es im Zuhörerraum still, und der Doktor begann: „Verzeit mir, Gretchen, ich habe schlecht an dir gehandelt. Ich will es gutmachen, darum frage ich dich: Willst du mich heiraten?"

Und Gretchen antwortete, lieblich errötend: „Ja, Heinrich!"

Darauf gaben sie sich die Hand und den Verlobungskuß.

Diese korrigierte Schlußszene wurde mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen. Viele Male mußten Faust und Gretchen vor den Vorhang kommen und sich von dem Beifall des nun vollkommen zufriedengestellten Publikums überschütten lassen. Der Gastwirt vom „Roten Finken" in der Finkenstraße auf St. Paule lud alle Schauspieler zum Freibier ein. Gretchen bekam einen großen Blumenstrauß und Faust eine Handvoll Zigarren auf die Bühne gereicht.

Aus: „Unter Türmen und Masten"

Robert Gernhardt

Hehre Stunde

Weimar 1791. In seinem graugebeizten Studierzimmer sitzt Friedrich von Schiller und starrt auf ein Papier, das vor ihm neben dem Rauchverzehrer liegt. Starrt und läßt sich die Worte durch den Kopf gehen, die er wohl tausendmal gelesen hat: „...wäre es schön, wenn Sie den Gheimrat Goethe ermorden täten. 15 Dukaten könnte ich dafür lockermachen. Hochachtungsvoll Mozart."

Goethe ermorden — ein entsetzlicher Gedanke! Einerseits. 15 Dukaten sind eine Menge Geld! Andererseits. Besonders, wenn man Professor ist und ein hungriges Maul zu stopfen hat. Und die Frau in der Küche brüllt. Vor Durst. 15 Dukaten...! Aber dafür einen Mord begehen? Noch dazu an Goethe?

Er steht auf. Steht auf und schaut durch das Schiebefenster. Da unten hastet das fröhliche Völkchen der Weimaraner durch die Gasse. Der kleine, dicke Hölderlin immer mittenmang. Ja, die haben es gut. Und er?

Er wendet sich wieder dem Brief zu. Goethe ermorden... Es wäre ja so einfach. Man könnte ihn ja unter irgendeinem Vorwand auf den Kölner Dom locken und den Turm vorher ansägen — nachher würde es wie ein Unfall aussehen, und die 15 Dukaten... Fünfzehn Dukaten! Dann hätte die Schinderei endlich ein Ende. Das ewige Dichten und Trachten. Was er im letzten Jahr wieder zusammengetrachte hatte... Er schaudert. Und wofür? Für nichts und wieder nichts. Und das war verdammt wenig.

„Tu's doch, tu's doch", flüsterte ihm eine innere Stimme zu.

„Ich denke nicht daran", entgegnete er barsch.

„Na dann eben nicht", kreischt die innere Stimme...

Wie stickig es in der Stube ist! Man könnte ja auch — da waren sie wieder, diese Gedanken! Man könnte Goethe ja auch einen vergifteten Stiefelknecht schicken, und dann... Aber so ein Stiefelknecht kostete Geld. Viel Geld. 25 Dukaten mindestens... Andererseits ging es schließlich um Goethe. Um seinen besten Freund... Goethe! Was der im Moment wohl gerade tat? Vielleicht holt er just sein Versmaß vom Hängeboden, eine ungeschickte Bewegung, es entgleitet seinen Händen und begräbt den Geheimrat unter si...

„Papperlapapp!" Da war sie wieder, die innere Stimme!

„Willst du denn nie Ruhe geben?" schreit er sie an. „Mach ich!" lautet die Antwort...

Macht sie. Und was macht er? Er starrt immer noch auf das Papier.

„Hochachtungsvoll Mozart." Mozart — das sah ihm ähnlich. Erst Don Giovanni und nun dies. Aber... Mord? „Mord? Das ist überhaupt nicht drin, Verehrtester", ruft er seinem imaginären Gegenüber zu. Und setzt sich.

Wie leicht ihm auf einmal um's Herz ist! Die Frau in der Küche ist auch still geworden. Hat wohl etwas zu trinken gefunden.

Schau her! So ging's also auch. Er lächelt, und da fällt sein Blick noch einmal auf den Brief. Fällt auf das P.S., das er bis dahin überhaupt nicht beachtet hatte: „P.S. Könntest du mir 20 Dukaten pumpen?"

Pumpen! Na! Da könnt' ja jeder kommen! Alsdann! Und lachend holt er die „Ode an die Freude" aus der Schublade. Wo waren wir noch mal stehengeblieben? Götterfunken...?

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 13, 2 Nisan 1982 Yıl: 16 1 DM



"Magirus kapatılmamalıdır!" **Bu vb. şiarlar altında 5000 emekçi Mainz'da görkemli bir yürüyüş düzenleyerek Magirus-Deutz'un Mainz tesislerinin kapatılmasını protesto etti. Düzenlenen protesto eylemine Magirus'un Mainz tesislerinin kapatılmasından etkilenecek olan 1600 işçi ve ailesinin yanı sıra çeşitli işyerlerinden arkadaşlar da katıldılar.**

Federal Çalışma Dairesi'nin kararları tamamen geri alınmalıdır!

İşsizlere yönelik kararlara karşı mücadele yükseltilmelidir!

BONN/DÜSSELDORF. — İşsizler üzerindeki baskıların artırılmak istenmesine karşı kısa süre içerisinde 20 000 sendikacı harekete geçerek düzenlenen protesto eylemlerine katıldılar. Protestoların yoğun bir şekilde sürmesi üzerine Bonn Hükümeti işsizlere yönelik kararında geri adım atmak zorunda kaldı. Federal Çalışma Bakanı Ehrenberg bu hafta yeni hazırlanacak olan kararı açıklayacak. Bunda da bir iki estetik şeyin dışında bir şey değişmeyecek, çünkü işsizlere yönelik sert önlemler gene korunmak isteniyor. Bu tür süslemelerle sendikalar susturulmak isteniyor.

Kısa zaman içerisinde bir seferberlik yapılmasına rağmen evvelki hafta Nürnberg'te 10000 sendikacı işsizler üzerindeki baskıların artırılmasını öngören kararları protesto etti. Bu yürüyüşten bir gün sonra Bremen'de düzenlenen eyleme ise 1500 arkadaş katıldı ve geçen hafta Düsseldorf Philipshalle'de düzenlenen protesto toplantısına ise yuvarlak olarak 5000 sendikacı katıldı. Protesto toplantısından önce Düsseldorf şehir merkezinde bir yürüyüş yapıldı.

İşçi arkadaşlar işyerlerinde de işsizlere yönelik bu saldırıya karşı harekete geçtiler. Örneğin Reutlingen/Rommelsbach Bosch firmasındaki IG Metall sendika temsilcileri Federal Çalışma Bakanı Ehrenberg'e gönderdikleri bir mektupta şöyle diyorlar: *"Biz ... tehdit edildiğimizi hissediyoruz... çünkü biz hiç bir iş hakkı olmayan bir toplumda bizim de ne zaman bu kararların kurbanı olacağımızı bilemeyiz."*

Bosch işçileri Ehrenberg'ten *"zaten az gelirleri olanlardan değil, zenginlerden ve silahlahlanmadan tasarruf etmesini"* talep ettiler.

Sendikaların işçi sınıfına yönelen bu saldırıya karşı yaygın protesto eylemleri düzenlemeleri üzerine Federal Çalışma Dairesi tarafınan kararlaştırılmış bir kanunu Bonn Hükümeti geçen hafta öngördüğü gibi yürürlüğe koyamadı.

Ama bundan ötürü hiç bir hayale kapılmamalıyız. Çünkü bu karar henüz tam olarak geçersiz kılınmış değildir! Çeşitli işverenler başkanları Bonn Hükümeti'nin geri adım atmasını "sendikaların yoğun baskısı karşısında" teslimiyet bayrağını çekme olarak yorumladılar. Lambsdorff ve Genscher ise FDP'nin kararın sertliğini asla değiştirmek istemediğini ve sadece bir iki estetik düzeltmeye gidileceğini açık seçik bir şekilde belirttiler.

Onlar böylece işsizlerin dört aylık bir süreden sonra düşük meslek gruplarına indirilmesinin ve daha az işsizlik parası almasının sadece uygun ve tepkiye yol açmayacak şekilde ifade edilmesi gerektiğini belirtmekteler.

Bunun için işsizlere yönelik kararlara karşı DGB'nin başlattığı kampanya durdurulmamalı, aksine daha da güçlü ve yaygın bir temelde sürdürülmelidir! Çünkü işsizlere yönelik kanunun daha da sertleştirilmesi, işçi sınıfının çeşitli mücadeleler sonucu kanı ve canı pahasına elde ettiği sosyal hakların talan edilmesi, ücretlerin düşürülmesi ve işsizlerin hiç bir hakkı olmayan ücretli kölelere dönüştürülmesi demektir. İşsizlere yönelik bu saldırı yerli ve yabancılardan oluşan işçi sınıfına karşı bir adımdır.

Nürnberg'te faşistlere verilen iyi bir ders

1 200 anti-faşist NPD'nin mitingini enelledi

Nazileri koruyan polis 17 anti-faşisti tutukladı

NÜRNBERG. — Faşist NPD geçen hafta Nürnberg'te "Almanya Almanlara — Yabancıları durdurun" sloganı altında bir miting düzenledi. Onların yabancılara karşı panzehirlerini dökmek, yerli ve yabancıların birliğini bölmek için düzenledikleri bu mitingi protesto eylemine, çeşitli Türkiyeli ve Alman anti-faşist örgütlerin yanısıra, sendikacılar da harekete geçtiler. Miting alanına toplanan 1200 anti-faşist, polislerin faşistleri korumasına rağmen, onların kürsüsünü tahrip etti. Polisler aralarında 4 de yabancı olmak üzere toplam 17 anti-faşisti tutukladılar.

Nürnbergli yerli ve yabancı anti-faşistler, yabancı düşmanlığını körükleyen mitingin yasaklanması için harekete geçerek İdari Mahkemeye başvurmalarına rağmen, mahkeme bu talebi geri çevirdi. Polis miting alanında bildiri dağıtarak kendisinin "Partileri değil, temel hakları koruduğunu" sahte bir şekilde iddia etti. Ancak bu sahte sözleri ile polis ancak kendisini kandırabilir. Çünkü her eylemde de yaşandığı gibi devletin baskı güçleri faşistleri demokratik kamuoyu karşısında korumaktadırlar.

Polis bir avuç faşisti korumak için ayrıca resmi güçlerinin yanısıra sivil birliklerini de harekete geçirdi ki, bunlar anti-faşistleri provokasyona getirmeye çalıştılar.

NPD'li faşistlerin mitinginin yapılmasını engellemek için IG Metall sendikasının yanı sıra çeşitli Türkiyeli ve Alman anti-faşist örgütleri çağrı yapmıştı.

Yoğun polis seferberliği yapılmasına rağmen 1200'den fazla anti-faşist biraraya gelebildi. Anti-faşistler NPD'nin mitinginin yapıldığı alana giderek konuşmacı kürsüsünü parçaladılar ve NPD'nin bayraklarını imha ettiler. Böylece faşistlerin kışkırtma konuşmaları bastırıldı. Alanda faşistlerin koruyuculuğunu yapan polis, anti-faşistlerden 17'sini tutukladı.

Tutuklanan anti-faşistler başkalarını yaralamakla, zarar ve ziyana yol açmakla, devlet gücüne karşı gelmekle, yabancılar kanununa aykırı davranmakla suçlanmaktalar. Polisin tutukladığı anti-faşistlerin arasında dört'te yabancı anti-faşist bulunmaktadır ve onlar sınırdışı edilmekle tehdit ediliyorlar. *Bunun için tüm anti-faşistlerin serbest bırakılması ve yabancı anti-faşistlerin sınırdışı edilmelerini önlemek için mücadele yükseltilmelidir!*

Kamu sektöründe ücret görüşmeleri üçüncü turunda

Ücretlerin düşürülmesine karşı mücadele!

STUTTGART. — 31 Mart Çarşamba günü ÖTV delegeleri ile kamu işverenleri yeni ücret artışlarını belirlemek için üçüncü kez görüşecekler. ÖTV'nun ileri sürdüğü yüzde 6,5 ücret ve maaş artışı talebine karşılık ise kamu işverenleri şimdiye kadar en düşük olan yüzde 1,3 ücret artışı teklifinde bulundular.

Kamu işverenlerinin bu provokativ tekliflerini protesto etmek için Münih, Mannheim ve Stuttgart'ın yanısına Ruhr havzasındaki çeşitli şehirlerde de kamu emekçileri yaygın uyarı grevine gittiler. Onlar kamu işverenlerinin ücretleri düşürme girişimlerine karşı çıkarlarını savunmaktalar. Kamu işverenleri şimdi yüzde 1'lik ücret ve maaş kısıtlarını dolaylı yoldan, yani ücret artışları üzerinden gerçekleştirmek istiyorlar.

ÖTV'lu işçi ve emekçi arkadaşlar düzenledikleri mücadeleci eylemleri ile gerçek ücretlerin düşürülmesine gidilecek olursa bunun sorumlusunun kendileri olmadıklarını ortaya koydular. Bunun içinde yapılacak olan ücret artışı anlaşması sendika üyeleri arasında genel oylama yapılmaksızın kabul edilmemelidir.

Düzenlenen grev eylemlerinde işçi ve emekçi arkadaşlar eğer tasarruf yapılması gerekiyorsa, bunun kendilerinin ücret ve maaşlarından değil, bu ülkede zenginlere dahil olan Bonn ve Eyaletlerdeki bakanlık bürokrasisinde müthiş kazanç sağlayanlardan yapılması gerektiğini dile getirdiler.

(„Dritte Verhandlungsrunde um neuen ÖTV – Lohntarif")

Bir çok şehirde düzenlenen

El Salvador halkıyla dayanışma yürüyüşlerine polis vahşice saldırdı

Geçen hafta sonu Federal Almanya'nın çeşitli şehirlerinde ve Batı Berlin'de özgürlüğü için kanı ve canı pahasına yiğitçe mücadele veren El Salvador halkıyla görkemli dayanışma yürüyüşleri düzenlendi. Bu yürüyüşler arasında en kalabalık olanı 7000 kişinin katıldığı Batı Berlin'deki yürüyüştü. Çeşitli siyasi örgütlerin birliği temelinde gerçekleştirilen bu yürüyüşe Batı Berlin polisi vahşice saldırdı.

KPD Batı Berlin Seksiyonu'nun yürüyüşe katılımı üzerine yoldaşların yaptığı bir değerlendirmede polisin düzenlediği saldırılarla bu tür yürüyüşleri yasaklamanın zemini yaratılmaya çalışıldığının altı çizilmektedir. Devlet böylece kamuoyunun, Salvador halkıyla dayanışma için düzenlenen yürüyüşlere saldırılacağı anlayışına alışmasını sağlamak istemektedir. Bu saldırılarla ABD emperyalizmine, Reagan'ın Batı Almanya'ya gelişine karşı düzenlenecek eylemlerin yasaklanması için zemin yaratılmaya çalışılmaktadır.

Polis yanyana giden bir dizi ekip arabalarıyla yürüyüşe katılan kitlenin üzerine eşi görülmemiş bir şekilde saldırdı. O, bu saldırısına gerekçe olarak atılan bir iki taşı göstermektedir.

Batı Berlin'deki KPD'li yoldaşlar bu yürüyüşün polisin saldırısına rağmen devam etmesini sağlamak için hoparlörü taşıyan arabayı enine çevirerek kitle üzerine doğru sürülen polis arabalarının önünde barikatlar kurdu ve yürüyüşçüleri arabanın arkasında toplamaya çağırdı. Bu çağrıya yaklaşık olarak 4000 kişi uyarak arabanın arkasında toplandı. KWU'da RGO işyeri işçi temsilcisi olan Uwe Jessen yürüyüşe katılan kitleyi legal yürüyüşün devam ettirilmesine çağırdı ve hava köprüsü anıtının önünde kısa bir konuşma yaptı.

Batı Almanya'nın çeşitli şehirlerinde düzenlenen eylemler bitimine kadar sürdürülmesine rağmen, polisin saldırısı, bizlere ABD'ye ya da saldırgan politikasına karşı düzenlenen yürüyüşleri illegal olarak damgalamanın ortamı yaratılmak istendiğini gösteriyor. Bunun için buna karşı en kararlı bir şekilde harekete geçilmeli ve Almanya'da Reagan'ın ziyaretinden ötürü eylemlerin yasaklanması engellenmelidir!

(„Polizeiüberfälle auf Salvador-Demonstrationen")



Polis Batı Berlin'de yürüyüşe katılan kitleye azgınca saldırdı.

HAFTANIN YORUMU

Kuzey Ren Westfalye (NRW) Eyaletinde Nazilerin talep ettikleri milliyetlere göre sınıfların oluşturulması, CDU tarafından yönetilen bazı eyaletlerde de uygulamaya koyulduğundan dolayı, bugün NPD'nin güdümündeki insiyatifin referandum talebinin anayasaya aykırı olduğu doğrultusunda bir kararın alınmasını sağlamak oldukça önemlidir. NRW Hükümeti de bunun ne kadar önemli olduğunun bilincindeydi. Bunun içinde faşistlerin referandum talebini geri çevirirken net bir şekilde temellendirmedi. Çünkü aksi takdirde faşistlerle aynı girişimde bulunan Baden Württemberg ve Batı Berlin Eyalet Hükümetleri ile anlaşmazlıklar ortaya çıkmış ve bu eyaletlerde de aynı girişimlerin geri püskürtülmesine zemin yaratılmış olurdu. Bunun için ırkçı insiyatifin referandum talebinin anayasaya aykırı olduğu yönünde bir kararın alınmasını sağlamak için mücadele yükseltilmelidir.

Faşistlere karşı mücadele ve faşist örgütlerin yasaklanmasının önemi

Bizim için ayrıca görev sadece faşistlerin tek tek girişimlerini geri püskürtmekle sınırlı kalmamalıdır. Biz faşistlerin tek tek eylemlerini hedefleyen mücadelenin, faşist örgüt ve çetelerin dağıtılması, faşist ve ırkçı propagandanın yasaklanması ile bağını kurmalı, bunu Nazilerin şu ya da bu girişimine karşı insiyatiflerde gündeme getirmeli ve tartışmalılıyız. Kuşkusuz bu her eylemin ön şartı olamaz, ama onunla kaçınılmaz olarak bağı kurulmalıdır. Biz faşistlere karşı düzenlenen eylemlerde bu sorunu tartışarak faşist çetelerin dağıtılması talebini destekleyenlerin çemberini genişletmeliyiz.

Faşist örgütlerin yasaklanmasını gerçekleştirmek, onlara karşı sürdürülen tek tek eylemleri de gereksiz kılmaktadır. Ayrıca bunu gerçekleştirmek için sürdürdüğümüz propaganda insanların haksızlığa karşı bilinç seviyelerini yükseltmeye hizmet etmekte, onların kendi çıkarlarını savunmaları için daha geniş imkanlar yaratmaktadır. Bunu başarmakla, devletin gerek biz yabancılara yönelik gerekse de bir bütün olarak gerici kanunlar çıkarması için alanı daralmış olur.

O zaman devlet kendi kirli işleri ile uğraşmak zorunda kalacak ve böylece daha geniş yığınlar onun gerçek yüzünü görme imkanını elde edecektir. Çünkü bugün faşistler burjuva devleti için büyük rol oynamakta, onun kirli işlerini yapmaktalar. Örneğin "aşırı uçlara" karşı olma nidası altında devlet kendisini "demokrasi"nin savunucusu göstermeye yeltenebilmektedir. O böylece ardı arkası kesilmez bir şekilde gönül rahatlığıyla gerici kanunlarını çıkarabilme ve demokratik hak ve özgürlükleri rafa kaldırma imkanına kavuşmaktadır.

Bunu bugün yabancı düşmanlığına indirgeyecek olursak, hükümet Nazilerin yabancı düşmanığını kışkırtmalarının önüne geçmek için hiç bir önlem almak istemiyor. Niçin? Çünkü bugün sahnenin arkasında rol oynayan devletin kendisidir. Bunun için faşistlerin her türlü girişimi onun yabancılara yönelik kararlar almasına ve bunları haklı çıkarmasına zemin yaratmaktadır. Tabii ki o bunu yaparken alinan kararlarin yabancilarin „lehine" olduğu nakaratını tekrarlamaktadır. Bu anlamda faşist örgütlerin dağıtılması için mücadeleyi yükseltmek burjuva devletinin, "demokrasi" maskesini yüzünden fırlatmasına ve halkın gerici kanunlara karşı uyanık olmasına hizmet edecektir.

NRW Eyalet Meclisi

Nazilerin referandum talebini reddetti

DÜSSELDORF. — Kuzey Ren Westfalye Eyalet Meclisi 23 Mart'ta faşist NPD tarafından yöneltilen "Bürgerinitiative Ausländerstopp" adlı grubun yabancı çocukların milli sınıflarda okutulmasını sağlamak için bir referandumun yapılması talebini reddetti. Faşist NPD tarafından yöneltilen yabancı düşmanı insiyatif gerçekleştirmeyi amaçladığı referandumla Batı Almanya'da yaşayan yabancı çocukların Güney Afrika'da olduğu gibi ırkçı bir temelde eğitilmesini ve düşük bir eğitim görmesini istiyor. Talebinin reddedilmesinin ardından faşist insiyatif Münster İdari Mahkemesi'ne başvuracağını açıkladı.

Kuzey Ren Westfalye Eyalet Meclisi'nin nihayet uzun bir bocalama süresinden sonra Almanya'da yaşayan biz yabancıların demokratik hak ve özgürlüklerinin tamamen yok edilmesini amaçlayan faşist NPD'nin güdümündeki insiyatifin referandum talebini yasaklaması ile onun bir adım daha ileri atması şimdilik önlenmiş oldu. Hiç şüphesiz eyalet meclisinin referandumu yasaklama doğrultusunda bir karar almasında sürdürülen çok yönlü protesto eylemlerinin küçümsenmez bir payı vardır.

NPD'li faşistlerin bu ırkçı girişimlerinin yasaklanması; ona ve onun gibi yerli ve yabancıların birliğini bölmek isteyenler için bir yenilgi, anti-faşistler, ilericiler ve komünistler için ise bir başarıdır.

Eyalet Hükümeti, Alman Nazi Partisi NPD'nin yerli ve yabancı çocukların milli sınıflarda okutulması talebini geri çevirmesine gerekçe olarak bunun "okullarda eşit ders özgürlüğü"nü engellediğini gösterdi. Eyalet Hükümeti, faşist insiyatifin gerçekleştirmek istediği referandumun Federal Hükümetin 15 Aralık 1960 yılında UNESCO ile yaptığı anlaşmaya ters düştüğünü belirtmektedir. Bu anlaşma okullarda herkes için "eşit ders özgürlüğünü" öngörmektedir. Federal Hükümet bu anlaşmadan 7 yıl sonra, yani 17 Ekim 1967'de çıkardığı bir kanunla tüm eyaletleri bu anlaşmaya uymaya bağlı kıldı. Şunu unutmayalım ki, Federal Parlamento UNESCO ile yapılan anlaşmanın içeriği çok açık seçik olmasına rağmen bunu tam yedi yıl sonra yürürlüğe koyuyor!

Eyalet Hükümeti sürdürülen geniş çaplı ve yaygın protesto eylemlerinin sonucu faşistlerin çirkin planlarını geri çevirme yönünde bir adım attı. Ama burada alınan kararın ilginç yanı şu ki, ırkçı insiyatifin referandum talebi yasaklanırken Almanya'da geçerli olan hiç bir kanuna değil, uluslararası bir karara işaret edilmektedir. Buna rağmen bizim için önemli olan nokta insiyatifin girişiminin yasaklanmasıdır.

Kuzey Ren Westfalye Eyalet Hükümeti, Nazi — İnsiyatifinin referandum yapma girişimini kanuni olarak yasaklamanın bir imkânı olmadığını belirtmişti. Şimdi sormak lazım eyalet meclisindeki şu bayan ve baylara: Bay ve Bayanlar nasıl oldu da uzun bir araştırmadan sonra NPD güdümündeki ırkçı insiyatifin yabancı çocukların ikinci sınıf bir eğitim görmesini talep eden girişimini kanuni olarak yasaklamanın mümkün olduğunu görebildiniz? Görünüşe bakacak olursak bu baylar ve bayanlar Alman Anayasasını tanımıyorlar! Ama durum hiçte öyle değil. Çünkü gerek eyalet hükümetinin açıklamasında, gerekse de burjuva yayın araç ve gereçlerinde, okullarda milliyetlere ve ırklara göre bir ayrım yapmayı öngören politika ile Almanya'da yaşayan yabancı çocukların oldukça düşük bir eğitim görmeleri, Almancayı sadece bir yabancı dil olarak öğrenmeleri, bu sınıflarda yapılacak eğitimin Alman sınıflarında uygulanan eğitim planına tabii kılınamayacağı anlamına geldiği tespiti yapılarak bunun yabancı çocukların okul, iş ve mesleki hayatta ikinci sınıf insan muamelesi görmelerine yol açacağı belirtilmektedir. Ayrıca böyle bir politika ile okullarda eşitlilik kanununun çiğnenmiş olacağı tespiti yapılmaktadır. Ve anayasanın eşitlilik kanununu çiğneyen bir girişimin yasaklanması eyalet yönetimlerine bağlı olan bir şeydir.

Nazi'lere karşı kurulan çeşitli Alman-yabancı insiyatifleri yerli ve yabancı çocukların ayrı ayrı sınıflarda kendi anadillerinde ders görmelerinin onların ikinci sınıf bir diploma almaları anlamına geleceğini belirtmiştiler. Örneğin Bochum'da kurulan "Deutsch-Ausländische Freundschaftsbewegung" eyalet hükümetine ve eyalet içişleri bakanına gönderdiği mektupta şöyle diyor: *"Kuzey Ren Westfalye Anayasası'nın 4. maddesine göre, Anayasa'da Federal Almanya için geçerli olmak üzere belirlenmiş temel haklar Kuzey Ren Westfalye Anayasası'nın da bir bölümüdür. Anayasanın 3. maddesine göre hiç kimsenin kökekinden, ırkından, dilinden, memleketinden ve neslinden ötürü haklarına tecavüz edilemez veya imtiyaz verilemez. (...) Bundan ötürü listenin kabul edilmesini öngören bir dilekçe anayasaya aykırı olması nedeniyle geri çevrilmelidir.*

Demek ki durum hiçte eyalet meclisindeki bay ve bayanların ileri sürdüğü gibi değil. Onlar faşist insiyatifin bu girişimini yasaklamak isteseydiler pekâla bunu yapabilirlerdi. Ve onlar, faşist insiyatifin referandum talebinin kapatilistler tarafından hazırlanmış olan "demokratik hak ve özgürlüklerin" çiğnenmesi anlamına geldiğini açık seçik belirlemiş olsalardı, şüphesiz bunun faşistlere karşı mücadele için büyük bir anlamı olurdu. Böyle bir adım, faşistlerin girişimlerinin sadece olaydan olaya yasaklanması anlamına gelmez de. Bu, aynı zamanda onların eylemlerinin bir bütün olarak yasaklanması için mücadelede iyi bir araç olurdu.

Ama ne varki eyalet hükümeti böyle bir girişimde bulunmaktan kaçınıyor. Çünkü, o böylece kendisine karşı da bir karar almak zorunda kalacaktır. Nitekim yabancı çocukların eğitim alanında eşit bir eğitim görmesini engelleyenlerden biri de kendisidir. Gerek Federal Hükümet gerekse de eyalet hükümetleri biz yabancıları buraya getirdiklerinden beri ikinci sınıf insan gözüyle bakıyorlar. Onları ilgilendiren çocuklarımızın geleceği değil, daha ziyade bizim sırtımızdan temsilciliklerini yaptıkları kapitalistler için aşırı kârlar nasıl sağlayacaklarıdır. Bu anlamda da çocuklarımıza eşit eğitim imkârlarının sağlanması, onlar için masrafa yol açan bir teşebbüsü dile getirmektedir.

Faşistler ise gerçekleştirmeyi amaçladıkları referandumla yabancı çocukların eşit eğitim görmesini tamamen imkansız kılmak, yerli ve yabancıların kaynaşmasını önlemek istiyorlar.

Eyalet Hükümeti'nin faşistlerin yabancılara yönelik saldırılarına karşı sessiz kalması ya da net tavır takınmaması onlara güç kazandırmaktadır. Örneğin aynı insiyatif 1980 yılında da bir referandum yapılması girişiminde bulundu. O zaman Eyalet Hükümeti, faşistlerin bu taleplerini yasal olarak reddetmek yerine sadece kendilerinin bununla yetkili olmadıklarını ileri sürmüştü.

Faşistlerin yeni referandum girişimlerinin de şimdi eyalet hükümeti tarafından gene gerçek bir temele dayandırılmadan geri çerilmesi, onların yeni girişimlerde bulunmalarına sinyal yakmaktadır. Ayrıca eyalet hükümeti faşistlerin biz yabancılara yönelik saldırılarına göz yummaktadır.

Eyalet Hükümeti'nin izlediği politikadan güç alan faşistler şimdi referandum taleplerini gerçekleştirmek için Münster İdari Mahkemesi'ne itiraz dilekçesi vereceklerini açıkladılar. **Bunun için biz yerli ve yabancı, özellikle de Türkiyeli anti-faşistlerin görevi Nazilerin çirkin planlarının sadece eyalet hükümeti tarafından geri çevrilmesi ile bitmiyor. Şimdi görev Münster İdari Mahkemesi'nin de Eyalet Hükümeti'nin kararını tasdik etmesini ve bu referandumun açık seçik bir şekilde anayasaya aykırı olduğunun açıklanmasını talep etmektedir.**

Bu nedenle Nazilerin biz yabancılara karşı başlattıkları kışkırtma kampanyalarını boşa çıkarmak için yabancı düşmanlığına karşı kurulan insiyatiflerin önündeki görevler azalmak yerine daha çoğalmaktadır.



"Yabancılar kalacak — Naziler kovulmalı" şiarı tamda faşistlerin yabancı düşmanlığı kışkırtmalarına verilmesi gereken en doğru cevaptır.

Birincisi, bu insiyatiflerin şimdi Münster Mahkemesi'nin de Nazilerin referandum talebini geri çevirmesini sağlamak için yaygın protesto eylemlerine gitmeleri gerekmektedir. İkincisi ise faşistlerin bu girişimini geri püskürtmek yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin küçük bir parçasını oluşturmaktadır. Çünkü bugün bir taraftan Nazi örgütleri her geçen gün yabancılara karşı kışkırtmalarını yoğunlaştırırken, öte yandan ise devletin yabancılara yönelik saldırıları da artmaktadır.

Faşistlerin Kuzey Ren Westfalye'de yabancı çocukların ayrı sınıflarda ders görmesini sağlamak için referandum yapılması taleplerinin Eyalet Hükümeti tarafından reddedilmesi ve bunun Münster Mahkemesi tarafından da tasdik edilmesini mücadeleyi yükselterek gerçekleştirmek diğer eyaletlerde aynı girişimlerin önlenmesi yönünde kullanılabilinir. Çünkü bugün Nazilerin NRW eyaletinde talep ettikleri ırkçı eğitim politikası gerek Baden-Württemberg, gerek Bavyera gerekse de Batı Berlin Eyalet Hükümetleri tarafından da izlenilmektedir. Bu eyaletlerin yönetimleri yerli ve yabancıların ayrı sınıflarda ders görmesi girişimlerinde bile bulundular. Bundan ötürü bu eyaletlerde de Nazilerle ayni yönde olan girişimlerin boşa çıkarılması için ileri!

(„Nazi-Volksbegehren abgelehnt")

Kosovalı işçilerin yürüşüyünü destekleyelim!

Yürüyüş

3 Nisan saat 11'de Bonn'da Buluşma yeri:

Bahnhofsvorplatz

Kosova Yugoslavya'ya bağlı otonom bir bölgedir. Bu bölgede Arnavutlular yaşamaktadır. Yugoslav revizyonistleri Kosova halkının özgürlük istemini ve en temel haklarını bile kan ve vahşet estirerek baskı altına almaya çalışmaktalar. Kosova halkının ve Yugoslavya'nın diğer bölgelerinde yaşayan Arnavutluların baskı ve zulme karşı başkaldırmalarının sonucu Yugoslav Hükümeti, ordusunu, tankını, topunu harekete geçirerek, Kosova halkı üzerinde azgınca bir terör estirdi, yüzlercesini tutukladı ve ağır cezalar verdi.

Kosova halkının tek suçu artık eskisi gibi yaşamamak istemesi ve Yugoslavya'ya bağlı bir Federal Kosova Cumhuriyeti'nin kurulmasını talep etmesidir. Kosova halkının bu haklı istemini bastırmak için Yugoslav Hükümeti Nisan 1981'de bölgede sıkıyönetim ilan etti.

O, Kosova'nın Federal Cumhuriyet olmasını isteyenler üzerinde azgınca terör estirmekte ve onları iki yıla kadar varan hapis cezalarına çarptırmaktadır. Şimdiye kadar bu haklı talebi dile getiren ve bu doğrultuda mücadele sürdüren 1200 Kosovalı'ya 1 ile 15 yıl arasında değişen cezalar verildi. Bunların dışında 10 000 siyasi tutuklu hapiste bulunmaktadır.

Gerek Kosova halkına gerekse de siyasi tutuklulara işkence yapıldığını Yugoslav revizyonistleri resmi olarak bile tasdiklemek zorunda kaldılar.

Kosova halkının özgürlük istemi ve en temel hakları doğrultusundaki mücadelesi kan ve vahşet saçılarak bastırılamaz. Yugoslavya'da yaşayan Arnavut halkı er geç Yugoslav Hükümeti'nin baskı ve zulüm çemberini kıracak ve haklı taleplerini elde edecektir. Onların bu haklı davalarını desteklemek bizleride bir görevidir. Bunun için Batı Avrupa'da Arnavut işçilerin çağrı yaptığı yürüyüşe katılalım!

(„Unterstützt die Demonstration der albanischen Arbeiter!")

Çelik işçileri mücadeleye hazır olmasına rağmen

IGM Yönetimi patronlarla uzlaştı

KREFELD. — Çelik sanayiisi patronlarının provokativ tavrını protesto etmek ve ücret artışı taleplerinin yüzde 7,5 olduğunu vurgulamak için Bremen ve Kuzey Ren Westfalye çelik sanayiisinde çalışan 200 000 emekçinin yarısından fazlası düzenlenen uyarı grevlerine katıldı. İşçi arkadaşlar taleplerinin tam olarak gerçekleştirilmesi için mücadeleye atılmalarına rağmen IG Metall sendika ağaları çelik sanayiisi kapitalistleri ile sadece gerçek ücretlerin en etkili bir şekilde düşürülmesini ifade eden değil, aynı zamanda metal sanayiisinde yapılan ücret zammı anlaşmasının da altında bir toplu sözleşme anlaşması yaptılar.

IG Metall sendika ağalarının çelik sanayiisi kapitalistleri ile adi ücret artışını yapmalarından bir gün önce Bremen ve Kuzey Ren Westfalye çelik sanayiisinde 80000'e yakın işçi ve emekçi işi bırakarak bir iki saat süren uyarı grevlerine gittiler. Bu rakam çelik sanayiisinde çalışanların ücte birinden fazlasını oluşturmaktadır.



Dortmund Phoenix işçileri kavşağı işgal ettiler.

Geçen hafta içerisinde bazı işyerlerinde ise arkadaşlar kendiliğinde eylemler düzenleyerek çelik kapitalistlerine karşı çıkarlarını mücadeleci araçlarla en kararlı bir şekilde gerçekleştirmeye koyuldular. Örneğin böylece Dortmund'da Phoenix işçileri (Hoesch'ün şubesi) Hörde semtinde, Bochum'da ise Krupp işçileri Krupp İdare Binası'nın önündeki işlek kavşağı işgal etti ve ulaşımı engellediler.

24 Mart Çarşamba günü Bochum Krupp'tan, Thyssen ve Mannesmann'dan yüzlerce çelik işçisi Krefeld'te toplu sözleşme görüşmelerinin yapıldığı yere giderek yüzde 7,5 ücret artışı taleplerinin gerçekleştirilmesi için ve muhtemel adi bir uzlaşmanın yapılmasını protesto ettiler.

Bochum Krupp firmasından çelik işçileri bir protesto açıklaması için uyarı grevleri esnasında imza toplayarak IG Metall Büyük Toplu Sözleşme Komisyonu'na ilettiler. İşçi arkadaşlar protesto açıklamalarında şöyle diyorlar: "Talebimiz bugün hala yüzde 7,5'tir. Bunun için IG Metall Toplu Sözleşme Komisyonundan hiç bir adi uzlaşmaya gitmemesini talep ediyoruz."

Sendika ağaları ise çelik işçilerinin bu uyarısını zerre kadar dikkate almadı. Onlar geçerlilik süresi 14 ay olan yüzde 4,2 adi bir ücret artışı anlaşması yaptılar. IG Metall yönetiminin bu uzlaşması sadece gerçek ücretlerin en etkili bir şekilde düşürülmesini dile getirmemekte. Bu, aynı zamanda tamda çelik patronlarının telinden oynamak demektir. Çünkü çelik kapitalistleri de çelik sanayiisinde çalışan işçi ve emekçilerin ücret artışlarının metal sanayiisinden daha az olması gerektiğini vaaz ediyorlarlardı. İşte bu anlamda yapılan ücret artışı anlaşmasıyla IG Metall sendika ağaları çelik kapitalistleri ile aynı koroda yer alarak gerçek ücretlerin düşürülmesini sağladılar.

Çelik kapitalistlerinin pervasızca işyerlerini rasyonalleştirmelerine ve böylece binlerce işçinin çıkışını vermelerine rağmen, çelik işçileri görkemli eylemleri ile gücünü ortaya koydu ve mücadeleye hazır olduğunu gösterdi. Buna rağmen IG Metall yönetimi çelik işçilerinin mücadele gücünü çelik kapitalistlerinin gerçek ücretlere düzenledikleri saldırıları geri püskürtmek için kullanmadı.

Burada şu gerçeğin de altını bir kez çizmeliyiz. Kuşkusuz, eğer çelik işçileri uyarı grevlerine gitmemiş olsaydı, o zaman çelik kapitalistleri yüzde 4'ün altında bir ücret artışını da gerçekleştirmeye çalışırlardı ve nitekim onlar bu yönde girişimde de bulundular. Ama buna rağmen yapılan bu adi ücret artışı anlaşması aynı zamanda çelik kapitalistlerinin ücretlerin dondurulması ya da daha düşürülmesi adımlarına hizmet etti.

Bunun içinde yapılan adi toplu sözleşme anlaşması konusunda işveren gazetesi "Handelsblatt" yaptığı bir yorumunda memnuniyetini şöyle dile getiriyor: "Çelik (sanayiisi, Yazı Kurulu) bundan daha da ucuz bir şekilde kurtulamazdı. (...) En azından anlaşmanın geçerlilik süresinin 1982'de iki ay uzatılması ile birlikte metall sanayiisine göre geleneksel düşüş gene gerçekleştirilebildi. Böylece çelik işverenleri genel olarak 1. 2. 1983'te geçerli olması gereken yeni ücret artışından 1983'ün Şubat ve Mart ayları için tasarruf edebilecekler ki, bu da ertelenen her yüzdelik ücret artışına göre ayda 4,25 milyar tutmaktadır. (...)"

(„Schandabschluss bei Stahl trotz hoher Kampfbereitschaft")

Batı Berlin KWU'da işyeri işçi temsilciliği seçimi

RGO Listesi oyların yüzde 17,5'ni topladı

BATI BERLİN. — 1981 yılının ilkbaharında yapılan işyeri işçi temsilciliği seçimlerinin iş mahkemesi tarafından geçersiz kılınması üzerine geçen hafta yeni seçime gidildi. Bu seçime RGO'da dahil olmak üzere üç ayrı liste katıldı. RGO yapılan seçimlerde oyların yüzde 17,5'ni toplayarak böylece işyeri işçi temsilciliğine iki işçi temsilcisinin girmesini sağladı.

1981 yılının ilkbaharında Batı Berlin'de KWU'da yapılan seçimlere bugün RGO Listesi'nden adaylığını koyan arkadaşlar o zaman "Liste linker Metaller"e adaylıklarını koymuş ve oyların yüzde 20,3'ünü toplamışlardı. Bunun için yeni seçim sonuçlarına baktığımızda RGO Listesi'nin aldığı oylar az gibi görünmektedir. Ama durumu yakından inceleyecek olursak gerçek durum hiçte öyle değil.

Geçen yılki seçimlerde RGO'lu arkadaşlarla aynı listede adaylıklarını koyan işçiler böylece bu yıl işyeri temsilciliğinin başındaki Harry Fernow ve şürekasına karşı muhalefet edinen bir ayrı liste ile seçime katıldılar. Bu liste "Alternative 82 — Aktive Metaller" adını taşımaktadır. Böylece muhalefette olan arkadaşların oyları bölünmüş olmaktadır.

KWU işletme yönetimi ile bir ortaklık siyaseti sürdüren eski işyeri işçi temsilciliğinin başındaki ağalar ise IG Metall listesini temsil etmekteydiler. Onlar oylamaya katılan 938 işçiden sadece 596'sının oyunu alarak 11 kişilik işçi temsilciliğindeki üyenin 7'sini oluşturmaktalar.

"Alternative" liste ise verilen oyların 177'sini, yani yüzde 18,6'sını toplayabildi. RGO ise 166 oy aldı. Böylece iki işçi temsilcisi RGO'dan ikisi de "Alternativ" listeden olmak üzere muhalefetten dört işçi temsilciliği üyesi bulunmaktadır.

RGO — Listesi'nden üç aday gösterilmişti. Bunlardan ikisi Uwe Jessen ve Michael Senger idi. Bunların ikisi de eski işçi temsilciliğin de üyesiydi ve yeniden seçimi kazandılar.

Seçim kampanyasında işçi temsilciliğinin başındaki Fernow ve şürekâsı RGO'ya karşı yoğun bir kışkırtmaya girişti. RGO adayları onların kışkırtma bildirilerinde "Atom karşıtları ve sendika bölücüleri olarak" gösterilmekteydi. KWU atom santrallarının yapılmasında başı çeken firmalardan biridir. Bunun için de gerek KWU işletme yönetimi gerekse de işçi temsilciliğinin başındaki onun sosyal ortakları yıllarca atom karşıtlarına karşı yoğun bir propaganda sürdürmüş ve "onların işçilerin işyerlerini" yok ettikleri sahtekârlığına başvurmuştular ve hala da buna devam ediyorlar. Bunun için de patronun işçi temsilciliğinin başındaki sosyal ortağı çıkardığı bildiride şöyle diyor:

"işyerlerinizi düşünün!
Atom santralı karşıtları ve onların müttefiklerinin işyeri işçi temsilciliğinde yerleri olmamalıdır!"

Tüm adi kışkırtmalara rağmen muhalefet toplam olarak oyların yüzde 36,1'ini topladı. Kuşkusuz bu da sürdürülen kışkırtmaya karşılık kötü bir sonuç değildir.

(„KWU/Westberlin: RGO — Liste erhielt 17,5 Prozent")

Krupp patronları yabancı işçilere saldırılarını artırıyorlar!

Bu saldırılara karşı yerli ve yabancı işçilerin birliği sağlanmalıdır!

BOCHUM. — 12 Mart Cuma günü Bochum'daki Krupp İşletme Yönetimi aralarında çoğunluğunu Türkiyelilerin oluşturduğu 97 yabancı işçiye bir mektupla 16 Mart'tan itibaren 50 kilometre uzakta bulunan Duisburg-Rheinhausen'deki Krupp dökümhanesinde işbaşı yapmaları gerektiğini bildiriyor. İşletme yönetiminin gönderdiği yazıda ayrıca otobüsün 4,45'te kalktığı da yazıyor. İşletme yönetiminin bu keyfice kararına karşı arkadaşlar personel şefine giderek itirazda bulunduklarında aldıkları cevap şu oldu: "eğer üç gün zarfında kabul etmeyecek olursanız sizi çıkarmak zorunda kalacağız."

İşverenlerin bu keyfice saldırılarına karşı kendilerine kimse yardımcı olmayınca yabancı işçi arkadaşlar Bochum'da kurulan "Alman-Yabancı Dostluk Hareketi"ne başvuruyorlar. Çünkü Krupp patronlarının yabancı işçilere yönelik bu vahşi saldırılarına karşı ne işyeri işçi temsilciliği ne de IG Metall sendikası onlara yardımcı oluyor. İşyeri işçi temsilciliği yabancı işçilere yardım etmek yerine Krupp patronlarının bu keyfice saldırılarını onaylıyor.

Bochum "Dostluk Hareketi" bunun için geçen hafta bir toplantı düzenledi ve bu toplantıya hem IG Metall'ı, hem işyeri işçi temsilciliğini hem de işletme yönetimini çağırdı. İşletme yönetimi hiç bir şey söylemezken, işyeri işçi temsilciliği ve IG Metall ise sözde bahanelerle toplantıya katılmayı reddetti.

Kruppp patronlarının aldıkları karardan etkilenen yabancı işçilerin 93'ünü Türkiyeliler, ikisini Yugoslavlar, birini Arap, biri ise İspanyol oluşturmaktadır.

İşçi arkadaşlar "Dostluk Hareketi"nin düzenlediği toplantıda Krupp kapitalistlerinin yabancı işçilere karşı düzenledikleri saldırıları ortaya koydular. Krupp İşletme Yönetimi işçi arkadaşlara sormadan, onların başka şubede çalıştırılmasını kararlaştırıyor. İşçi arkadaşlar dört gün zarfında 50 kilometre uzakta çalışmaya zorlanıyorlar ki, bu arabası olmayanlar için iki saat gidiş geliş zamanı ayırdetmesi demektir. Üstelik Bochum'dan Duisburg/Rheinhausen istikametine giden otobüse yetişmeleri bile söz konusu değildir. Çünkü otobüsün hareket ettiği saatte Bochum'da ne tramvay ne de otobüs çalışıyor.

İşçi arkadaşların başka şubelere dağıtılmaları, geçen yıl Krupp Denetleme Kurulu, İşyeri İşçi Temsilciliği başındakiler ve IGM sendika ağaları arasında yapılan rasyonalleştirme planı anlaşması çerçevesinde düzenlenen ilk büyük saldırıdır. Rasyonalleştirme planından etkilenen işçi arkadaşların temel sosyal haklarının korunması için işyeri işçi temsilciliği geçen yılın 30 Temmuz'unda Krupp patronları ile bir işyeri anlaşması yapmıştı. Ama bu yapılan anlaşmadan yabancı işçilerin hiç birinin haberi olmadığı ve onlara bu konuda bilgi verilmediği gibi galiba işletme yönetimi, işçi temsilciliğinin başındaki ağalar bu haklardan yabancı işçi arkadaşların faydalanmasını da istemiyorlardı.

Yapılan anlaşmada şöyle denilmektedir: "işyeri değiştirilmesi, söz konusu olan işçiyle konuşulmalı ve onun çıkarları gözönünde bulundurularak "adım atılmalıdır. İşyerinin değiştirilmesi durumunda işletmede çalıştığı süreye göre en az 2000 Mark olmak üzere en fazla 6 000 Mark arasında değişen tazminat ödenmesi gerekmektedir. Ayrıca yeni işyerinin olduğu bölgede ev bulunmasında yardımcı olunacağı da kararlaştırılıyor ve işyerine yakın bir ev tutulması durumunda ise 3 000 Mark para yardımı verileceği belirtiliyor.

Ne varki böyle bir anlaşma konusunda ne işletme idaresi, ne işyeri işçi temsilciliği ne de IG Metall yabancı arkadaşlara bilgi veriyor. Ayrıca Krupp gibi büyük bir tekelde yapılan işyeri toplantıları sadece Almanca yapılmakta ki, bundan da yabancı arkadaşlar dil zorluğundan ötürü ya pek az şey anlamakta ya da hiç bir şey anlamamaktalar.

Yabancı işçi arkadaşların dil bilmemesinden faydalanan işletme yönetimi onları zorla başka şubeye göndermeye kalktığı gibi birde yapılan işyeri anlaşmasındaki haklarını da vermek istemiyordu.

Kuşkusuz Krupp kapitalistleri işyerini rasyonalleştirerek, kârların yerli ve yabancı emekçilerin sırtından daha da artırmak istiyorlar. Krupp patronları yabancıların özel durumundan faydalanarak ayrıca onlar üzerindeki baskılarını daha da artırmaktalar. Onların karar altına alınmış bir takım haklarına bile tecavüz etmekteler.

Krupp kapitalistlerinin yabancı işçilere yönelik bu saldırılarında önemli olan nokta şu ki, ne işyeri işçi temsilciliği ne de IG Metall yabancı işçi arkadaşların haksızlığa uğramasına karşı bir şey yapıyor. İşçi temsilcisinin patronun yabancı işçilere karşı sessiz kalmasını şu nokta daha açık bir şekilde gösteriyor: İşyerini değiştirmeye zorlanan bir Türkiyeli arkadaş işçi temsilciliğine gidip bu sorunu ele alması gerektiğini anlattığında, işçi temsilciliğinin bir üyesinin verdiği cevap şu oluyor: "Defol, Türkiye'ye git!" Bu nokta işçi temsilciliğinde de yabancı düşmanı eğilimlerinin olduğunun bir göstergesidir. Ayrıca çalışan işçilerin önemli bir bölümünü Türkiyeli işçiler oluşturmasına rağmen, onlardan bir tek işçi temsilcisi dahi yok.

Görüldüğü gibi gerek işçi temsilcileri gerekse de IG Metall yetkilileri sadece Krupp kapitalistlerinin yabancı işçilere yönelik saldırılarını desteklemekle yetinmemekte, bilakis kendileri de saldırı kampanyasında yer almaktalar. Ancak onlar bugün yabancıların yarın kendilerinin sırada olacaklarını unutuyorlar. Yani son tahlilde böylesi bir tutum ücretli emekçilerin kapitalistlere karşı mevzilerinin daha da zayıflamasına hizmet etmektedir. Çünkü onlar bu tutumları ile kapitalistlerin yerli ve yabancı işçilerin birliğini bölmesine yardımcı oluyorlar.

Bochum'da kurulan "Alman-Yabancı Dostluk Hareketi"nin girişimlerinin sonucu bir taraftan Krupp kapitalistlerinin yabancı işçilere yönelik bu pervasızca saldırılarının geniş çevreye duyulması sağlanırken, öte yandan ise IG Metall'ın yetkili organlarına baskı yapılmış olunmaktadır.

İçinde avukatlarında çalıştığı "Dostluk Hareketi"nin yardımıyla yabancı işçi arkadaşların 83'ü Krupp kapitalistlerinin keyfice tutumlarına itiraz için İş Mahkemesine başvurdular.

Yerli ve yabancı işçilerin birliğinin bölünmesine karşı atılan her adım sendikalar tarafından geri püskürtülmelidir. Bunun için Bochum'daki IG Metall'ın görevi de bu yönde adım atmak olmalıdır.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**